Dienstag, 24. Juli 1984 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11. Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 171 - 30.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

POLITIK

Umweltschutz: Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) will an der Einführung von umweltfreundlichen Autos und bleifreiem Benzin vom 1. Januar 1986 an festhalten. Als „denkbaren Weg" bezeichnete er es, daß die Bürger zunächst weiterhin zwischen „normalen" Autos und Fahrzeugen mit Katalysatoren wählen können sollten. Von 1989 an sollten entgegen Vorstellungen der EG nur noch Katalysator-Autos zugelassen werden.

Kernkraftwerke: Der Bundesinnenminister hat der Inbetriebnahme der beiden fertiggestellten Kernkraftwerke Philippsburg II am Rhein und Grohnde an der Weser zugestimmt.

Todesstrafe: Ein halbes Jahr nach dem Aufstand islamischer Revolutionäre in Marokko begann jetzt in Rabat der Prozeß gegen die Anführer. Der Generalstaatsanwalt forderte für die 71 Angeklagten 16 mal die Todesstrafe und 35 mal lebenslang. (S. 5)

US-Wahlen: Der demokratische Präsidentschaftskandidat Mondale und Präsident Reagan lagen nach einer von „Newsweek" in Auftrag gegebenen Meinungsumfrage zum Ende des Konvents der Demokratischen Partei nahezu gleichauf: 48 Prozent für Mondale und Vize-Kandidatin Ferraro; 46 Prozent für Reagan und Vizepräsident Bush.

Teheran-Besuch: Bundesaußenminister Genscher hat auch anderen westlichen Außenministern empfohlen, Iran zu besuchen. Dagegen hat der ehemalige iranische Premierminister Bakhtiar an die westlichen Nationen appelliert, alle politische und wirtschaftliche Hilfe für das Regime unter Khomeini einzustellen. (S. 8)

Wahl in Israel: Die israelischen Streitkräfte haben gestern die Brücken über den Awali-Fluß, die Südlibanon mit dem Norden verbinden, ebenso gesperrt wie den Grenzübergang vom besetzten Westjordanland nach Jordanien. Der staatliche Rundfunk nannte zur Begründung „Sicherheitsvorkehrungen" während der allgemeinen Wahlen.

Schlichtung abgelehnt: Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) hat für das fliegende Personal von Lufthansa und Condor die Schlichtungsempfehlung des früheren Bundesministers Schiller abgelehnt und Urabstimmungen anberaumt. Die Vorschläge für das Bodenpersonal hält sie dagegen für akzeptabel.

Saar: Der scheidende FDP-Landesvorsitzende Klumpp gibt der Koalition von CDU und FDP an der Saar bei den Landtagswahlen 19085 eine „reelle Chance". (S. 4)

Heute: Konstituierende Sitzung des Europa-Parlaments.

ZITAT DES TAGES



„Die Amnestie in Polen ist nur Augenwischerei ... wenn der Preis für die Freiheit von etwa 650 politischen Gefangenen Schweigen und Resignation sind"

Der Generalsekretär des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), John Vanderveken FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Arbeitskampf: Verlauf und Ergebnis der jüngsten Arbeitskämpfe machten ein Überdenken der Spielregeln für die Tarifauseinandersetzungen erforderlich, wenn die Zukunft der Industrienation Bundesrepublik nicht aufs Spiel gesetzt werden solle, warnt die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM). (S. 9)

Ferien-Arbeit: In den Betriebsferien läuft seit gestern bei VW die Fahrzeugsonderproduktion, mit der ein Teil des Produktionsausfalls während des Streiks der IG Metall ausgeglichen werden soll.

Tankerraten: Ein anhaltender Anstieg verfügbarer Tanker-Tonnage während der vergangenen Wochen habe zu einem erheblichen Einbruch der Tankerraten geführt, heißt es in Londoner Schifffahrtskreisen. (S. 9)

Börse: An den Aktienmärkten hat sich der Abgabedruck weiter verstärkt. Der WELT-Aktienindex fiel auf das neue Jahrestiefstniveau von 134,7 (136,2). Auch am Rentenmarkt gaben die Kurse nach. Dollar-Mittelkurs 2,8705 (2,8551) Mark. Goldpreis je Feinunze 335,00 (346,50) Dollar.

KULTUR

Louvre: Auch der Louvre ist trotz staatlicher Ankäufe auf private Schenkungen angewiesen, um Lücken in seinen Beständen auszufüllen. Im Pavillon de Flore ist jetzt die elsässische Sammlung Kaufmann-Schlageter zu besichtigen.

Bregenzer Festspiele: Nach dem „Übergangsprogramm" dieses Jahres soll ab 1985 die Opernpremieren-Kooperation funktionieren: Bellinis „Puritaner" mit dem Opernhaus Zürich und als Spiel auf dem See „Die Zauberflöte". (S. 15)

SPORT

Reiten: Eva-Maria Pracht, Tochter von *Sporthilfe-Chef* Neckermann, startet bei den Olympischen Spielen als Dressurreiterin für Kanada. Das NOK für Deutschland gab für die in Kanada lebende Neckermann-Tochter die Zustimmung zum Start.

Golf: Seinen bisher *größten Erfolg feierte Bernhard Langer* (Anhausen) bei den „British Open" im schottischen St. Andrews. Er wurde mit dem Amerikaner Watson Zweiter hinter dem Spanier Ballasteros. Dieser hatte die „British Open" bereits 1979 gewonnen.

AUS ALLER WELT

Bubi Scholz unter Verdacht: Unter dem dringenden Verdacht, seine Ehefrau Helga Scholz erschossen zu haben, ist das frühere Box-Idol Gustav „Bubi" Scholz gestern in Berlin festgenommen worden. Helga Scholz war am frühen Montag morgen im Badezimmer der gemeinsamen Wohnung tot aufgefunden worden. (S. 16)

Streit um Demo-Wiese: Die Bonner Universität ist es als Hausherr leid, sich bei Groß-Kundgebungen den Lehrbetrieb stören und den Rasen zertrampeln zu lassen. Ihr Antrag auf eine Demonstrationssperre führt im Rathaus zum Parteienstreit. (S. 16)

Wetter: Überwiegend freundlich

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Appell an Jaruzelski: Bischöfe fordern freie Gewerkschaften

Breite Skepsis gegenüber der Amnestie / Bonn verwahrt sich gegen Vorwürfe

DW. Bonn

Regierungen und Organisationen im Westen waren gestern bemüht, dem Propagandaeffekt entgegenzuwirken, der von der mit großem publizistischen Aufwand verkündeten Amnestie in Polen ausging. Am drastischsten brachte der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) seine Einschätzung der Jaruzelski-Taktik zum Ausdruck. IBFG-Generalsekretär John Vanderveken verwendete die Vokabel „Augenwischerei".

Er legte – wie auch maßgebliche Vertreter der verbotenen polnischen Gewerkschaft „Solidarität" – den Akzent seiner Forderung auf die „Achtung der Pluralität und die Wieder*aufnahme des Dialogs mit den wahren* Arbeiterführern in Polen". Die Tatsache, daß beispielsweise Bogdan Lis, Mitglied der im Untergrund agierenden Führungsmannschaft der aufgelösten Gewerkschaft, trotz des Amnestiegesetzes nicht aus dem Gefäng*nis entlassen wird, kann nach Ansicht* Vandervekens nur als Indiz der wirklichen Absichten der polnischen Regierung gewertet werden.

Die katholischen Bischöfe Polens haben der Führung in Warschau bereits zu verstehen gegeben, daß die Amnestie das Land nicht befrieden kann. Die Bischöfe brachten jetzt die Forderung auch nach Wiederzulassung freier Gewerkschaften und, was für das Alltagsleben wichtig ist, nach Rehabilitierung von Personen vor, die aus politischen Gründen ihren Arbeits- oder Studienplatz verloren haben. Andrzej Gwiazda, früherer Vizechef der „Solidarität", vertrat offen die Auffassung, das Regime habe die Amnestie nur verfügt, „um einige Dollars zu bekommen". Er spielte damit auf Hoffnungen an, die USA würden jetzt ihre Sanktionspolitik gegenüber Polen aufgeben. Der Gewerkschafter hatte Hafturlaub erhalten, um seine kranke Mutter besuchen zu können.

Staatsminister Alois Mertes vom Bonner Auswärtigen Amt brachte die scharfen Angriffe General Jaruzelskis gegen die Bundesrepublik Deutschland mit der andauernden Disziplinierungskampagne in Polen in Zusammenhang. Mertes äußerte sich im *übrigen zurückhaltend über die Qua*lität der Amnestie. Es müsse sich noch erweisen, „ob es sich um einen Schritt zur Förderung des friedlichen Dialogs zwischen den gesellschaftlichen Kräften in Polen handelt, oder aber um einen mit der sowjetischen Führung abgesprochenen Schachzug, der letztlich eine noch schärfere Disziplinierung der 'Solidarität'-Anhänger, der Kirche und der Intelligenz ermöglichen soll".

Jaruzelski hatte die Polen aufgefordert, sich dem „großgermanischen Expansionismus unter dem Vorwand der sogenannten Wiedervereinigung entgegenzustellen" (WELT v. 23.7.). Mertes sprach von einem „verleumderischen Vorwurf".

Die Attacke gegen die Bundesrepublik ist insofern ein bemerkenswerter Vorgang, als bekannt ist, daß die Warschauer Führung immer wieder ihr Interesse an einem Besuch von Bundesaußenminister Genscher bekundet hat. Es fiel auf, daß die polnische Propaganda inzwischen auch die katholische Kirche in der Bundesrepublik in ihre Revanchismus-Kampagne einbezogen hat. Gerade von katholischer Seite kamen in der jüngsten Vergangenheit Anstöße zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in Polen.

Auf die Frage, ob Bonn wegen der Attacken diplomatisch in Warschau vorstellig werden wolle, sagte Regierungssprecher Boenisch, wenn sich derartiges nicht wiederhole, gebe es dafür keine Notwendigkeit.

FDP denkt an höhere Selbstbeteiligung

Cronenberg: Bei Arztbesuchen und Medikamenten / Krankenkosten steigen

MANFRED SCHELL, Bonn

Weitere Einsparungen bei den Krankenkosten unter anderem durch eine ausgeprägtere Selbstbeteiligung der Patienten werden nach Auffassung des FDP-Politikers Dieter Julius Cronenberg dann notwendig sein, wenn die Kostenentwicklung weiter nach oben tendiert.

In einem WELT-Gespräch sagte Cronenberg gestern, er rechne damit, daß diese Diskussion aktuell werde. Dabei, fügte er hinzu, werde auch innerhalb der CDU/CSU, in der es un*terschiedliche Auffassungen darüber* gebe, die Einsicht in solche Notwendigkeiten wachsen. „Ventiliert" würden in der FDP vorrangig folgende Punkte:

Es gibt zum einen die Überlegung, für die ersten zwei Wochen nach einer Krankmeldung zehn Prozent weniger Lohn oder Gehalt zu zahlen. Die Alternative dazu sei die Einführung von drei Karenztagen. Der FDP-Politiker erinnerte daran, daß dazu schon der frühere Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff Vorschläge unterbreitet habe. Wer länger krank sei, solle allerdings keine Einbußen erleiden. Cronenberg: „Es ist nicht das Ziel, die wirklich Kranken zu treffen."

In der Diskussion sei außerdem ein Monatsbeitrag für ambulante Behandlungen beim Arzt und Zahnarzt. Er könnte zwischen zehn Mark und – hier liege die Obergrenze – 30 Mark pro Quartal betragen. Keinesfalls, so erklärte Cronenberg, solle mit einer solchen Regelung das „Verhältnis zwischen den Kranken und dem Arzt sabotiert werden". Deshalb sei daran gedacht, daß zumindest ein Arztbesuch pro Quartal frei von dieser Selbstbeteiligung sein müsse.

Als dritter Punkt, so sagte Cronenberg, werde überlegt, statt der bisher üblichen Rezeptgebühr künftig 20 Prozent *Selbstbeteiligung* vorzusehen. Allerdings müsse es auch hier eine Obergrenze geben. Sie könnte bei zehn Mark liegen. Bei Rentnern oder Familien mit geringem Einkommen könne dieser Selbstbeitrag entfallen. Profitieren würden von einer solchen Regelung alle Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung. Die bisherigen Kostendämpfungsgesetze, so meine Cronenberg, hätten zwar vorübergehende Entlastung geschaffen, aber die „Ursachen" für die Kostenentwicklungen „nicht kuriert". Diese Überlegungen, die jetzt angestellt würden, richteten sich aber nicht nur an die Versicherten, sondern auch „an die Anbieterseite". Gemeint seien damit Ärzte, Apotheker und die Pharmaindustrie.

Der Arzt beispielsweise müsse sich überlegen, ob das teuerste Präparat auch immer das zugleich beste sei, sagte Cronenberg. Was die Einführung von Karenztagen beziehungsweise die Einschränkung bei Lohn und Gehalt in den ersten Wochen der *Krankheit* betreffe, so *könnten* dadurch „Lohnnebenkosten" gespart werden. Dies würde auch die Unternehmen entlasten und indirekt zur Sicherung oder Neuschaffung von Arbeitsplätzen beitragen.

Ein Kanal von Bukarest zur Donau?

Ceausescu plant weiteres ehrgeiziges Projekt / Hoffnung auf Rhein-Main-Donau-Kanal

DW. Wien

Die kommunistische Partei Rumäniens hat, das bestätigte die amtliche Nachrichtenagentur Agerpres, Plänen für den Bau eines Kanals von Bukarest zur Donau zugestimmt. Ein Zeitplan für den Bau des Kanals wurde zunächst nicht genannt. Westliche Diplomaten erwarten jedoch nicht, daß das Projekt innerhalb der nächsten zehn Jahre abgeschlossen werden kann. Pläne, eine Wasser-Verbindung zwischen Bukarest und dem Meer zu schaffen, bestehen schon lange. Schon die Römer hatten einst diesen Traum gehabt.

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Kaum hat der rumänische Partei- und Staatschef Nicolae Ceausescu das „Jahrhundertbauwerk" des Donau-Schwarzmeer-Kanals durch die rumänische Dobrudscha feierlich er*öffnet, propagieren jetzt die rumäni*schen Kommunisten ein zweites gigantisches Kanalprojekt. Durch eine 74 Kilometer lange Wasserstraße soll die rumänische Hauptstadt Bukarest mit der Donau verbunden werden. Das politische Exekutivkomitee der Partei hat am vergangenen Sonntag einem entsprechenden Plan zugestimmt.

Die Absicht, die hinter diesem Projekt steht, ist klar: Die Rumänen rechnen mit der Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals in der Bundesrepublik Deutschland, ja sie verbinden damit große Hoffnungen. Damit gewänne Bukarest eine direkte Flußschiffahrtsverbindung bis nach Rotterdam, bis Basel, Straßburg und ins westdeutsche Industriegebiet. Umgekehrt könnten dann eines Tages möglicherweise kleinere Hochseeschiffe direkt vom Schwarzen Meer bis in die rumänische Hauptstadt fahren – ohne dabei, was für die Rumänen wichtig ist, sowjetisches Territorium berühren zu müssen.

So wie der Donau-Schwarzmeer-*Kanal* hat auch die Verbindung Donau-Bukarest für Rumänien also einen außenpolitischen und einen außenwirtschaftlichen Aspekt. Hier sollen die nationale Unabhängigkeit und auch die Verbindung zu vorwiegend westlichen Märkten gestärkt werden. Indirekt stellen diese ehrgeizigen Projekte also den Versuch dar, Rumänien vom „großen Bruder" und von der östlichen Wirtschaftsgemeinschaft, dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), unabhängiger zu machen.

Daß *in diesen Kanal*bauwerken auch ein Stück „Gigantismus" steckt, wie er dem Ceausescu-Regime eigen ist und dem Führungsstil des rumänischen Parteichefs entspricht, läßt sich nicht leugnen. Mit solchen Bauwerken hofft Ceausescu sich selber Denkmäler zu setzen und den Nationalstolz der Rumänen zu beflügeln. Allerdings besteht kaum ein Zweifel, daß der neue Kanal – der nicht viel weniger aufwendig sein dürfte als der soeben fertiggestellte – dem rumänischen Volk weitere Opfer auferlegen wird. Man rechnet damit, daß der Donau-Bukarest-Kanal frühestens in zehn Jahren fertiggestellt werden dürfte. Ob die rumänische Versorgungskrise bis dahin überwunden sein wird, vermag niemand zu sagen.

Ceausescu: Moskau ist gesprächsbereit

DW. Washington

Die Sowjetunion ist nach den Worten des rumänischen Staats- und Parteichefs Nicolae Ceausescu zur Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen bereit, falls die USA die Aufstellung neuer Atomraketen auf ihrem jetzigen Stand in Westeuropa einfrieren. Ceausescu zeigte sich „fest davon überzeugt", daß der sowjetische Staatschef Konstantin Tschernenko den Fortgang der von Moskau Ende vergangenen Jahres abgebrochenen Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen und den Abschluß einer „annehmbaren" Abrüstungsvereinbarung mit Washington anstrebe. Wie er gestern in einem Interview mit der US-Zeitung „San Francisco Examiner" äußerte, habe er bei seinem Moskau-Besuch mit Tschernenko über Wege zur Wiederaufnahme dieser Gespräche konferiert.

60 000 Stellen bei kürzerer Lehrzeit?

DW. Paderborn

Auszubildende und Wirtschaft sollten nach einem Vorschlag des Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft, Kurt Vogelsang (SPD), stärker als bisher die gesetzliche Möglichkeit zur Verkürzung der Lehrzeit nutzen. Bei einer kürzeren Lehrzeit könnten pro Jahr in der Bundesrepublik Deutschland bis zu 60 000 Lehrstellen an neue Bewerber vergeben werden. Vogelsang ging dabei davon aus, daß zehn Prozent eines Lehrling-Jahrgangs die vorzeitige Prüfung schaffen. Sie hätten auch die größten Chancen, übernommen zu werden. Nach Paragraph 29 des *Berufsbildungsgesetzes* können Lehrlinge sechs Monate früher zur Gesellenprüfung zugelassen werden, wenn sie das Ausbildungsziel erreicht haben. Von dieser Möglichkeit aber werde viel zu selten Gebrauch gemacht, sagte Vogelsang.

Keine Straffung der EG-Kommission

WILHELM HADLER, Brüssel

Die EG hat nicht die Absicht, den bevorstehenden Beitritt Spaniens und Portugals zur Straffung ihres Entscheidungsmechanismus zu nutzen. Dies wurde gestern nach einer Diskussion der Außenminister in Brüssel deutlich. Die Mehrheit der Regierungen wünscht weder eine Verkleinerung der EG-Kommission noch größere Veränderungen in der Stimmenverteilung im Ministerrat.

Um eine Verringerung der Sperrminorität im Ministerrat bemühte sich besonders Belgien. Hier opponierten die Briten, aber auch die Deutschen. Hintergrund ist der *Wunsch der „Nettozahler"*, ausgabenwirksame Beschlüsse zu erschweren. Vor allem beim Haushalt spielt nämlich die Stimmenverteilung eine Rolle, da in diesen Bereich durchweg von Mehrheitsabstimmungen Gebrauch gemacht wird.

DER KOMMENTAR

Vorstoß

AUGUST GRAF KAGENECK

Chiracs Appell an den Staatschef, Neuwahlen auszuschreiben, hat Anzeichen eines Verzweiflungsausbruchs aus einer umlagerten Festung. Auch verfassungsrechtlich steht Chirac auf tönernen Füßen. Sein Argument, Mitterrand und seine Regierung hätten nach den miserablen Europawahlen und dem Massenprotest gegen die Schulreform keine Mehrheit mehr im Lande, mag stimmen. Aber nichts zwingt den Präsidenten, eine Kammer aufzulösen, in der seine Regierung sich auch nach dem Auszug der Kommunisten noch auf eine absolute Mehrheit stützen kann. Der Gaullisten-Chef, der sich oft auf die Unantastbarkeit der soliden Institutionen der Fünften Republik beruft, gerät mit seinem Vorstoß auch in Gefahr, eben diese Solidität umzustoßen.

Auch ist das Terrain für die Gegenattacke schlecht gewählt. Wenn es um Freiheiten geht, wird das Volk hellhörig. Mitterrand hat den Franzosen, als sie gegen ein Gesetz rebellierten, das eine dieser Freiheiten einzuschränken schien, schnell die Tür zum Volksentscheid aufgestoßen. Damit hat er eine für ihn gefährliche Lage entschärft und die Atmosphäre für seine bedrängte Regierung vorübergehend gereinigt. So unerträglich das Ganze nach politischem Manöver riecht – es ist taktisch unklug, dagegen vorzugehen, wenn man sich jahrelang als das Bollwerk der Freiheit in einem vom Marxismus bedrohten Frankreich darstellt.

Es ist verständlich, daß die noch vor zehn Tagen siegesgewisse Opposition, die jetzt ihre Wahlchancen für 1986 schwinden sieht, aktiv werden will. Der dreifache Coup des Gegners – Referendum, Regierungsumbildung und Auszug der Kommunisten – hat die Opposition in eine unangenehme Situation *gebracht. Sie sollte den* Kampf auf das wirtschaftliche Feld verlegen, wo der neue Premierminister Fabius im Herbst seine größte und schwerste Schlacht wird schlagen müssen. Hier geht es um Sieg oder Niederlage für die Sozialisten. Die Freiheit ist zu kostbar, um als Objekt für politische Winkelzüge benutzt zu werden. Dies gilt für beide Lager.

Bangemann gegen FDP-Kritik an „DDR"-Kredit

ms. Bonn

Das Bundeskanzleramt will heute die Fraktionen von CDU/CSU, FDP und SPD über die bevorstehenden Entscheidungen im innerdeutschen Bereich unterrichten. Danach wird die „DDR" einen Kredit über 950 Millionen Mark erhalten und im Gegenzug Reiseerleichterungen schaffen.

Die Zustimmung zu der Kreditgewährung unter der Konsortialführer*schaft der Deutschen Bank wird auf* der morgigen Kabinettssitzung, spätestens jedoch bis zum Urlaubsantritt von Bundeskanzler Kohl am 27. Juli, erwartet. Ost-Berlin wird im Gegenzug den Zwangsumtausch für Rentner von 25 auf 15 Mark senken. Erstmals sollen „DDR"-Bewohnern auch Reisen zu Freunden und Bekannten im Westen ermöglicht werden. Die WELT hat darüber berichtet.

Bundeswirtschaftsminister Bangemann (FDP) hat sich gegen Kritik seiner Parteifreunde an dem Milliarden-Kredit gewandt. Die Bedingungen für diesen Kredit seien noch nicht vollständig ausgehandelt. Bonn müsse darauf dringen, daß mit dem Geld „auch der innerdeutsche Handel gefördert" werde. Nach dem gegenwärtigen Verhandlungsstand sei die „DDR" bei der Verwendung des Kredits „völlig frei", da das Darlehen nicht in den innerdeutschen Überziehungskredit (Swing) einbezogen sei. Der bayerische FDP-Landesvorsitzende Brunner hatte kritisiert, daß nicht ein Teil des Kredits auf ein Verrechnungskonto überwiesen werde, um so die „DDR" an Einkäufe in der Bundesrepublik Deutschland zu binden.

Paris: Chirac beharrt auf Neuwahlen

DW. Paris

Der Vorsitzende der gaullistischen Partei (RPR) und Bürgermeister von Paris, Jacques Chirac, beharrt auf der Auflösung der von der Sozialistischen Partei beherrschten französischen Nationalversammlung und der umgehenden Ausschreibung vorgezogener Neuwahlen. Gleichzeitig sprach sich Chirac vor der Presse, nach einer Sondersitzung der Führungsgremien seiner Partei, gegen den von Staatspräsident Mitterrand gewünschten Volksentscheid über eine Änderung der Verfassung aus, die ein Referendum zur Sicherung der bürgerlichen Freiheiten ermöglichen solle.

Chirac begründete die Forderungen damit, daß die jetzt ohne kommunistische Minister regierenden Sozialisten sich nur noch auf „ein Viertel der Franzosen" stützen könnten. Die Regierung verfüge daher über keine politische Basis mehr, die zur Lösung der schweren Probleme des Landes erforderlich sei, sagte er. Ein Referendum sei daher das falsche Mittel, denn es beseitige nicht die Schwächen der Regierung.

Mitterrand selbst habe nach seinem Wahlsieg 1981 die Nationalversammlung aufgelöst, um eine ihm genehme Parlamentsmehrheit zu erhalten. Die vom Staatspräsidenten vorgenommene Regierungsumbildung und den von der neuen Regierung Fabius vorgelegten Gesetzentwurf über eine erweiterte Anwendung des Referendums bezeichnete Chirac als „Nachhutgefecht eines von den eigenen Mißerfolgen niedergeschmetterten Regimes".

Seite 5: Gegen Wahl

In Sibirien verstanden Tschernenko noch alle

F. H. NEUMANN, Moskau

Beharrlich pflegt ausgerechnet die sowjetische Armeezeitung „Krasnaja Swesda" (Roter Stern) den Nimbus Konstantin Tschernenkos, der nur von 1930 bis 1933 bei den GPU-Grenztruppen diente. Zum zweiten Male hat sie jetzt die unbedeutende sibirische Vergangenheit des heutigen Partei- und Staatschefs in helles *Licht getaucht. Dabei rühmt das Blatt* die aktive Rolle, die Tschernenko als Funktionär des Kommunistischen Jugendverbandes (Komsomol) in seinem sibirischen Heimatort Nowosjolowo im Bezirk Krasnojarsk bei der Zwangskollektivierung der Bauern spielte: Unerschrocken sei er für die Liquidierung der Kulaken (Großbauern) eingetreten.

„Niemals werden die dankbaren Einwohner von Nowosjolowo vergessen", so schwärmte jetzt das Armeeblatt, „wieviel Kraft und schöpferische Energie Genosse Tschernenko seinem Heimatrayon widmete." Über zehn Jahre habe er dort „Führungsarbeit" in Jugendverband und Partei geleistet. Stets ging es dabei um Propaganda, was die Zeitung allerdings nicht erwähnt.

Ihr ist es wichtiger, die großartigen menschlichen Qualitäten des heutigen Kreml-Chefs hervorzuheben. „Er ist *uns schon in der Schule vom Leh*rer als Vorbild hingestellt worden", erinnert sich der Veteran Bragin. Niemals habe er, im Gegensatz zu einigen anderen Funktionären jener Zeit, die Leute herumkommandiert, und stets sei er von ihnen auf Anhieb verstan*den worden. „Welch eine Gabe, für* alle verständlich zu sein!" Bedenkt man die Mühe, die er heute damit hat, muß sich daran einiges geändert haben.

Als Bezirksparteichef von Krasnojarsk habe Tschernenko 1942 die Treue zu Lenin beschworen, betont die Zeitung, wobei sie verschweigt, daß er damals vor allem Stalin pries.

Bei der Rückkehr aus dem sibirischen Exil im Jahre 1900 war Revolutionsvater Lenin, woran „Krasnaja Swesda" auch erinnert, an Tschernenkos Heimatkreis nur knapp vorbeigefahren. Seitdem muß ein besonderer Segen über diesem Landstrich liegen: Zur Sowjetzeit habe der Rayon eine Vielzahl bedeutender Leute hervorgebracht.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Gas ist weiterhin tabu

Von Cay Graf Brockdorff

In unserer Strategie-Diskussion werden die chemischen Waffen wie ein Tabu behandelt. Sie sind unheimlich. Über sie spricht man nicht gern öffentlich. Längst haben sich die Gegner der Abschreckung des Themas bemächtigt und beherrschen es jetzt. Von amtlicher Seite ist meist nur Kleinlautes zu hören. Man ist auf Defensive eingestellt.

Das ist nicht sehr vernünftig. Die Sowjetunion produziert chemische Kampfmittel in großen Mengen. Ihre Streitkräfte sind auf allen Ebenen für den chemischen Krieg gerüstet. Der Westen ist zum Verbot chemischer Waffen bereit, verlangt aber überzeugende Kontrollen für deren Vernichtung. Dagegen sperrt sich die Sowjetunion. Sie wünscht bei Deklamationen zu bleiben, im übrigen aber den Schleier des Geheimnisses über ihre Umtriebe zu breiten.

Als General Rogers, der NATO-Oberbefehlshaber, vor kurzem nach dem Thema gefragt wurde, verwies er auf die ihm von den Politikern der Allianz erteilten Richtlinien, die vorsehen, daß er Gleiches mit Gleichem beantworten können müsse. Tatsächlich aber seien die vorhandenen amerikanischen chemischen Waffen veraltet und nicht ausreichend für die Abschreckung.

Dabei machte Rogers auf einen nie beachteten Gesichtspunkt aufmerksam: Die Sowjets könnten dank ihres Übergewichts an chemischen Waffen die Truppen der NATO in ihre umständliche Schutzkleidung zwingen. Das destabilisiere im Ernstfall die Abwehr und vermindere die Abschreckung.

Unerwähnt ließ der General, was sowieso jeder weiß: Beim Gebrauch chemischer Waffen durch die Sowjets wäre der Westen alsbald gezwungen, zum Atomkrieg zu eskalieren. Der Kreis schließt sich hier. Das eine wollen wir nicht, das andere aber auch nicht. Was wollen wir eigentlich?

Das Thema ist zu ernst, um es auf Dauer derart zu vernachlässigen und zu verdrängen. Wir geraten in Gefahr, auf das Niveau der evangelischen Theologin Dorothee Sölle abzurutschen. Sie sagte neulich: „Wir wollen Frieden, nicht Sicherheit."

Rauschgift und Revolution

Von Günter Friedländer

Amerikas Justiz beteiligte sich an den Feiern des fünften Jahrestages der Sandinistenrevolution mit einem Haftbefehl gegen Federico Vaughan, einen Mitarbeiter Tomás Borges, des Innenministers Nicaraguas, wegen angeblicher Beteiligung an Machenschaften großer kolumbianischer Rauschgifthändler. Deren Verhaftung wurde ebenfalls angeordnet.

Ein Bundesrichter erließ den Haftbefehl auf Grund der unter Eid abgegebenen Erklärung eines Polizeiagenten. Dieser beschreibt, was er in einer Organisation von Rauschgifthändlern erlebte, in die er sich eingeschleust hatte: Sie schloß ein Abkommen mit der sandinistischen Regierung, einen geheimen Flugplatz bei Managua für den Rauschgiftschmuggel in die USA benutzen zu dürfen, den sandinistische Soldaten dann bauten. Der Agent schildert Gespräche mit bekannten Rauschgifthändlern und berichtet, wie zwei Ladungen von 2158 kg Kokain von Kolumbien über Managua nach den USA gelangten, wo die Polizei sie beschlagnahmte.

Behörden in den USA beschuldigen Nicaraguas Innenminister Tomás Borge und Verteidigungsminister Humberto Ortega, am Kokainschmuggel beteiligt zu sein. Ähnliche Anklagen wurden früher gegen Kubas Regierung und gegen Kolumbiens Guerrilla erhoben und dokumentiert. Diesen Beweisen fügte Floridas Bundesrichter eine Fotografie bei, die, wie es heißt, Vaughan beim Einladen von Kokain in ein Flugzeug auf dem geheimen Flugplatz bei Managua zeigt.

Etwa gleichzeitig berichtete Präsident Belisario Betancur den kolumbianischen Bischöfen von ständigen Todesdrohungen, seit er nach der Ermordung seines Justizministers einen Großangriff gegen den Rauschgifthandel begann. Der Schmuggel von Kokain in die USA macht sehr reich: Der Jahresumsatz wird in Kolumbien auf zwei bis drei Milliarden Dollar geschätzt.

Tomás Borge reagierte mit den Worten: „Ich würde einen Mangel an Ernsthaftigkeit zeigen, wenn ich auf solche Anklagen antworten würde." Er würde Ernsthaftigkeit zeigen, wenn er Ermittlungen an Ort und Stelle gestattete, vor allem an jenem Flughafen bei Managua. Aber dann würde es vielleicht ernst für ihn.

Konzertierte Aktion

Von Joachim Neander

Wer, von Arbeitslosenzahlen und Strukturwandelproblemen deprimiert, in der Zeitschrift „Das Orchester" blättert, kippt aus allen Wolken. In einer einzigen Ausgabe zählt er 157 Stellenangebote (ausländische Orchester und Chöre nicht mitgezählt) und ganze drei Stellengesuche. Verdrehte Welt? Anachronistisches Musik-Elysium mitten in der schnöden Realität? Warum um Himmels willen gibt es keine 2. Geiger, Solohornisten und Pauker?

Über das Sachproblem streiten sich die Experten schon sehr lange. Da ist die Misere der deutschen Musikerziehung (kleine Orchester bestehen teilweise schon zur Hälfte aus Ausländern), aber auch jenes vielleicht übertriebene Vorspielritual der deutschen Kulturorchester. Dem Laien geht nicht gleich ein, warum z. B. die Berliner Philharmoniker (scheinbar händeringend) in Zeitungsanzeigen Nachwuchs suchen, um ihn dann noch vor Absolvierung der Probezeit – siehe Sabine Meyer – wieder wegzugraulen.

Aber das ist hier gar nicht das Thema. Vielmehr erhebt sich die Frage, warum unter dem Druck der Massenarbeitslosigkeit Mangel sich in fast sämtlichen Bereichen allmählich in Überfluß verwandelt hat (sogar evangelische Pfarrer und Putzfrauen gibt es genügend), nur nicht in der klassischen Musik.

Ein abenteuerlicher Gedanke kommt einem da. Vielleicht hängt es damit zusammen, daß nirgendwo die Exaktheit der Leistung von so vielen anderen Menschen so genau und so streng kontrolliert wird wie beim Musiker, vielleicht nicht Note für Note, aber doch Tag für Tag. Da amtieren Richter, die Gesetze verwechseln, da reparieren Klempner Wasserrohrbrüche, die sie selber zuvor verursacht haben; da schwänzen Lehrer die Schule; da verrechnen sich Buchhalter und Bankiers. Die Gesellschaft erträgt es, vielleicht unter Seufzen.

Aber ein Klarinettist, der zweimal hintereinander im Schlußakkord der Ouvertüre deutlich danebenbläst, wird nicht nur dem Dirigenten und seinem Nebenmann zum Ärgernis. Da schimpft sofort das ganze Publikum. Man stelle sich vor, der ganze Pfusch und Schlendrian der modernen Berufswelt würde sich gnadenlos in falschen Tönen Gehör verschaffen – was das für ein gigantisches Katzenkonzert gäbe!



„Frage der Menschenrechte angeschnitten? Ja – in kleinen Scheiben!" KLAUS BÖHLE

Schule auf die Schulbank

Von Hartmut Schiedermair

Endlich ist es heraus: Die Studenten an den deutschen Universitäten und Hochschulen sind weder dumm, faul und gefräßig, noch lassen sie sich mit den versprengten Resten politischer Aktivisten identifizieren, die nach wie vor mit der Linken zum Sturm auf das System ansetzen und mit der Rechten erhöhte BAFöG-Sätze einstreichen wollen. Es war höchste Zeit, daß der Hochschulverband auf der Grundlage einer Umfrage unter seinen Mitgliedern von den Erfahrungen berichtet hat, die die Professoren im täglichen Umgang mit den Studenten in den Hörsälen machen. Dieser Erfahrungsbericht räumt mit Vorurteilen auf und liefert gleichzeitig Erkenntnisse, die des Nach- und Umdenkens wert sind.

Die überwiegende Mehrzahl der jungen Menschen, die ein Universitätsstudium beginnen, verfügt nach der Einschätzung der Professoren durchaus über die erforderlichen Fähigkeiten. Das Denkvermögen, die Arbeits- und Leistungsbereitschaft, das Interesse an der Ausbildung und die Kontaktfähigkeit, alles Voraussetzungen für ein wissenschaftliches Studium, sind vorhanden. Insoweit unterscheiden sich die heutigen Studienanfänger nicht von ihren Altersgenossen vergangener Generationen. Diesem positiven Befund steht eine bemerkenswerte Skala von Mängeln gegenüber.

Das Urteilsvermögen in der Unterscheidung von Tatsache und Meinung, die Beherrschung elementarer Methoden, die Vertrautheit mit Arbeitstechniken und nicht zuletzt die Fertigkeit im Umgang mit der Sprache lassen in hohem Maße zu wünschen übrig. Wissen ist ohne Zweifel vorhanden, doch jeder weiß etwas anderes, weil es keinen gemeinsamen Fundus an Allgemeinbildung gibt. Die Studienanfänger wollen, aber sie können nur zu oft nicht.

Haben das die Lehrer zu verantworten? Geradezu verbittert verweist ein Experte auf die Einstellungspraxis der sechziger und siebziger Jahre, die jedem Lehramtskandidaten mit der Note „ausreichend" eine sichere Stelle im Schuldienst gewährleistet hat. Eine Ermunterung zum Erwerb eines umfassenden Wissens war das sicherlich nicht. Im Gegenteil, nicht selten haben sich die künftigen Lehrer in ihrem Studium mit nur einem Thema vom Proseminar bis zum Examen durchgeschlagen, also an einem Zwirnsfaden gedreht, der im Laufe des Studiums immer dünner geworden ist. Solche Lehrer haben in der Schule nur wenig zu bieten.

Allerdings wäre es ungerecht, dies alles den Lehrern anlasten zu wollen. Schließlich haben nicht sie, sondern die Kultusbehörden die damalige Einstellungspraxis zu vertreten. So haben Schule und Schulausbildung ihren Tribut an die Politik jener bewegten Jahre leisten müssen. Und wie steht es mit den Mängeln in der Lehrerausbildung? Auch hier sind nicht die Lehrer, sondern vielmehr die Universitäten zu fragen; die haben es ja zugelassen, daß Erscheinungen wie das Zwirnsfadenstudium möglich wurden. Wer erinnert sich überdies nicht an die häufigen Klagen über den Umgang mit der Sprache und den Sprachen an den Universitäten? Statt Sprache zu üben und zu vermitteln, wurde über Sprache theoretisiert.

Was schließlich die Lehrer auch nicht zu vertreten haben, war die große Schulreform, ein besonders gehätscheltes Kind der Bildungspolitik vergangener Jahre. Man hat das Gymnasium auch für bildungsferne Schichten geöffnet und gleichzeitig eine Schulorganisation geschaffen, die dem Schüler die erforderliche Orientierung für sein späteres Studium konsequent vorenthalten hat. Die Abschaffung von Schultypen, die Beliebigkeit der Fächer und der Fächerwahl sowie der Verzicht auf einen die Allgemeinbildung vermittelnden Kanon der Fächer haben zu einer Desorientierung geführt, die vor allem die Schüler aus bildungsfernen Schichten treffen mußte. Dies war in der Tat, wie ein Experte es nannte, eine asoziale Antwort auf eine soziale Frage.

Was aber ist nun zu tun? Gymnasium und Universität müssen zusammenarbeiten, um die Studierfähigkeit der Studienanfänger zu gewährleisten. Die Studierfähigkeit ist durch die allgemeine Hochschulreife, das Abitur, zu vermitteln. Dies aber kann nur Aufgabe der Schule und nicht der Universität sein. Die Universität muß auf dem aufbauen können, was im Gymnasium geschaffen wurde.

Dies setzt einen verbindlichen Kanon von Grundfächern voraus, die das vermitteln, was man die Allgemeinbildung nennt. Hierzu gehört vor allem die Beherrschung der deutschen Sprache. Der Umgang mit der Literatur und die Pflege des Hausaufsatzes sind keine Wunschbilder altfränkischer Schulmeisterei. Beides gehört vielmehr zur Grundausbildung für jedes Studium. In der Organisation des Gymnasiums sind Schwerpunkte zu bilden. Zu wünschen wären drei Typen von Gymnasien, die den drei für die Wissenschaft erheblichen Wirklichkeitsbereichen entsprechen. Dies sind die Bereiche der Kultur, des Sozialen und der Natur.

Die Umfrage des Hochschulverbands gibt detaillierte Hinweise, wie man die Schulausbildung besser machen kann. Damit ist eine Orientierungshilfe nicht nur für die Schulen und Universitäten, sondern auch für die Bildungspolitiker geschaffen, die nunmehr zum Handeln aufgefordert sind. Wir müssen Qualitätsmaßstäbe sichern, die gewährleisten, daß die verbreitete Hochschulunreife zu einer allgemeinen Hochschulreife wird. Dies ist die einzig soziale Antwort auf eine soziale Frage.

GAST-KOMMENTAR



Der Staatsrechtler Professor Dr. Hartmut Schiedermair, zuletzt Saarbrücken, jetzt *Köln*, ist Präsident des Deutschen Hochschulverbandes FOTO: DIE WELT

IM GESPRÄCH Gabriel Bach

Den Wahlkampf am Zügel

Von Ephraim Lahav

Wenn der israelische Wahlkampf, der Sonntag zu Ende ging, verhältnismäßig ruhig ablief, so ist dies ein Verdienst des Oberrichters Gabriel Bach, Vorsitzender des zentralen Wahlausschusses.

Der vor 57 Jahren in Halberstadt geborene Bach gehört zur jüngeren Generation der „Jeckes", d. h. jener deutschen Juden, die noch in jungen Jahren in das Land einwanderten. Gleich nach Aufstellung des Wahlausschusses vor zwei Monaten erinnerte sich Bach an häßliche Szenen, die den vorigen Wahlkampf kennzeichneten. „Da lud ich die Vertreter der zwei großen Parteien, Likud und Arbeiterblock, vor und bewog sie, einen ‚Codex zur Fairneß im Wahlkampf' zu unterschreiben. Alle anderen Parteien schlossen sich an."

Das Abkommen verbot den Gebrauch von Schimpfwörtern und persönlichen Beleidigungen. Sogar die Worte „Lüge" und „Lügner" wurden verbannt. Statt dessen durfte man höchstens „unrichtige Behauptung" oder „Verbreiter einer unwahren Tatsache" sagen. „Das Ergebnis übertraf meine Erwartungen. Es gab zwar hie und da Entgleisungen, aber allerorts vernimmt man den positiven Widerhall der ruhigen und zivilisierten Atmosphäre, in der der Wahlkampf ausgetragen wurde."

Vielen ging dieses gesittete Betragen zu weit, sie vermißten den Kampfgeist. Bach aber handhabte seine Befugnisse ohne Nachsicht. Jeder Film, der zur Ausstrahlung im allabendlichen TV-Wahlprogramm bestimmt war, mußte ihm bis zum späten Nachmittag vorgelegt werden. Was unpassend war, wurde ersatzlos herausgeschnitten.

Beispielsweise: Eine Frau hatte einen wirkungsvollen Monolog in einem Film des Likud gehalten. Um sie in Mißkredit zu bringen, ließ der Arbeiterblock am nächsten Tag zehn Geschäftsleute aufmarschieren, bei denen die Frau mit ungedeckten Schecks eingekauft hatte. Dies fiel Bachs Schere zum Opfer: „Verletzung der Privatsphäre. Sie ist ja wegen dieser Schecks noch nicht schuldig befunden worden."

Der extremste Wahlkampfkandidat, Rabbi Meir Kahane, zeigte in seinem ersten Werbefilm Fotos von jüdischen Mädchen, die von Arabern entführt, mißhandelt und ermordet worden waren. Dann stellte er sich vor die Kamera und sagte: „Gebt mir doch die Macht. Ich werde sie behandeln." Bei der ersten Ausstrahlung muß Bach die Implikation dieser Redewendung entgangen sein. Aber in den nachfolgenden Sendungen durfte der kampflustige Rabbi nur die Macht verlangen. Auf die „Behandlung" mußte er verzichten.



Führte zwei Gegner zu einer Erklärung zusammen: Bach FOTO: AP

Vielleicht den beachtenswertesten Erfolg erzielt Bach zwei Tage vor der Abstimmung. Unbekannte hatten im Namen des Arbeiterblocks Flugblätter mit wüsten Beschimpfungen gegen die Führer des *Likud* verteilt. Es mag sich sogar um eine Provokation gehandelt haben. Auf Bachs Aufforderung veröffentlichten beide Parteien eine gemeinsame Erklärung, in der sie sich von dem Flugblatt distanzieren.

Gabriel Bach trat zum ersten Mal ins Licht der Öffentlichkeit, als er beim Eichmannprozeß 1961 stellvertretender Chef der Anklage war. Im Jahre 1969 fungierte er in Winterthur, Schweiz, als Berater der Verteidigung bei dem Prozeß gegen einen israelischen Sicherheitsbeamten, der einen arabischen Attentäter auf dem Züricher Flughafen Klothen erschossen hatte. Der Israeli wurde freigesprochen. Vor zwei Jahren errang Bach einen Schuldspruch gegen einen amtierenden Minister (Abuhatzeira), dem er eine Veruntreuung öffentlicher Gelder nachweisen konnte. Noch bevor der Prozeß zu Ende war, erhielt Bach die Berufung zum Obersten Gericht, dem ersehnten Höhepunkt jeder juristischen Karriere.

Bach ist seit 1955 mit der ebenfalls von „jeckischen" Eltern abstammenden Ruth, geb. Arasi, verheiratet. Sie haben eine Tochter, Orly, und zwei Söhne, Jonathan und Michael.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

Das Blatt schreibt zur Affäre um den sowjetischen Lastwagen:

Durch die Öffnung des Camions gewannen die deutschen Behörden zwar keine wesentlich neuen Erkenntnisse. Sie hatten jedoch, wie die Bundesregierung hervorhob, auf der Öffnung bestanden, um sich Einblick im Sinne der Wiener Übereinkunft über diplomatische Beziehungen von 1961 zu verschaffen. Mit der Nachschau betrachten sie den Vorfall als abgeschlossen. Ganze Container können mithin auch in Zukunft nicht als Diplomatengepäck behandelt werden, sondern müssen zum Vergleich der Ladung mit den Angaben in den Warenbegleitpapieren in jedem Fall geöffnet werden.

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Das in Essen herausgegebene Blatt merkt zur Lkw-Affäre an:

Man sollte es nicht für möglich halten, doch es ist alles wie in schlechten Filmen. Da werden Minister in Holzkisten verpackt und an ein Außenministerium adressiert. Geflüchtete Agenten werden im Diplomatenauto über die Grenze gebracht. Oder aber auch dies: Eine gestohlene Rakete wird mit der Post an die Spionagezentrale geschickt. Die Irrfahrt des sowjetischen Sattelschleppers durch Mitteleuropa scheint ebenfalls zum Genre Groteske zu gehören ... Weitergehen will auch Bonn nicht, und das mit gutem Grund. Im diplomatischen Verkehr hängt alles von der Gegenseitigkeit ab. Ärgern wir die Sowjets hier zu sehr, kriegen es unsere Landsleute in Moskau zu spüren.

The Daily Telegraph

Die Zeitung aus London schreibt über das polnische Regime:

General Jaruzelskis Amnestie für Polens rund 600 politische Gefangene ist wohl die wichtigste und gar liberalste Geste im Hinblick auf eine Versöhnung und eine „Normalisierung" des Lebens seit der Gründung der Gewerkschaft „Solidarität" ... Die Hauptsorge des Generals aber ist, aus der seit Jahren anhaltenden internationalen Isolation herauszukommen und sein Image im Hinblick darauf zu verbessern, daß vor allem die USA eine ganze Serie von Sanktionen aufheben. Er hat einen Schritt in die richtige Richtung getan.

Neuseelands Atomprotest gilt eigentlich Frankreich

Was David Lange zu seinen provozierenden Erklärungen veranlaßte / Von Jürgen Corleis

Der überraschende Wahlsieg der Labor-Partei in Neuseeland hat Spekulationen über die Zukunft des Verteidigungsbündnisses zwischen Australien, Neuseeland und den USA, den Anzus-Pakt, ausgelöst. Erste Berichte von der Jahrestagung des Anzus-Paktes am 16. und 17. Juli in Wellington ließen den Eindruck einer Krise entstehen. Neuseelands neugewählter Premier David Lange hatte im Wahlkampf angekündigt, daß die Arbeiterpartei Neuseeland zur atomwaffenfreien Zone machen werde und damit auch der Besuch atomar angetriebener oder bewaffneter amerikanischer Schiffe ausgeschlossen sei.

In einem Gespräch mit US-Außenminister Shultz hatte Lange seine Haltung bekräftigt und eine Revision des Bündnisses gefordert. Shultz lehnte ab. Er sagte: „Wäre das überhaupt noch ein Verteidigungspakt, in dem die Streitkräfte der beteiligten Länder keinen Kontakt mehr miteinander haben?" Auf einer Pressekonferenz freilich sagte Shultz zurückhaltend: „Wir werden abwarten und sehen, was geschieht."

Der australische Außenminister Bill Hayden, der ja ebenfalls eine Labor-Regierung vertritt, hatte Shultz zugeredet, etwas Geduld mit der neuen Regierungspartei Neuseelands zu üben. Schließlich hat auch der australische Premierminister Bob Hawk vor seiner Wahl neue Verhandlungen über den Anzus-Pakt gefordert – was damals von der konservativen Regierung Neuseelands abgelehnt worden war. Und Australiens Labor Party (ALP) war lange gegen Besuche atomar ausgerüsteter Kriegsschiffe. Erst zwei Tage vor den Wahlen in Neuseeland hatte der Nationalkongreß der ALP ein ganzes Bündel von Anträgen gegen den Anzus-Pakt und die amerikanischen Militäreinrichtungen in Australien mit 57 zu 37 Stimmen abgelehnt.

Wenn die australische Regierung heute nur noch eine Überprüfung des bestehenden Anzus-Bündnisses anstrebt, dann geschieht dies in erster Linie aus der Besorgnis, daß die USA Australien in einem neuen Vertrag strengere und genauer umrissene regionale Verpflichtungen aufbürden könnten. Der vor 33 Jahren abgeschlossene Pakt ist so vage und unverbindlich, daß jeder Partner ihn im Rahmen der eigenen Interessen auslegen kann. Er sieht „eigenverantwortliche Bemühung zur Selbstverteidigung" und „abgestufte Reaktionen zur Abwehr gemeinsamer Gefahren" vor. Im Klartext heißt das: Australien und Neuseeland können nicht automatisch mit militärischer Hilfe durch die USA rechnen, falls sie angegriffen werden; ebenso sind weder Australien noch Neuseeland unter dem Anzus-Pakt verpflichtet, den USA weltweit zu helfen.

Außenminister Bill Hayden hat darauf im Juli hingewiesen. Das er die Grenzen des Abkommens betonte, diente der Beruhigung seiner Parteifreunde, die sich nicht auf die Unterstützung der USA in anderen Regionen einlassen wollen. Hayden: „Wir haben klargestellt, daß sich unsere Rolle auf regionale Interessen beschränkt." Zu den regionalen Interessen gehört auch die Vorstellung einer atomwaffenfreien Zone im Südpazifik, die mit der gegenwärtigen amerikanischen und europäischen Verteidigungsstrategie unvereinbar ist.

Australien und Neuseeland freilich sehen Sicherheitspolitik aus der Sicht des ostasiatischen Raumes, wo sie sich zunächst auf die Zusammenarbeit mit den Ländern ihrer Region angewiesen fühlen – Indonesien, China, Japan und die zahlreichen Inselstaaten im Pazifik. Gegenüber Europa, das sich in der EG gegen landwirtschaftliche Importe abkapselte, gibt es Ressentiments. Sie richten sich besonders gegen Frankreich, das seit Jahren, unbeirrt von australischen und neuseeländischen Protesten, seine Atomversuche auf dem Mururoa-Atoll fortsetzt. Daß diese Tests völlig gefahrlos für Atmosphäre und Gewässer des Südpazifik sind, glaubt dort kaum ein Mensch. Was von Europa aus als menschenleeres Gebiet am Rande der Welt erscheint, ist für Australien, Neuseeland und die Inselstaaten, die sich 1971 (gegen Frankreich) zum Pazifischen Forum zusammengeschlossen haben, Teil einer gemeinsamen Ökologie.

Das Forum ist Motor der Bestrebungen für eine atomwaffenfreie Zone im Südpazifik. Die Australier haben sich damit abgefunden, daß sie sich eine einseitige Neutralität nicht leisten können, und dies gilt auch für Neuseeland. Das Votum dort für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Südpazifik ist in erster Linie ein Protest gegen die Atomversuche Frankreichs, dessen Flotte übrigens die bedeutendste militärische Präsenz im südpazifischen Raum stellt. Frankreichs Streitmacht aber ist in keinen regionalen Pakt eingebunden, obwohl sie der Verteidigung des südpazifischen Raumes ebenso dienen könnte wie die Streitkräfte der Anzus-Partner.

So spiegeln sich an den Antipoden altbekannte Machtkämpfe. Wenn es eine Krise im Anzus-Bündnis gibt, dann wurde sie durch das Wahlergebnis in Neuseeland nur ausgelöst, aber nicht verursacht.

Bis sie nicht mehr wissen, wo oben und unten ist

Der Countdown für die Spacelab-Mission D-1 läuft. D-1 steht für Deutschland 1, denn an Bord des Raumgleiters, der am 11. Oktober 1985 starten soll, werden drei von vier Wissenschaftlern Deutsche sein.

Von DIETER THIERBACH

„Hamma Angst, Ernst?" Ernst guckt Reinhard an. Der nickt ihm zu. Und dann legt Ernst los: Vom Verlagern der Angstschwelle ist die Rede, vom Körperbeherrschung, vom Erkennen der eigenen Leistungsfähigkeit und deren Grenzen. Von schwebenden Etuis vor den Augen und tanzenden Gürteln in der Pilotenkanzel. Angst? Klar, aber beide glauben, daß Angst für sie mittlerweile zu beherrschen ist.

Die deutschen Wissenschafts-Astronauten Professor Dr. Reinhard Furrer (43) und Dr. Ernst Messerschmid (39) haben zweifelsohne dazugelernt. Nach Einweisungsflügen in der F 4 Phantom II beim Wittmunder Richthofengeschwader im Januar und ihrer ersten flüchtigen Bekanntschaft mit ständig wechselnden Beschleunigungskräften ist ihr Fortschritt in punkto physischer und psychischer Verfassung unverkennbar. Neben dem weltraumerfahrenen Ulf Merbold und dem Niederländer Wubbo Ockels werden die beiden die Labor-Crew bilden.

Memmingen, Jagdbombergeschwader 34, Grünherzstaffel. Drei Tage gehören die beiden Physiker zur Crew. Über 2000 Menschen versehen ihren Dienst auf dem Fliegerhorst. Durchschnittliche tägliche Flugaktivität der 36 Donnervögel: 45 Starts und Landungen. Das Wetter: Bedeckt, 15 Grad. Projektoffizier Peter Bündgen empfängt seine Gäste auf dem zugigen Hangar. Ein kurzes Instruktionsgespräch mit Geschwaderkommodore Oberst Jürgen Höche steht an.

„Mit den Belastungsparametern eines Shuttle-Fluges vertraut werden", nennt nüchtern das offizielle Statement als Ziel. Fachchinesisch - Deutsches mit englischen Wortbrocken - prasselt nur so herunter: Von einem „Split S" in 25 000 Fuß Höhe ist die Rede, von spiralenförmigen Loopings bis zum 5-fachen des eigenen Körpergewichtes. Da wird ein „Immelmann" gemacht, Luftkreisel, ausgefeilte Sturzflugkunststückchen, bis zu 20 unterschiedliche Flugzustände in der Minute, die alle zum Ziel haben „daß die beiden nicht mehr wissen, wo oben und unten ist", so Peter Bündgen. Parabelflüge, bei denen bis zu 30 Sekunden lang die Erdanziehung aufgehoben wird. *Schwerelosigkeit* ist gefragt. Was in keinem Simulator nachvollzogen werden kann: Die räumliche Desorientierung, das totale Schwindligwerden ist beabsichtigt.

„Und dann zeigen wir Ihnen auch noch, wie man ein Shuttle sicher landet." Kaum zu glauben, aber amtlich. Der durch seine nicht enden wollende Absturzserie so in Verruf gekommene Starfighter erweist sich hier als „taktische Wunderwaffe". Der TF-104 G fällt nämlich wie der sprichwörtliche Stein vom Himmel. „Mit einer Sinkrate, die einen Jumbo total zerlegen würde." Die 18 000 bis 20 000 Fuß pro Minute sind mit bordeigenen Instrumenten nicht einmal zu messen. Flugdaten und Fluglagen entsprechen exakt der Landephase des Space Shuttle.

Und dann kommt der eigentliche Clou, das flugtechnische Bonbon: Höhepunkt ist das Erreichen der Mach-2-Grenze, der Flug bei zweifacher Schallgeschwindigkeit. Mach-2, das sind, so weisen es die Physikbücher aus, 2400 Stundenkilometer, bezogen auf Bodennähe bei 20° C. Dauer: 35 Minuten. „Länger geht nicht", meint Projektoffizier Bündgen *trocken „denn dann ist die Ma*schine leer."

Bei strahlendem Sonnenschein geht es aufs Rollfeld. Furrer besteigt mit Major Rolf Reinert die Maschine mit der Seriennummer 28-31, Messer*schmid klemmt sich hinter Major* Hermann Falkner auf den engen Sitz der 28-15. 13.56 Uhr hebt Furrer mit ohrenbetäubendem Lärm der Triebwerke im grauen Riesenvogel als erster ab. „Aha, das war er . . .", kommentiert das Bodenpersonal. Zu überhören war der dumpfe Knall kaum, als der D-1-Astronaut die Schallmauer durchbricht. In zweieinhalb Minuten auf Mach-2 bei einem Spritverbrauch von knapp 100 Litern in der Minute. Minus 51° Celsius herrscht oben.

Der Landeanflug läßt so manchen *zusammenzucken. Die Maschine* kommt tatsächlich - einem Fallschirmspringer im freien Fall vergleichbar - um 14.27 Uhr in einem atemberaubenden Manöver auf das *Ende der Runway heruntergeprescht.* „Mein lieber Reinhard, herzlichen Glückwunsch und willkommen im Mach-2-Club," strahlt Rolf Reinert, sein Pilot. Der schlagfertigte Furrer, gerade mit einem Feld-Wald- und *Wiesenblumenstrauß beglückt, reicht* diesen gleich weiter: „Darf ich Dir die Blumen überreichen? Du hast mich ja ganz prima geschippert".

Furrers spontaner Kommentar zu *seinen persönlichen Eindrücken:* „Mein lieber Scholli, wie der da ransticht . . .". Unverhohlene Freude über den gelungenen Flug ist ihm anzusehen. Und gleich setzt er noch eins 'drauf: „Ich kann nun mal nichts dafür, aber bei mir kommt auch noch der Spaß am Fliegen dazu." Und wie geht es jetzt weiter? „Nach Mach 2 kommt jetzt gleich Mach 28", flaxt Furrer, auf die Belastungen beim Shuttle-Flug anspielend.

Reinhard Furrer resümiert: „Unsere US-Kollegen haben die Auflage, pro Monat 15 Jetstunden hinter sich *zu bringen. Und wo stehen wir?* Zwei Stunden pro Vierteljahr". In der Tat: Die allgewaltige Nasa hat in ihren Schulungskursen ständig 80 Mann „Gewehr bei Fuß". „Überlegen Sie mal, was das für ein Geld verschlingt . . .". Erfreuliche Nebenerscheinung: Da die Nasa selbst für ihr Astronautentraining keine Starfighter mehr verfügbar hat, haben die deutschen Kollegen in dieser Hinsicht mal die Nase vorn.

Üben, Trainieren, Simulieren, heißt die Devise der nächsten Monate. Ein Spacelab-Modell in Originalgröße wird bald zu ihrer Verfügung stehen; ab März '85 wird hier jeder Handgriff wie in ihrem späteren, siebentägigen Domizil in 324 Kilometer Höhe, geprobt werden können. Nur *eines fehlt: Die Schwerelosigkeit.*

„Wissen Sie, so unvorbereitet kriegt das kein normaler Mensch hin. Beim ersten mal sind sie klatschnaß geschwitzt, beim zweiten Mal haben sienoch schweißtriefende Hände, aber schon beim dritten Mal bekommt man so etwas Gefühl für die Sache. Eines haben wir hier und heute gelernt: Ein Shuttle-Anflug kann uns nicht mehr erschüttern."



„Ein Shuttle-Anflug kann uns nicht mehr erschüttern": Ernst Messerschmid (links) und Reinhard Furrer mit ihren Starfighter-Piloten (Hintergrund) beim Jagdbombergeschwader 34 in Memmingen FOTO: DIETER THIERBACH

Der Katalysator findet in Europa wenig Sympathien

Von 1986 an sollen zumindest deutsche Autos umweltfreundlicher werden. An diesem Ziel hält Bundesinnenminister Zimmermann trotz mancher Widerstände fest. Widerstände, die auch jenseits der Grenzen und gerade bei den EG-Partnern spürbar sind. Unsere Korrespondenten berichten.

Schon Zimmermanns Zeitplan stößt auf Unverständnis. Französische und italienische Automobil-Hersteller betonen, sie benötigten noch mindestens fünf Jahre nach der Festsetzung verbindlicher Abgaswerte, bevor sie in der Lage seien, Katalysatoren in ihre Wagen einzubauen. Abgesehen davon, lehnen die *Automobilhersteller in Frankreich*, Italien und Großbritannien ohnehin die Katalysatoren-Technik ab.

Die Gründe sind überall die gleichen: Der Benzinverbrauch werde steigen, höhere Wartungskosten verteuerten den Unterhalt eines Autos, der Einbau des Katalysators erhöhe den Kaufpreis. An diesem Punkt werden speziell die Franzosen und die Italiener hellhörig. Denn in diesen Ländern dominieren Kleinwagen und Autos der mittleren Preisklasse. Der Einbau umweltfreundlicher Technik verursachte daher relativ gesehen höhere Mehrkosten als beispielsweise bei Mercedes oder BMW. Italiener und Franzosen befürchten daher negative Auswirkungen auf ihren Absatz.

Auch die mit dem Katalysator gegebene Notwendigkeit, bleifreies Benzin einzuführen, macht es dieser Technik schwer, Sympathien im Ausland zu gewinnen. Denn während die Bundesrepublik den Bleigehalt im Benzin schon auf 0,15 Gramm pro Liter begrenzt hat, wird in anderen Teilen der Europäischen Gemeinschaft noch mit 0,4 Gramm pro Liter gefahren. Beim Super liegt der Bleigehalt häufig sogar noch darüber. Die Umstellung auf bleifreies Benzin bedeutete für diese Länder also einen erheblich größeren Sprung als für die Bundesrepublik. Für die Raffinerien in Italien oder Frankreich ergäben sich höhere Investitionen als für die deutschen.

Italien und Frankreich sind bereit, stufenweise den Bleigehalt abzubauen. *Die Briten werden ihren Blei*gehalt ab 1. Januar 1986 auf das deutsche Niveau von 0,15 Gramm herabsetzen. Der Anlaß für diese Reduzierung ist bei den Briten noch ein *anderer: Denn auf der Insel treten bei* Kindern immer häufiger Gehirn- und Wachstumsschäden auf, die auf das Blei in der Luft zurückgeführt werden.

*Die anderen Schadstoffe in den Au*toabgasen, wie etwa Kohlenmonoxid und Stickoxide, die in der Bundesrepublik so beunruhigen, bringen die Briten nicht aus der Ruhe. Schließlich sind die Wälder auf der Insel noch nicht vom sauren Regen befallen. In Großbritannien gibt es keine erhitzte Diskussion, die die Politiker in diesem Bereich unter Zugzwang setzten würde; in Italien und Frankreich ebenfalls kaum. Die Automobilindustrien dieser Länder fordern daher Zeit, in der Hoffnung, den Verbrennungsvorgang so zu verbessern, daß die jetzt angestrebten Abgaswerte auch ohne Katalysatoren erreicht werden. Dann müßte auch nicht gänzlich auf das Blei im Benzin verzichtet werden.

Mehr Zustimmung für seine Pläne *erhält Zimmermann in Schweden.* Dort hat man schon seit Jahren strengere Abgasbestimmungen als die meisten anderen europäischen Länder. Entsprechend mußten zahlreiche Importmodelle umgerüstet werden, was die Preise freilich erhöhte. Der Bleigehalt im Benzin liegt seit länge*rem schon bei 0,15 Gramm pro Liter.*

Unter diesen Voraussetzungen verwundert es nicht, daß die beiden schwedischen Automobilhersteller Saab und Volvo grundsätzlich nichts gegen die Einführung des bleifreien Benzins und der katalytischen Abgasreinigung einzuwenden haben; technisch sei dies für sie kein Problem. Jedoch fordern die Schweden eine westeuropäische Harmonisierung. Den Bonner Zeitplan betrachten auch sie mit Skepsis. Der Übergang sei 1986 noch nicht möglich, meinen Volvo und Saab übereinstimmend.

Ein besonderes Problem schneidet *das Autoabgaskomitee an. Das große* Land im Norden mit seiner geringen Bevölkerung wird schwer daran zu knabbern haben, für das bleifreie Benzin ein zusätzliches Verteilernetz aufzubauen.

Vor ähnlichen Schwierigkeiten würden auch die Dänen und die Benelux-Staaten stehen. Darüber hinaus ist es diesen EG-Staaten gleichgültig, mit welcher Technik Rücksicht auf die Natur genommen wird, denn sie besitzen keine eigene Automobilindustrie; und theoretisch wären die Mineralöl-Gesellschaften überall in der Lage, bleifreies Benzin anzubieten. Diesen kleinen Staaten kommt es darauf an, daß eine einheitliche Lösung gefunden wird. Einem Einzelgänger würden sie sich nicht anschließen.

Die Holländer stellen sich außerdem die Frage, ob nicht ein umweltfreundliches Treibstoffgemisch aufzutreiben ist. Das niederländische Institut für Technische Forschung erzielt mit einem Benzin-Methanol-Gemisch positive Ergebnisse.

Die einzigen Länder, in denen Zimmermann offene Türen einrennt, sind Österreich und die Schweiz, wo die Weichen für eine kräftige Reduzierung der Abgas-Grenzwerte längst gestellt sind. Von 1986 an gelten folgende gesetzliche Vorschriften bei der Zulassung neuer Fahrzeuge: 9,3 Gramm Kohlenmonoxid, 0,9 Kohlenwasserstoff und 1,2 Gramm Stickstoffoxid Ausstoß pro Kilometer. Allgemein besteht die Auffassung, daß so niedrige Werte am ehesten mit Katalysatoren erreicht werden. Andere technische Alternativen werden dennoch beobachtet.

Ab dem 1. Januar 1985 bieten schweizerische Tankstellen bereits *bleifreises Benzin an, ein Jahr später* gibt es Normalbenzin nur noch bleifrei. Über mögliche steuerliche Erleichterungen hat die Regierung noch nicht entschieden.

Nicht ganz so forsch treten die Österreicher auf. Wenn in der Bundesrepublik tatsächlich ab 1986 bleifreies Benzin vorgeschrieben wird, zieht Österreich mit. Die Ausstattung *mit Katalysatoren und damit auch die* Verwendung bleifreien Benzins soll zwingend werden – zunächst nur für neu zugelassene Autos. Nach einer Übergangsfrist, voraussichtlich bis 1990, gelten dann die Vorschriften für alle Kraftfahrzeuge.

Die Absicht Österreichs, sich unabhängig von eventuellen EG-Regelungen, an der Bundesrepublik zu orientieren hat zwei Gründe: zum einen dominieren die Deutschen im österreichischen Fremdenverkehr. Und das ist schließlich die wichtigste Einnahmequelle. Zum anderen stimmen die umweltpolitischen Absichten überein. Da kommt jeder Druck von außen gerade recht.

China offenbart nun in Zahlen manches Geheimnis

Vorstellbar ist es kaum: Jahrelang hat China mit seinem planwirtschaftlichen System auf statistische Daten verzichtet. Seit 1982 gibt es nun wieder Jahrbücher – mit mancher Überraschung.

Von JOHNNY ERLING

„Ach wissen Sie, so auf die hundert Millionen genau weiß ich das auch nicht", antwortete Parteichef Mao dem französischen Präsidenten Pompidou vor zehn Jahren auf dessen Frage, wie viele Menschen eigentlich in China lebten. „Ich glaube wir bringen es nicht einmal auf 700 Millionen." Zhou Enlai griff in das Gespräch ein: Doch, doch, es seien sicher über *700 Millionen*.

Heute läßt sich die Frage genauer beantworten: 890 Millionen waren es damals, fast 1,03 Milliarden Ende 1983. Diese Zahlen stehen im neuen *Statistischen Jahrbuch Chinas. Die* Ergebnisse aller drei bislang geheimgehaltenen Volkszählungen 1953, 1964 und 1982 sind in dem Datenwerk enthalten, das in nüchternen Zahlen *Erkenntnisse preisgibt, die bis vor* drei Jahren wohl nicht einmal der chinesischen Führung bekannt waren.

Denn kein Staat der Welt hatte die *Statistik mit solcher Verachtung ge*straft wie China. Für Mao, der seit 1958 statt auf Zahlen auf die „großen Sprünge" seiner mobilisierten Bauern setzte, waren „unumstößliche" Daten ein Greuel und Statistiker das Gegenteil von Revolutionären. Seinen alten Kampfgefährten Marschall Peng Dehuai verstieß er 1959, als dieser die utopischen Angaben aus der Volkskommunenwirtschaft Chinas bezweifelte.

Die heutigen Zahlen bestätigen die Befürchtungen des politisch bereits seit einigen Jahren rehabilitierten Peng. Nicht einmal die Hälfte der gemeldeten Stahl- und Getreidemengen wurde tatsächlich erzeugt. Dafür aber verdoppelte sich die Sterberate auf über 25 pro Tausend. Die Geburtenrate ging von 1957 bis 1961 um fast die Hälfte auf 18 pro Tausend zurück; die Bevölkerung verringerte sich von *1959 bis 1961 um 13 Millionen.*

Der amerikanische Demograph Ansley J. Coale, der für die Washingtoner Akademie der Wissenschaften die freigegebenen Statistiken auswertete, *kam aufgrund der amtlichen* Zahlen sogar auf eine Sterberate von über 38 pro Tausend für das Jahr 1960 und zu dem Schluß, daß 27 Millionen Chinesen verhungerten. Coales Er*kenntnisse führten noch weiter.* Zwar sei die von ihm extrapolierte Sterberate bei einer Lebenserwartung von 69 Jahren bei Frauen und 66 bei Männern seither erstaunlich gefallen, 1982 *auf nur noch acht* pro Tausend 1982, doch zeige sich heute in der Geburtenrate ein Mißverhältnis zwischen dem Anteil neugeborener Jungen und Mädchen, besonders in ländlichen Gebieten. Die normale Relation von 106:100 wurde in Provinzstatistiken für Dritt-und Viertkinder um ein Vielfaches übertroffen. Coale stieß auf Zahlen bis zu 130:100.

Dahinter verbirgt sich ein tagtägliches Drama, das auch von der Pekinger Führung in den vergangenen Monaten wiederholt angesprochen wurde. Seit Chinas forcierter Bevölkerungspolitik häufen sich die Fälle, daß Mädchen gleich nach der Geburt getötet werden. Ob die auf dem Lande offenbar weitverbreitete Praxis sich tatsächlich auf 60 000 Säuglinge pro Jahr hochrechnen läßt, wie Coale es tat, bleibt umstritten, solange nicht sicher ist, ob die Bauern *ihre Mädchen überhaupt den Behör*den melden.

Aber nicht nur auf diesem Feld droht die chinesische Bevölkerungsplanung in Bedrängnis zu geraten. *Denn in den Jahren 1962 bis 1966* wurden mehr als 60 Millionen Chinesen geboren, die nun im heiratsfähigen Alter sind und die Pekinger Führung mit ihrer Politik der Ein-Kind-Familie unter sozialen Druck setzen.

Erst seit 1982 gibt es nach zwölf Jahren Abstinenz wieder ein Statistisches Jahrbuch. Von 1967 bis 1969 gab es überhaupt keine Statistiken. Im chaotischen Peking der Kulturrevolution soll damals nur noch ein Dutzend Statistiker gearbeitet haben. Heute sind wieder knapp 25 000 auf allen Ebenen am Werk. Allerdings sind viele von ihnen, die 1958 oder spätestens beim Ausbruch der Kulturrevolution 1966 aus dem Amt gejagt worden waren, bereits alt. Neueingestellte Universitätsabsolventen haben dagegen weder ausreichende Erfahrung noch eine fundierte Ausbildung. Noch 1981 klagte Sun Ye*fang, einst Leiter des Statistischen* Amtes und Chinas Ökonom Nr. 1, das den Behörden fast die Hälfte aller Angaben fehle, um Chinas Volkswirtschaft zu überblicken und Fehlent*wicklungen entgegenzusteuern.*

In den vergangenen drei Jahren hat sich nicht nur in fachlicher Hinsicht Revolutionäres getan. Eine Politik der Öffnung bewog die Pekinger Führung 1980, versuchsweise eine Expertengruppe der Weltbank die ersten umfassenden Daten in China ermitteln zu lassen. Mit dem Pekinger Placet erhielten die westlichen Experten von den Provinzgewaltigen (in offenbarer Unkenntnis der wirklichen Befugnisse der Weltbankgruppe) Einblick in die „Notizbücher" der Provinzchefs, in denen Chinas damalige Geheimnisse standen.

Die Erfahrungen mit der Weltbank zeigten der chinesischen Führung, daß die ungewollten Einblicke (etwa über die Goldreserven) sich auszahlten. Das arme Entwicklungsland, so die Weltbank in ihrem ersten positiven Bericht, sei vielversprechend und kreditfähig.

Bis auf strategische Geheimnisse läßt die seither veröffentlichte Zahlenflut tief in Chinas Volkswirtschaft blicken, ob es sich dabei um die stagnierende Erdölproduktion oder aber um unerwartet hohe Devisenvorräte handelt. Das neue Statistische Jahrbuch veröffentlicht auch die ersten und *nachträglich geschätzten Zahlen* für die Entwicklung während der letzten zehn Jahre Maos. Angesichts des Chaos der Kulturrevolution sind die hohen Wachstumsraten erstaun*lich. Es wird aber deutlich, daß sie auf* Kosten eines gewaltsam niedriggehaltenen Lebenstandards der Bevölkerung und der kurzsichtigen Ausplünderung der Energie-Ressourcen erzwungen worden sind. An diesen Folgen leidet das Land noch heute.

Auch das Ausmaß der Ausbildungsmisere, die die Kulturrevolution hinterlassen hat, wird an diesen Zahlen ersichtlich. Weit mehr als ein Viertel der Bevölkerung oder 235 Millionen Chinesen über zwölf Jahre fallen nach den Erkenntnissen der Volkszählung unter die Rubrik Analphabeten oder Halbanalphabeten. An der Spitze der Ausbildungspyramide stehen heute etwa fünf Millionen Graduierte mit Universitätsausbildung, ein Zahlenverhältnis, das der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung Chinas mittelfristig Grenzen setzt.

„Der Friede hat noch keine Wurzeln geschlagen"

Moslems und Kommunisten sind es vor allem, die im Süden des Inselstaates Philippinen einen bewaffneten Kampf gegen das Marcos-Regime führen. Bei den Moslems zeichnet sich regional eine Befriedung ab, doch die kommunistischen Aktivitäten nehmen zu.

Von CHRISTEL PILZ

Dunkelhäutige Männer in zerschlissenen Uniformen, mit tief zerfurchten Gesichtern, die jungen wie die alten, lauschen der Nationalhymne der Philippinischen Republik. Ihre Blicke wandern den Masten hoch zu der Flagge, der sie fortan loyal sein sollen, gleiten prüfend über die Soldaten der ersten Brigade der Ersten Infanteriedivision, die ihnen gegenüberstehen, über Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile und eine ganze Schar von hohen Offizieren, die nach Basilan gekommen sind.

Ein Tisch voller Waffen, sowjeti*sche AK 47, belgische Fal, Granatwer*fer. Gewehre einheimischer Untergrundproduktion, manche mit Aufschriften wie „Commander Roy, Eigentum der MNLF", sprechen von einer blutigen Vergangenheit. Zwölf Jahre lang war die Inselprovinz Basilan ein Schauplatz bitterer Schlachten zwischen der islamischen Moro-Befreiungsfront (MNLF) und den Truppen der Regierung. Jetzt hat der MNLF-Führer von Basilan, Gerry Salappudin, Frieden mit Manila gemacht. Nach sieben Wochen intensiver Verhandlungen über die Zukunft der Ex-Rebellen waren 78 Kommandeure und 1300 Mann aus dem Dschungel herausgekommen.

„Ich habe eingesehen", sagt Salappudin der WELT, „daß wir nur so unseren Traum erfüllen können, in Frieden zu leben, an der wirtschaftlichen Entwicklung teilzuhaben, unsere Kinder in Schulen und Universitäten zu schicken. Wir haben einen Krieg geführt, den wir nie gewinnen konnten." Salappudin, schlank, hochintelligent, war zwanzig Jahre alt, als er den Vorsitz des Basilan-MNLF-Exekutivkomitees übernahm. Heute ist er 32. Verlorene zwölf Jahre? Nicht *ganz, denn in den Verhandlungen mit* Enrile hat Salappudin ein Paket von Forderungen hinsichtlich politischer Positionen, Rechten zur Nutzung von Land, Wirtschaftskonzessionen und 128 Stipendien durchgesetzt.

Noch aber ist der Frieden nicht endgültig. Nicht alle Rebellen sind Salappudin gefolgt. Einige hundert bleiben zurück. Zögern sie, weil sie abwarten wollen, wie sich das Schicksal der Salappudin-Gruppe entwikkelt? Sind sie, wie Salappudin meint, die Radikalen, die Freiheitskrieg und Banditentum vermischen? Oder ist ihr Verbleib Strategie, einen Teil der Kämpfer und Waffen zurückzulassen für den Fall, daß die Regierung ihre Versprechen nicht hält?

Der eigentliche Krieg der MNLF, der Mitte der 70er Jahre die islamischen Gebiete im Süden des philippinischen Inselreiches zu blutigen Schlachtfeldern machte, ist vorbei. Tausende sind gefallen, Tausende haben sich der Regierung ergeben, wurden Bürgermeister, Beamte, Parlamentsabgeordnete, Reserveoffiziere, Geschäftsleute, Bauern oder Fischer. Die Inseln Tawitawi und Jolo oder die beiden Zamboanga-Provinzen *Nord und Süd laden heute Touristen* ein. Vor sechs Jahren waren sie Kriegsgebiet, und noch immer kämpfen Restgruppen hier und dort. Deren derzeitiges Kampfpotential sorgt die Kommandeure der philippinischen Streitkräfte aber weit weniger als die Tatsache, daß die Organisation der MNLF weiterhin intakt ist, obwohl sich die MNLF-Führung in drei Gruppen zersplittert hat.

Diejenige, die unter dem im arabischen Exil lebenden Nur Misurai steht, ist heute die kleinste, die, die sich die Gruppe der Reformisten nennt, scheint das größte Potential zur Wiederbelebung der Sache der Moslems zu haben. Bisher war der Kampf der MNLF kein Heiliger Krieg im Namen Allahs. Er war ein Kampf um die Rechte der Moslems, ein militanter Protest, Bürger zweiter Klasse in einer vornehmlich christlichen Nation zu sein, ein Erbe, das die Filipinos von der dreihundertjährigen Kolonialherrschaft der Spanier haben.

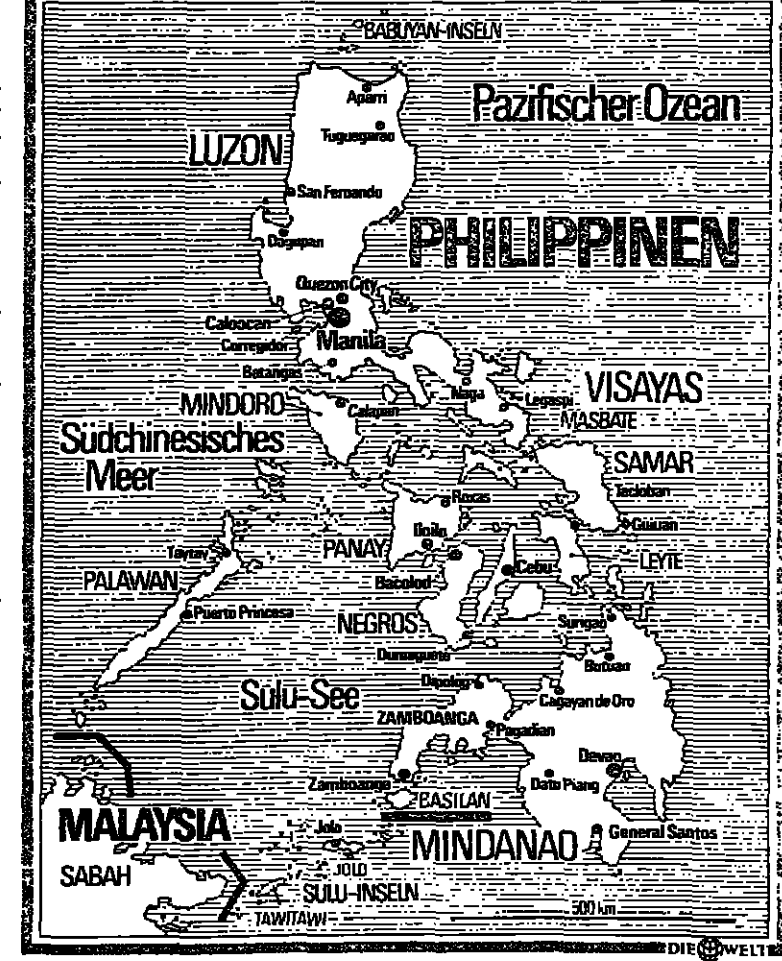
Moslems sind die Minderheit auch in Mindanao. Von den 12 Millionen Menschen, die zur Mindanao-Region gehören, sind nur 2,5 Millionen Moslems. Professor Saber an der Staatsuniversität von Mindanao prophezeit eine wachsende Rolle der Religion in der MNLF.

„Der Friede in den Moslemgebieten", warnte Verteidigungsminister *Enrile während seiner jüngsten In*spektionsreise durch Mindanao, „hat noch keine Wurzeln geschlagen." Dreißig Prozent der in Mindanao stationierten Truppen sind weiterhin im Einsatz gegen Rebellen. Die anderen 70 Prozent kämpfen einen neuen Krieg. Ihr Feind nennt sich NPA, „New People's Army", die neue Volksarmee der Kommunisten.

Ihr Territorium sind die Provinzen der Christen, wo Priester und Pastoren über Unrecht und von den Rechten eines jeden Bürgers predigen. „Ich kann die Ungerechtigkeiten des Marcos-Regimes nicht länger ertragen, die Verdächtigungen eines jeden als subversiv, der ein Wort gegen die Regierung sagt, die wirtschaftliche Vorherrschaft einiger weniger über die Massen. Ich habe mich entschieden, öffentlich gegen das Marcos-Regime aufzutreten", so der Leiter der Jesuitenschule „Atteneo" in Davao City, Vater Malasmas.

Davao ist die größte Stadt Mindanaos mit über einer Million Einwohnern. Der Wirtschaftsboom der 60er Jahre ist längst vorbei. Davao ist heute eine Stadt der Furcht. Jeden Tag werden Menschen erschossen. Wer erschießt wen? *Es sind die Militärs*, sagt das Volk, es sind die „Spatzen", behaupten die Militärs. „Spatzenkommandos" nennen die Kommunisten ihre „Exekutionsteams", mit denen sie, *meist am hellichten Tag*, korrupte Polizisten und Beamte niederstrecken. Unter den Toten sind neuerdings viele Jugendliche, die weder Beamte noch Polizisten sind.

Ob in Davao City, Butuan, General Santos oder anderen Städten Mindanaos, die Bilder der NPA-Aktivitäten gleichen sich. Ihre Anhängerschaft wächst beängstigend schnell. Ihre eigentliche Basis aber haben sie in den Dörfern und den Dschungelbergen. „Wir müssen uns fragen", sagt der Kommandeur der 3. Marinebrigade, Oberst Biazon, „ob wir diesen Krieg gewinnen oder ob wir ihn verlieren. Ich kann nur feststellen, daß wir diesen Krieg derzeit nicht gewinnen."



CIA hielt Harold Wilson für Ostspion

SAD, London

Der frühere britische Premierminister Harold Wilson (68) ist vom amerikanischen Geheimdienst CIA als Ostspion verdächtigt worden. Auf Drängen der Amerikaner wurde der heutige Lord dreimal diskret von der britischen Abwehr überprüft, nachdem der KGB-Überläufer Anatoli Golizin den Vorwurf erhoben hatte, Wilson werde „von Moskau gesteuert". Eine der Sicherheitsüberprüfungen fand statt, während der Labour-Politiker Regierungschef Großbritanniens und damit oberste Instanz der Sicherheitsdienste war.

Die Londoner Zeitung „Observer", die vergangenen Sonntag über den Verdacht berichtet hatte, stellte jedoch gleichzeitig klar: „Nie wurde Beweismaterial gegen ihn gefunden." Wilson amtierte in den Jahren 1964 bis 1970 und von 1974 bis 1976. Die Verdachtsmomente gegen ihn ergaben sich aus seinen häufigen Ostblockbesuchen vor 1963, dem bis heute nicht restlos geklärten Tod des Labour-Parteiführers Hugh Gaitskell an Haut-Tuberkulose und Wilsons Freundschaft mit dem aus Litauen stammenden und später wegen Steuerhinterziehung verurteilten Textilunternehmer Lord Kagan.

Der ehemalige hohe Beamte der britischen Abwehr Peter Wright (69), der heute in Australien im Ruhestand lebt, behauptet, daß die sowjetische Unterwanderung des Geheimdienstes MI- 5 noch heute nicht restlos aufgeklärt ist. Wright hat ein 150 Seiten umfassendes Dossier zusammengestellt, das die Namen von 21 überführten oder verdächtigten Ostagenten enthält. Zu ihnen gehören ein zum Ritter geschlagener früherer Staatssekretär des Verteidigungsministeriums und ein inzwischen verstorbener Polen-Botschafter. Wright ist bereit, sich selbst wegen Verletzung von Staatsgeheimnissen vor Gericht stellen zu lassen, wenn er dadurch eine amtliche Durchleuchtung von MI- 5 erreichen kann.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Schutzwall gegen Unbegabte schaffen"

Hochschulverband: Begabte gehen in der Masse unter

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

„Die Ausweitung der Zahl der Schüler mit einer Hochschulreife weit über 15 Prozent eines Altersjahrgangs hinaus hat offensichtlich zur Folge, daß die Qualität der Hochschulreife und damit der Studierfähigkeit auf dem früheren Niveau nicht gehalten werden kann." Dies ist einer der Kernsätze, mit dem das Ergebnis einer Umfrage des Hochschulverbandes unter 1300 Universitätslehrern auf 426 Seiten unter dem Titel „Studierfähigkeit" beschrieben wird (Autor: Werner Heldmann, Verlag Otto Schwartz & Co., Göttingen).

Zu den Hauptbefunden gehört die Feststellung, daß bei den Rechtswissenschaften von den formal erfaßten Studienanfängern nur 15 Prozent Volljuristen werden. Die Versagerquote sei in allen Wissenschaftsdisziplinen um so größer, je mehr Studienanfänger in ihr Fach als „Ersatz" durch Numerus clausus-Bestimmungen gedrängt würden. Fazit: „Es gibt wie früher Studierende, die ausgezeichnet vorbereitet, begabt und motiviert sind. Diese Gruppe geht aber in der Masse der Studierenden unter, sie bildet die Ausnahme."

Diese Kritik wird noch konkreter dadurch, daß sich im Selbstverständnis der fast eine Million Studierenden an Hochschulen der Bundesrepublik „die Universität als eine der Schule nachgeordnete Bildungsinstitution" anbietet, „in der ein schulischer Bildungsweg fortgesetzt wird". Die Humboldt'sche Bestimmung von Einsamkeit und Freiheit, die Lehrende und Lernende in Forschung und Lehre zusammenschließe, sei weithin verloren gegangen. Mit diesem Tatbestand, so heißt es im Untersuchungstext, gehe seltsamerweise ein „irrationaler Anspruch auf das Bestehen von Prüfungen ohne das Erbringen entsprechender Leistungen" einher. Die Universität sei dabei unmerklich zu einer Art Fachschule geworden, eine „gewisse Provinzialisierung" sei damit verbunden.

Ausdrücklich verweist der Hochschulverband darauf, daß für das Dilemma die bildungspolitischen Reformmaßnahmen der 60er Jahre nicht allein verantwortlich seien. Vielmehr gehörten zu den Verursachern vor allem auch die „systemtheoretischen Widersprüche in der Zuordnung von Schule und Universität" und „Unausgewogenheit im Unterricht des Gymnasiums".

Obwohl der Präsident des Hochschulverbandes, der Kölner Rechtswissenschaftler Professor Hartmut Schiedermair, bei der Vorlage der ersten Umfrageergebnisse deutlich machte, daß er gegen Eingangsprüfungen der Universitäten „als Ersatz für das Abitur" sei, wird im Text der Studie festgehalten, daß die Hochschule sich Schutzwälle vor der Flut von Unbegabten schaffen müsse. Wenn, so heißt es, aufgrund gesellschaftspolitischer Vorgaben eine selektive Ausrichtung nicht mehr gewünscht werde und die „Struktur eines horizontal gestuften Bildungswesens politisch durchgesetzt wird", dann bedeute das für die Universitäten Eingangsprüfungen oder die Verlagerung der Oberstufe des Gymnasiums in ein „fachspezifisches Propädeutikum an der Universitä".

Die Untersuchung hebt hervor, daß in den Gymnasien die Grundkurse wegen der im Vergleich zu den Leistungskursen wenigen erreichbaren Punkten lediglich noch „abgesessen" würden, um mit dem einen Punkt zwischen „mangelhaft" und „ungenügend" noch eben die Anerkennung der Teilnahme zu erreichen. Darunter leide der Arbeitseinsatz, und die sachlich notwendigen Kenntnisse in den Grundkursfächern würden nicht sichergestellt.

Das Absurde an Numerus clausus-Entscheidungen wird in eindrucksvoller Weise dadurch belegt, daß in dem seit Jahren an der Spitze der Wünsche stehenden Studienfach Medizin 52 Prozent der Einser-Kandidaten im Physikum eine Abiturdurchschnittsnote von 3,2 und darunter hatten. In diesem Zusammenhang wird die für Schüler beruhigende Feststellung getroffen: „Studierfähigkeit zeigt sich somit im Bereich schulischer Leistungen, die in einer bestimmten Bandbreite von sehr guten bis ausreichenden Noten liegen."

Um Studienanfängern zu helfen, so heißt es am Schluß der Studie, müsse die vorangehende Schule bis zum Abitur „methodisches Arbeiten und eine intensive Erarbeitung der sachlichen Voraussetzungen durch Üben und Kontrolle sicherstellen." Sogenannte Beratungsstunden oder Kommunikationsveranstaltungen seien hier keine Hilfe.

Seite 2: Schule auf die Schulbank

Scheidender FDP-Chef Klumpp gibt Saar-Bündnis eine Zukunftschance

Von JOACHIM NEANDER

Gleich nach der Sommerpause wird sich ein Mann (wirklich endgültig?) aus der Tagespolitik verabschieden, den zwei Tatsachen unter anderen herausheben. Werner Klumpp, der 55jährige FDP-Vorsitzende im Saarland, gehört zu den wenigen Berufspolitikern, denen nicht ein zu später, sondern ein zu früher Rücktritt vorgeworfen wird. Und er ist wohl der einzige, der je seine Partei in ein direktes und erfolgreiches Wende-Manöver dirigiert hat, ohne dabei persönlich Blessuren einstekken zu müssen.

Schon vor drei Jahren war Klumpp als Wirtschaftsminister des Landes abgetreten, um Präsident des Sparkassen- und Giro-Verbandes zu werden. Nun gibt er auf dem FDP-Landesparteitag am 16. September in Saarbrücken auch den Parteivorsitz an seinen Ministernachfolger Horst Rehberger ab.

Um diesen Abschied hat es ein wenig Stunk und Ärger gegeben. Sogar von Fahnenflucht war die Rede. Und betrachtet man den gegenwärtigen Zustand der Saar-FDP – bei der Europa- und Kommunalwahl am 17. Juni verlor sie weit stärker als im Bundesdurchschnitt – und die von Pessimismus geprägte Perspektive vor der Landtagswahl im kommenden Frühjahr, dann sind solche Gedanken verständlich. Vor allem, wenn man bedenkt, daß diese Saar-FDP noch Ende der 70er Jahre, als die Saar-Koalition Roeder–Klumpp über den Bundesrat entscheidend auf die Polen-Verträge einwirkte, an den Hebeln der internationalen Politik zu sitzen schien.

Schuldgefühle? Klumpp ist zu intelligent, um für seinen frühzeitigen Abschied die vielleicht naheliegenden persönlichen Gründe (Kriegsverletzung, physische Erschöpfung) allein gelten zu lassen. Ein wenig Überdruß an jenem seltsamen, viele Politiker alten Schlages zermürbenden Zusammenspiel von Wirklichkeit und Medienwirklichkeit, Vernunft und Irrationalem, Wahrheit und Halbwahrheit, das die moderne Politik ausmacht, kam sicher hinzu. Vor allem aber, und da wird er regelrecht trotzig: „Niemand ist unersetzlich."

1964 kam der Schwabe Klumpp fast durch Zufall ins Saarland. Den Juristen interessierten damals Dinge wie Denkmalpflege, später vor allem Sozialrecht und Sozialversicherung. Die FDP wurde auf ihn aufmerksam. Er kam ins Ministerium, wurde Sozialrichter, kandidierte 1969 für den Bundes- und ein Jahr später für den Saarländischen Landtag (beides vergeblich) und wurde schließlich Landesvorsitzender einer Partei, die – nicht mehr im Landtag vertreten – von großer Mutlosigkeit erfaßt war.

Für die Landtagswahl 1975 trimmte der neue Vorsitzende die Saar-FDP zunächst ganz im Sinne der Bonner sozial-liberalen Koalition (die er damals für absolut logisch und vernünftig hielt) auf ein Bündnis mit der SPD. Die Wahl gab ihm recht – aber nur beinahe. Die FDP war wieder im Landtag, aber eine regierungsfähige Mehrheit besaß weder CDU-Regierungschef Roeder noch die SPD/FDP-Opposition.

Anderthalb Jahre währte das Interregnum, für das Nichtschachspieler den (hier falschen, aber längst eingebürgerten) Schachbegriff „Patt" entlehnten. Dann kam Klumpps Wende. Wie ein Wanderprediger fuhr er damals durchs Land: „Versuchen Sie

Landesbericht Saarland

mal rumzudrehen, was Sie selber aufgebaut haben ..." Die Partei machte mit. 1977 wurde Roeder endlich doch wieder gewählter Ministerpräsident. Eine Ära gemeinsamen Erfolges begann. Das Gegenmodell zum Bonner Bündnis war installiert.

Selten war eine Landes-FDP einflußreicher. Vor allem aber (Klumpps Hauptziel) war deutlich gemacht, daß die FDP niemals in jene „Babylonische Gefangenschaft" geraten dürfe, die sie in Bonn tatsächlich 1982 zur Genscher-Wende nötigte.

Zwar wurde die Klumpp-Wende 1980 vom Wähler an der Saar eindeutig bestätigt. Aber andere Ereignisse drängten sich dazwischen: Roeders plötzlicher Tod, die Stahlkrise, Klumpps Ärger mit der Bundespartei und nach seinem Rücktritt aus dem Saar-Kabinett 1981 die Pannen mit seinen Nachfolgern Hügel und Henn (die, wie er heute sagt, beide nicht sein Vorschlag waren).

„So merkwürdig es vielleicht klingen mag", resümiert er, „aber die Saar-Koalition hat bei der Landtagswahl 1985 durchaus eine reelle Chance." Gewiß, Oskar Lafontaines SPD hat bei der Wahl am 17. Juni Werner Zeyers CDU deutlich überflügelt. Die Grünen sind stärker als die FDP. Aber Klumpp baut auf den Sinn für Beständigkeit, der den Saarländern immer noch zu eigen ist, obwohl diese Region ihn auch deswegen beeindruckt, weil sie „immer irgendwie in Erwartung von etwas Kommendem gelebt hat und lebt". Der Mann Lafontaine kommt dieser „Erwartung" entgegen. Die Faszination seiner Person vor allem, nicht etwa seine politischen Thesen allein, erkläre seine Erfolge, glaubt Klumpp. Einst waren die beiden befreundet. Feindschaft ist auch heute nicht zwischen ihnen. Aber ein Ministerpräsident Lafontaine? Klumpp: „Er hätte dieselben Probleme und auch kein Geld."

Fast überrascht es: Kein böses Wort über Ministerpräsident Werner Zeyer (CDU) kommt über Klumpps Lippen. Im Gegenteil, er nimmt diesen spröden, ihm eigentlich so wesensfremden Mann, der sich im Auf und Ab der Politik lieber an die Akten als an die Wirksamkeit von Fernsehauftritten hält, sogar gegen die Saar-CDU in Schutz. Sie wisse manchmal gar nicht, was sie da für ein Kapital an Solidität und Stetigkeit besitze.

Deshalb hält Klumpp die jüngste Kabinettsumbildung auch für falsch. Weil sie eine Maßnahme einfach um der Maßnahme willen gewesen sei. Da sei Beweglichkeit demonstriert worden, obwohl gerade Beweglichkeit in dieser Situation nicht gefragt war. Und er deutet im Gespräch sogar an, daß das Ganze vielleicht besser und vernünftiger gelaufen wäre, hätten Werner Zeyer und die CDU den rechtzeitigen Kontakt zum Koalitionspartner über eine Neuverteilung der Ministerämter auf höchster Ebene und im persönlichen Gespräch gesucht, nicht nur über Mittelsmänner.

Die großen vergebenen Chancen spielen auch sonst eine gewichtige Rolle im politischen Weltbild dieses Mannes, der so gern gegen den Strom schwamm und es so meisterhaft verstand, dies sogleich in politische Wirkung und Macht umzumünzen. So habe man seinerzeit an der Saar – da nimmt er sich als Person von dem Vorwurf gar nicht aus – den günstigsten Moment verpaßt, die Stahlindustrie zwar teuer, aber langfristig zu sanieren.

Proteste gegen mehr Werbung im Fernsehen

DW. Frankfurt

Der Beschluß des Rundfunkrats des Hessischen Rundfunks, 1985 im Dritten Fernsehprogramm Werbung einzuführen, ist auf den entschiedenen Widerstand der Zeitungsverleger gestoßen.

In einem Brief an die Mitglieder des Aufsichtsgremiums erklärte der Vorsitzende des Hessischen Verbandes der Zeitungsverleger, Hans-Wolfgang Pfeifer, die Begrenzung der Fernsehwerbezeit sei im Staatsvertrag über die Errichtung des ZDF geregelt. Danach seien die öffentlich-rechtlichen Landesrundfunkanstalten bei der Dauer von Werbesendungen dem ZDF gleichgestellt, dessen tägliche Fernsehwerbezeit auf 20 Minuten begrenzt worden sei. Diese Begrenzung, so argumentierte Pfeifer, gelte somit für alle Fernsehanstalten.

Pfeifer sieht durch die „immer umfangreicher werdende kommerzielle Betätigung des öffentlich-rechtlichen Hessischen Rundfunks" die Zeitungsvielfalt in dem Bundesland gefährdet. Wie es zu dem einstimmigen Beschluß des HR-Rundfunkrats über die Erweiterung der Werbung vom 29. Juni kam, sei nicht bekannt. „Die Einstimmigkeit bedeutet, daß neben dem Arbeitgebervertreter im Rundfunkrat auch diejenigen Politiker mit Ja gestimmt haben müssen, die sonst einer Einschränkung des Rundfunkmonopols das Wort reden", hieß es in dem Verlegerschreiben.

Nach WELT-Informationen hatte sich bei der HR-Entscheidung ein Rundfunkratsmitglied der Stimme enthalten. In der Sitzung nicht anwesend war der Vertreter des Freien Deutschen Hochstifts, Hermann Josef Abs. Alle vier CDU-Mitglieder des Aufsichtsgremiums – Gottfried Milde, Manfred Kanther, Hartmut Nassauer und Walter Korn – waren zugegen. Die umstrittene Werbezeit-Entscheidung muß also mit dem Votum von CDU-Vertretern zustande gekommen sein.

Für die Zeitungsverleger hat der Schritt des Hessischen Rundfunks, die Werbezeit auszudehnen, bundesweite Bedeutung. Deshalb werde auch der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) in Bonn „geeignete Schritte" unternehmen, wurde gestern in dem Schreiben Pfeifers angekündigt.

Hassan duldet keine religiösen Fanatiker

Prozeß in Rabat: 16mal die Todesstrafe gefordert

ROLF GÖRTZ, Madrid

Ein halbes Jahr nach dem Aufstand islamischer Revolutionäre in Marokko begann jetzt in Rabat der Prozeß gegen die Anführer. Der Generalstaatsanwalt forderte für die 71 Angeklagten 16mal die Todesstrafe und 35mal lebenslänglich. Gegen 20 Angeklagte wird in Abwesenheit verhandelt. Sie konnten fliehen.

Abdelkrim Mouti, *einer der Führer* der Moslembrüder, die die meist jungen Angeklagten zum „Heiligen Krieg" aufgefordert hatten, soll sich nach marokkanischen Quellen in Iran aufhalten. Die Anklage lautet auf Rebellion und Angriff gegen die Sicherheit des Staates.

Die Aufstandsbewegung vom Januar hatte sich die wirtschaftliche Not zunutze gemacht, unter der Marokko seit Jahren leidet. Maßnahmen der Regierung, den Schmuggel mit den spanischen Enklaven an der marokkanischen Mittelmeerküste, Ceuta und Melilla, zu unterbinden, dienten ebenso wie eine Schulreform als Anlaß, *die Unzufriedenheit in der Bevölkerung zu schüren.*

Wie immer bei derartigen Anlässen in Marokko begann auch dieser Aufstand in Schulen und Universitäten. Er brach schlagartig in verschiedenen über das ganze Land verteilten Städten aus, ließ also auf eine gute Organisation schließen. Ein Hungerprotest hätte längere Zeit in Anspruch genommen.

Iran als „Vorbild"

König Hassan reagierte mit dem brutalen Gegenschlag seiner Truppen. Ihm kam ein Aufruf der Sozialistischen Partei USFP zu Hilfe, die ihre Gewerkschaften aufforderte, nicht am Generalstreik teilzunehmen. Einer der sozialistischen Gewerkschaftsführer, Omar Benjellum, war bereits ein Opfer der islamischen Fanatiker geworden. Sein Tod wird Abdelkrim Mouti angelastet.

Unmittelbar nach der Niederschlagung des Aufstandes – über die Zahl von Toten und Verletzten herrscht Ungewißheit – rief König Hassan die Ulemas, die islamischen Schriftgelehrten, zu sich. Als „Emir aller Gläubigen" ging Hassan gegen die Integristen (Fundamentalisten), für die die Schiiten in Iran zweifelsohne „Vorbild" sind, zum Gegenangriff über.

Um das sich in zahlreichen islamischen Ländern ausbreitende Ayatollah-Syndrom im eigenen Reiche zu ersticken, ordnete Hassan zunächst an, daß jede neue Moschee offiziell zugelassen werden muß. (In *geheimen „Moscheen" war der Aufstand* gepredigt und vorbereitet worden.) Die von der islamischen Gemeinde ernannten Imame bedürfen der Kontrolle durch die Ulemas *entsprechend* der religiösen Tradition Marokkos.

Prediger entsandt

Zur Unterstützung der sunnitischen Rechtgläubigkeit im Kampfe gegen Schiiten und Fundamentalisten schickte König Hassan Ulemas als Prediger des „Heiligen Krieges gegen den Ayatollah" vor allem in die Golfregion. Dort sollen sie die theokratischen Systeme wie Saudi-Ara*bien in einer Art Vorwärtsverteidi*gung schützen.

Der Alouiten-Herrscher Hassan weiß, daß Nachsicht den religiösen Fanatismus nicht stoppen würde. Als warnendes Beispiel diente ihm Ägypten. Dort wurde am Wochenende der Prozeß gegen die 300 islamischen Ex*tremisten überraschend* erneut vertagt. Es handelt sich um jene Dschihad(Heiliger Krieg)-Gruppen, die Präsident Sadat und 60 Polizisten ermordeten. *Sie planten* den Sturz der Regierung, also auch des Sadat-Nachfolgers Mubarak. Bis auf drei war gegen alle Angeklagten die Todesstrafe beantragt worden.

Am 142. Verhandlungstag des anderthalb Jahre währenden Prozesses erklärte jetzt der Richter, daß er krank sei und den Prozeß deshalb aufschieben müsse. In Kairo wird dies als ein Triumph der Extremisten gewertet.

Der marokkanische Herrscher kann sich diese Schwäche nicht erlauben, zu einem Zeitpunkt, da er den Krieg gegen die von Algerien und Libyen unterstützte Polisario-Front der ehemals spanischen West-Sahara praktisch gewonnen hat. Der Erdwall rund um den nützlichen Teil der Westsahara gestattet die sichere Ausbeutung des größten Phosphat-Vorkommens der Welt in Bu Kraa, der einzigen Rohstoffquelle Marokkos. Mit Hilfe der Erträge Bu Kraas hofft das Land endlich Projekte der Landwirtschaft und des Bergbaues finanzieren zu können. (SAD)

Wahlen in Israel: Die möglichen Koalitionen

PETER M. RANKE, Jerusalem

Alle Voraussagen über die israelischen Parlamentswahlen stimmten darin überein, daß die Arbeiterpartei mit Shimon Peres einen deutlichen Erfolg über den regierenden Likud-Block erringen wird. Doch kann die Koalitionsbildung für Peres schwierig werden, da er die kleineren Parteien brauchen wird.

Peres hat einen Tag vor der Wahl betont, er werde keinesfalls die kommunistische „Rakach"-Partei oder die links-grüne „Progressive Liste für den Frieden" als Koalitionspartner akzeptieren oder mit ihrer Zustimmung regieren. Wenn er bei seinem Programm bleibt, das die Freigabe der Abtreibung und die Wiederaufnahme der El-Al-Flüge am Sabbat vorsieht, kann er auch nicht mit der National-Religiösen Partei oder noch orthodoxeren Gruppierungen rechnen.

Unter diesen Umständen sind Berichte glaubwürdig, daß sowohl die Arbeiterpartei wie auch Politiker des Likud-Blocks Gespräche mit Eser Weizman aufgenommen haben, dessen „Yachad"-Partei auf beiden Seiten als starker Koalitionspartner gilt. Natürlich hat auch der Likud Koalitionsmöglichkeiten, jedoch wird damit gerechnet, daß er bei geringerer Mandatszahl um 35 bis 40 viel mehr kleinere und damit schwierigere Partner benötigt als die Arbeiterpartei.

Das Angebot von Ministerpräsident Shamir, Likud sei zu einer Regierung der nationalen Einheit mit der Arbeiterpartei bereit, wirkt bei den Israelis schon wie das Eingeständnis einer Niederlage und wie ein vorzeitiges Werben um die Peres-Partei, *damit ohne störende kleine* Koalitionspartner die Wirtschaftskrise gemeinsam gemeistert werden kann. Bei seinem Angebot weiß Shamir sehr wohl, daß beispielsweise der frühere Verteidigungsminister Arik Sharon von der Arbeiterpartei nicht akzeptiert werden würde, obwohl er für Likud wieder in die Knesset kommt. Shamir ist also schon vor der Wahl zu Zugeständnissen bereit, will wohl auch Sharon als Preis für eine Große Koalition fallenlassen. Dafür besitzt er zweifellos die Zustimmung seines Vertreters David Levy, eines kommenden Mannes im Likud.

Politische Beobachter rechnen damit, daß Sharon im Falle einer Großen Koalition zur rechten „Techiya"-Partei stoßen wird. (SAD)

Paris will von Wahl nichts wissen

Aber im Senat haben die Bürgerlichen die Mehrheit / Verfassungsänderung als Test

A. GRAF KAGENECK, Paris

Präsident Mitterrand hat auf die Aufforderung des Oppositionspolitikers Jacques Chirac noch nicht reagiert, die Nationalversammlung aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben, da „die Mehrheit der Regierung im Lande nicht mehr der Schwere der Aufgaben entspreche, die vor ihr *stünden*". Es ist aber *sicher, daß er* nicht darauf eingehen wird.

Sein Regierungssprecher Roland Dumas ließ in einem Kommuniqué *wissen*: „Die Opposition *muß* einsehen, daß es keine Auflösung (der Nationalversammlung) geben kann, solange die Regierung Frankreichs sich auf eine solide Mehrheit in der Volksvertretung stützen kann." Dumas fügte zur Bekräftigung der Ablehnung hinzu, dies sei von 1962 bis 1973 gültig gewesen, als die Gaullistische Partei (deren Chef Chirac ist) das Land regierte, das gelte heute für die Sozialistische Partei, die seit den Wahlen von 1981 über die absolute Mehrheit in der Kammer verfüge.

Am Sonntag abend hatte Chirac in einer eigens einberufenen Sitzung des Zentralkomitees seiner gaullistischen Sammlungsbewegung einen direkten Appell an den Staatspräsidenten gerichtet, angesichts der „äußerst beunruhigenden Lage des Landes" auf ein Referendum über Fragen der öffentlichen Freiheiten zu verzichten, statt dessen durch Neuwahlen einen neuen „Vertrauenskontrakt mit dem Volk" zu ermöglichen. Ein Referendum sei kein Instrument für einen politischen Winkelzug (Anspielung auf die Verbindung zwischen Referendum und Plebiszit). In seiner augenblicklichen Abfassung entspräche der Gesetzestext zur Verfassungsänderung weder der Realität der Situation noch den Erwartungen der Bürger.

Zur Realität der Situation führte Chirac an: „Das politische Fundament, auf dem die Macht des Präsi*denten ruht, war noch nie in unserem* Lande so schwach. Mitterrand ist nicht mehr in der Lage, die Situation zu kontrollieren." Die Sozialisten be*dauerten bereits den Auszug der KPF* und sie wünschten, daß sie möglichst schnell wiederkomme. Die Ideologie des Präsidenten habe sich nicht geändert, auch wenn sie nur noch auf tönernen Füßen ruhe. Die Lage könne nur noch durch einen Rückgriff auf das Volk geklärt werden.

Chirac hatte die Forderung nach Neuwahlen am Freitag erhoben, nachdem er sich mit Ex-Präsident Giscard d'Estaing beraten und mehrere Telefongespräche mit Raymond Barre und dem UDF-Präsidenten Jean Lecanuet geführt hatte.

Offenbar sah die Opposition keinen anderen Ausweg aus ihrer unbequemen Lage, in die die Initiativen Mitterrands (Referendum,. Regierungsumbildung, Ausbootung der Kommunisten) sie gebracht hatte, als die Gegenattacke auf legislativem Feld. Diese steht aber verfassungsmäßig und moralisch auf doppelt schwachem Boden: Es gibt keinen Verfassungsparagraphen und keinen Vorgang in den Institutionen der 5. Republik, der zu dem Präsidenten einen solchen von Chirac geforderten Schritt nahelegt, und es war gerade die Opposition, die ein Referendum über die Schulreform verlangt und bisher generell für eine Ausweitung der Freiheiten der Franzosen eingetreten war. Hieran wird sie von den Sozialisten jetzt auch gerne erinnert.

Gaullisten und Giscardisten bleibt ein Ausweg, die Abhaltung des ge*fürchteten Referendums* zu verhindern: ein negatives Votum im Senat, in dem sie die Mehrheit haben. Diesmal ist die Erste Kammer der Nationalversammlung gleichberechtigt, kann also von dieser nicht überstimmt werden. Wenn der Senat nein sagt oder den Text des Verfassungsänderunggesetzes durch Zusatzanträge in einem Sinne verändert, der für die Regierung und ihre Mehrheit in der Kammer unannehmbar ist, muß der Präsident seinen Text zurückziehen. Wird aber der Senat, dem der Text am Montag als erstem zugeleitet wurde, es wagen, eine im Volk offensichtlich populäre Verfassungsänderung zu verhindern, die er vorher selber betrieben hatte. Das Spiel wäre zu durchsichtig und entbehrt nicht der Risiken.

Die bürgerlichen Senatoren scheinen entschlossen zu sein, die Sache zu Fall zu bringen. Offenbar baut die Opposition auf eine so schwerwiegende wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Herbst, daß die Öffentlichkeit den Streit über die Freiheiten vergißt und nicht mehr nach dem Schuldigen für eine blockierte parlamentarische Situation fragt. Mitterrand könnte dann doch genötigt sein, Neuwahlen anzusetzen.

„Time"-Büro in Israel wurde abgehört

AFP/DW. Jerusalem

Das amerikanische Nachrichtenmagazin „Time" hat jetzt Klage erhoben, nachdem in den Redaktionsräumen der Zeitung in Jerusalem Abhörgeräte entdeckt worden waren. Dies gaben die Israel-Korrespondenten des Nachrichtenmagazins am Wochenende der israelischen Presse bekannt.

Die Journalisten hatten entdeckt, daß Einzelheiten ihrer Unterhaltungen in den israelischen Medien veröffentlicht worden waren. Nach Einschaltung einer Detektei wurden in den vier Redaktionsräumen des amerikanischen Blattes „Wanzen" entdeckt. Jetzt haben die Vertreter von „Time" in Israel Klage bei der Polizei eingereicht und beim Justizrat der Regierung und dem Außenministerium in Jerusalem protestiert.

Der israelische Anwalt des Nachrichtenmagazins erklärte in einem am Sonntag veröffentlichten Interview mit der israelischen Gewerkschaftszeitung „Dawar", mit dem Abhören sei nach Ankunft eines US-Korrespondenten im vergangenen Monat begonnen worden. Der Journalist habe Recherchen über die Vergangenheit des früheren Verteidigungsministers und jetzigen Ministers ohne Geschäftsbereich Ariel Sharon anstellen wollen.

Sharon hatte „Time" wegen Verleumdung vor einem amerikanischen Gericht auf 50 Millionen Dollar Schadenersatz verklagt, nachdem das Magazin im vergangenen Februar einen Artikel über den geheimgehaltenen Teil des Kahane-Berichts veröffentlicht hatte, in dem die israelische Verantwortung bei den Massakern in Sabra und Schatila untersucht worden war. „Time" zufolge habe Sharon einige Tage vor den Massakern in Sabra und Schatila 1982 der Familie des libanesischen Präsidenten Gemayel vorgeschlagen, die Ermordung des designierten Präsidenten Beschir Gemayel zu rächen.

Gegenüber der WELT hatte Sharon diese Anschuldigungen empört zurückgewiesen und eine umgehende gerichtliche Klärung gefordert.

Das Gerichtsverfahren zwischen „Time" und Sharon soll Anfang kommenden Monats in New York eröffnet werden. Beobachter rechnen mit einer Prozeßdauer von mehreren Monaten.

Kairo wirbt um arabische Staaten

AP, Kairo

Der neue ägyptische Außenminister Esmat Abdel Meguid ist offenbar darum bemüht, die seit dem ägyptisch-israelischen Friedensschluß von 1979 getrübten Beziehungen zu den arabischen Nachbarn zu verbessern. In einem Interview mit der Regierungszeitung „Al Achram" kündigte Meguid „wichtige Schritte" dazu an. Den Wunsch nach besseren Beziehungen begründete der Minister mit der gemeinsamen Herausforderung, das Palästinaproblem zu lösen. Meguid hat sein Amt nach einer Kabinettsumbildung in der vergangenen Woche angetreten.

Haftverschonung für Ruiz Mateo

AP, Frankfurt

Für den in deutscher Auslieferungshaft sitzenden ehemaligen Chef des enteigneten spanischen Rumasa-Konzerns, Jose Maria Ruiz Mateo, hat der Zweite Strafsenat des Frankfurter Oberlandesgerichts gestern Haftverschonung beschlossen. Sobald der wegen Wirtschaftsstrafsachen in Spanien beschuldigte Mateos eine Kaution hinterlege, werde er auf freien Fuß gesetzt, hieß es. Der Industrielle hatte am 2. Juli in der Bundesrepublik um Asyl gebeten. Gegen ihn liegt ein Auslieferungsersuchen Spaniens wegen Betrug und Urkundenfälschung „in großem Stil" vor.

Ausschluß für drei „weiße" Kirchen?

idea, Budapest

Der Präsident des Lutherischen Weltbundes, Bischof Josiah Kibira aus Tansania, hat sich auf der Vollversammlung in Budapest dafür eingesetzt, *die Mitgliedschaft dreier weißer* Kirchen aus dem südlichen Afrika im Weltbund zu suspendieren, weil sie sich nicht deutlich genug von der *Rassentrennung in Südafrika* distanziert haben.

Die schwarzen lutherischen Kirchen Südafrikas hatten zuvor dem Weltbund den Suspendierungsbeschluß für drei Kirchen, darunter die deutsche evangelisch-lutherische Kirche in Namibia, vorgeschlagen.

„Mondale und Reagan fast gleichauf"

dpa, New York

Der demokratische Präsidentschaftskandidat Walter Mondale und US-Präsident Ronald Reagan lagen nach einer von der Zeitschrift „Newsweek" in Auftrag gegebenen Meinungsumfrage zum Ende des Konvents der Demokratischen Partei nahezu gleichauf: 48 Prozent einer telefonisch befragten repräsentativen Wählergruppe von 1006 Personen sprachen sich für Mondale und seine Vizekandidatin Geraldine Ferraro aus, während 46 Prozent Reagan und Vizepräsident George Bush den Vorzug gaben.

Eine relative Mehrheit von 46 Prozent meint, daß Reagan eher in der Lage sei, den Wohlstand zu erhalten als Mondale. 37 Prozent glaubten, daß Mondale dies besser könne. 44 Prozent waren der Auffassung, daß es Mondale eher als Reagan (34 Prozent) gelingen würde, die USA aus einem Krieg herauszuhalten.

Iran: Sturz Husseins als Vorbedingung

DW. Nikosia

Iran fordert nach wie vor den Sturz des irakischen Präsidenten Saddam Hussein als Vorbedingung für einen Frieden. Der iranische Ministerpräsident Hussein Musawi verkündete am Wochenende erneut, Teheran werde den Krieg bis zur „Eliminierung" Saddam Husseins fortsetzen. Musawi antwortete mit dieser Bemerkung auf einen Aufruf von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, den Golfkrieg zu beenden.

Unterdessen gingen auch am Wochenende die Kämpfe im Golfkrieg weiter. Irakische Truppen haben nach iranischen Angaben in Kurdistan eine „begrenzte Offensive" begonnen. Der Angriff wurde nach persischen Angaben zurückgeschlagen.

Moskau soll Truppen abziehen

AP, Peking

Pakistan und die Volksrepublik China fordern gemeinsam den Abzug aller sowjetischen Truppen aus Afghanistan. Anläßlich eines Besuches des pakistanischen Außenministers Shahabzada Yaqub Khan in Peking erklärten dieser und sein chinesischer Amtskollege Wu Xueqian gestern nach einer Meldung der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua, jede politische Lösung des Problems müsse den bedingungslosen und vollständigen Abzug der sowjetischen Soldaten einschließen.

Beide Seiten gaben sich ferner entschlossen, Differenzen mit Nachbarländern friedlich beizulegen und die Beziehungen zu diesen Staaten zu verbessern, ohne daß dies auf Kosten der pakistisch-chinesischen Freundschaft gehe. Diese Äußerung ist nach Meinung von Beobachtern an die Adresse Indiens gerichtet.

Unita: Bedingung für Kompromiß

rtr. Johannesburg

Der Chef der angolanischen Befreiungsbewegung Unita, Jonas Savimbi, hat sich nach einem Bericht des staatlichen südafrikanischen Rundfunks von gestern zur Beteiligung an einer Koalitionsregierung unter dem gegenwärtigen marxistischen Präsidenten Jose Eduardo dos Santos bereit erklärt. Savimbi habe allerdings zur Bedingung gemacht, daß keine ausländische Macht dem Land ihren Willen aufzwingen dürfe. Dos Santos ist auch Vorsitzender der regierenden „Volksbewegung für die Befreiung Angolas" (MPLA).

Die Unita kämpft seit Jahren mit südafrikanischer Unterstützung gegen die marxistische MPLA-Regierung. Die Regierungstruppen und das mit ihr verbündete kubanische Expeditionskorps seien bislang nur aufgrund ihrer Luftüberlegenheit einer militärischen Niederlage entgangen, sagte Savimbi. Die Unita könne innerhalb von sechs Monaten Luanda, die Hauptstadt des Landes , erreichen.

Indiens Opposition protestiert

dpa, Neu Delhi

Mit einem demonstrativen Auszug aus beiden Häusern des indischen Parlaments haben die 17 Oppositionsparteien gegen die jüngsten politischen Aktionen der Regierung von Indira Gandhi gegen die Sikhs im Punjab und die Mitwirkung der Kongreß-Partei beim Sturz der Regierung im nordindischen Doppelstaat Jammu und Kaschmir im Juli protestiert. Zuvor hatten sich die Abgeordneten der sonst zerstrittenen Opposition und der regierenden Kongreß-Partei von Ministerpräsidentin Gandhi heftig beschimpft, weil die Oppositionsparteien ihre Vorwürfe zur Sprache bringen wollten.

Die Präsidenten beider Häuser weigerten sich jedoch, von der Tagesordnung abzuweichen, die diese Debatte nicht vorsah. In beiden Häusern hat Frau Gandhi eine überwältigende Mehrheit.

Mit seiner Rückkehr stärkt Cruz die Opposition in Nicaragua

Das Ex-Junta-Mitglied will für das Präsidentenamt kandidieren / Forderungen gestellt

W. THOMAS, Managua

Mit der Rückkehr des ehemaligen Junta-Mitgliedes Arturo Cruz und seiner möglichen Präsidentschaftskandidatur kommt in die nicaraguanischen Wahlen überraschend Spannung. Der 54jährige Beamte der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) in Washington, vor einigen Tagen zum Kandidaten der einflußreichsten Oppositionsbewegung „Coordinadora Democrática Nicaraguense" nominiert, will jedoch seine Wahlbeteiligung von der Erfüllung verschiedener Forderungen abhängig machen.

Zu seinen Forderungen gehören so heikle Themen wie die Trennung von Staat und Streitkräften und die Entpolitisierung der Komitees des Sandinismus. Unter den gegenwärtigen Umständen wäre er nicht zur Teilnahme bereit. Ein enger Freund Cruz', der wie dieser der Konservativen Partei angehört, hat Zweifel am Erfolg dieses Vorstoßes: „Kann sein, daß Cruz Ende der Woche schon wieder nach Washington fliegt."

Junta-Chef Daniel Ortega hatte bei den Feiern zum fünften Jahrestag der sandinistischen Revolution am vergangenen Donnerstag den Rahmen der Bedingungen abgesteckt: Der Ausnahmezustand bleibt bis zum 20. Oktober, die Regierung garantiert jedoch die Versammlungs- und Bewegungsfreiheit. Die „Prensa", die einzige Zeitung der Opposition, unterliegt der Vorzensur, was Fragen der nationalen Sicherheit betrifft.

Jaime Chamorro, der Geschäftsführer des Blattes, berichtete: „Nichts hat sich geändert. Wir müssen nach wie vor unser gesamtes Material (der Zensorin) Nelba Blandon vorlegen, auch die Anzeigen." In der Freitagausgabe durften Agenturmeldungen aus Miami nicht veröffentlicht werden, wonach Innenminister Tomas Borge und Verteidigungsminister Humberto Ortega in den Rauschgifthandel verwickelt sein sollen. Diese Informationen stammten von einem festgenommenen Rauschgift-Piloten.

Die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes bedeutet die weitere Suspendierung der fundamentalen Menschenrechte. So bedürfen Festnahmen keines Haftbefehls. „Ich sehe einen Widerspruch in diesen Maßnahmen", erinnert ein Oppositionspolitiker. „Auf der einen Seite politische Rechte, auf der anderen Seite keine Menschenrechte. Politische Rechte sind jedoch nicht ohne die Menschenrechte möglich."

Arturo Cruz, der erste Zentralbankpräsident der sandinistischen Regierung, dann Junta-Mitglied (acht Monate), schließlich nicaraguanischer Botschafter in Washington, ist der wohl angesehenste Vertreter der Opposition. Obwohl er sich mit den Comandantes überworfen hat, weil sie die Revolution in marxistische Bahnen lenkten, scheute er den offenen Bruch und den Anschluß an eine antisandinistische Kampfbewegung. Zu seinem Freundeskreis zählen sowohl der abtrünnige „Comandante Cero" Eden Pastora als auch Planungsminister Henry Ruiz, ein Mitglied des sandinistischen Politbüros.

Viel Zeit bleibt Cruz nicht für einen Dialog mit den Sandinisten: Am Mittwoch endet der Einschreibetermin der Präsidentschaftskandidaten. Es wäre jedoch auch möglich, daß sich Cruz und sein Vizepräsidentschaftskandidat Adan Fletes (christlich-soziale Partei) einschreiben lassen und später das Handtuch werfen, wenn die Sandinisten keine Zugeständnisse einräumen.

So möchte Virgilio Godoy taktieren, ein früherer Arbeitsminister und Chef der „Unabhängigen Liberalen Partei". Er ist der einzige andere Oppositionspolitiker, der ernst zu nehmen ist. Die „Coordinadora", der neben drei Parteien auch zwei Gewerkschaftsgruppen und der Verband des Privatsektors angehören, hofft auf eine gemeinsame Verhandlungsstrategie mit Godoy.

Bisher scheint nur die Wahlbeteiligung von fünf Parteien – unter ihnen Kommunisten und Sozialisten – sicher, unabhängig von den endgültigen Bedingungen. Doch würde nur eine Teilnahme auch von Cruz und Godoy dem Votum am 4. November einen pluralistischen Anstrich geben.

Unter den „Coordinadora"-Funktionären schwankte in den letzten Tagen die Stimmung zwischen Hoffnung und Resignation. Hoffnung, weil die Cruz-Rückkehr moralisch aufbauend wirkt. Einer dieser Politiker fragte: „Kommt der Erlöser?" Die „Prensa" verkündete: „Cruz und Fletes – der Weg der Wende in Nicaragua". Resignation, weil man insgeheim befürchtet, daß sich am Ende doch nichts ändern wird. Der neue Präsident Nicaraguas heißt bestimmt Daniel Ortega, der zum Kandidaten der sandinistischen Befreiungsfront nominiert worden war.

Ein Verzicht auf eine Teilnahme an den Wahlen ist für jede Partei mit bitteren Konsequenzen verbunden: Sie verliert ihre juristische Persönlichkeit für zwei Jahre. Luis Rivas Leiva, der Präsident der „Coordinadora", weiß: „Wenn wir verzichten, können wir einpacken." (SAD)

Seite 2: Rauschgift und Revolution

Managua treibt Umwandlung in eine totalitäre Diktatur voran

Gleichschaltung in vielen Bereichen verwirklicht / Wahlen kommt große Bedeutung zu

Von W. KALTEFLEITER

Nicaragua befindet sich in einem Transformationsprozeß. Während die einen von der Vollendung der Revolution sprechen, sehen andere die stetige Umwandlung des Landes in eine totalitäre Diktatur. Vor diesem Hintergrund erscheint es zweckmäßig, die Kriterien einer totalitären Diktatur zu nehmen und zu prüfen, ob und in welchem Umfang sie in Nicaragua erfüllt sind. Die Totalitarismus-Literatur nennt in der Regel sechs Kriterien:

1. Die Existenz einer Einheitspartei: Dieses Kriterium ist zur Zeit definitiv nicht erfüllt, wie die Existenz der Christdemokraten, Sozialdemokraten, konstitutionellen Liberalen und auch der Konservativen beweist. Das nicaraguanische Parteiensystem ist durch die Dominanz der Sandinisten gekennzeichnet, die zur Demonstration eines „Pluralismus" sich einen Kranz von Satellitenparteien zugelegt haben.

Darüber hinaus existieren die genannten demokratischen Parteien, die allerdings durch den Ausnahmezustand in ihrer Aktionsfreiheit stark eingeengt und durch das Parteiengesetz in ihrer Existenz gefährdet sind: Der nationale Exekutivrat des Parteiengesetzes, der mit Mehrheit über die Anerkennung als politische Partei entscheidet, besteht aus acht Mitgliedern, von denen mindestens fünf den Sandinisten oder ihren Vasallen zugerechnet werden müssen.

Diese Anerkennung kann widerrufen werden, wenn zum Beispiel Parteien sich nicht an Wahlen beteiligen oder die Prinzipien der sandinistischen Revolution nicht beachten. Damit ist ein quasi-formal rechtsstaatliches Instrument zur Umwandlung in ein de facto Einparteiensystem gegeben. Die Frage ist nur, ob und wann die Sandinisten dieses Instrument nutzen werden.

Der Pluralismus wird unterdrückt

2. Die Gleichschaltung des gesellschaftlichen Pluralismus: Hier gilt Ähnliches wie bei dem Parteiensystem. Die Existenz sozial- und christdemokratischer Gewerkschaften, der Unternehmerverbände, einer Menschenrechtskommission und anderer Einrichtungen widerspricht im Prinzip der Gleichschaltung.

Allerdings sind auch hier die Tendenzen unübersehbar. Am weitesten fortgeschritten ist der Prozeß im Erziehungssystem. Die katholischen Schulen sind mit Hilfe strikter Lehrpläne, einer effektiven Schulaufsicht und der Bespitzelung durch einige Schüler gleichgeschaltet. Das gleiche gilt für die Universitäten. Gewerkschaften und Unternehmerverbände unterliegen vielfältigen Repressionen, die katholische Kirche ebenfalls, der eine sandinistische Konkurrenz in der „Volkskirche" entstanden ist.

3. Das Monopol der Massenkommunikation: Dieses Kriterium ist so gut wie vollständig erfüllt. Rundfunk und Fernsehen sind staatlich, die einzige unabhängige Zeitung „La Prensa" unterliegt einer scharfen Vorzensur, der im Schnitt täglich 20 bis 30 Prozent ihres Inhaltes zum Opfer fallen.

4. Die Existenz einer verbindlichen Ideologie: Dieses Kriterium ist erfüllt in den Prinzipien der sandinistischen Revolution, die sich immer deutlicher als die nicaraguanische Variante des Marxismus/Leninismus erweisen.

5. Die Bereitschaft zur Anwendung von Terror gegenüber der eigenen Bevölkerung: Auch dieses Kriterium ist erfüllt, wobei fünf Formen zu betonen sind:

a) Die Existenz von politischen Gefangenen, zur Zeit etwa 1600, davon ein Drittel ohne Verurteilung. Hinzu kommen etwa 2500 angebliche Somoza-Anhänger, die seit der Revolution einsitzen.

b) Die Existenz von „Volksgerichtshöfen", die von Laien besetzt sind und außerhalb des Rechtsweges stehen, zum Beispiel zur Verfolgung konterrevolutionärer Aktivitäten.

c) Die Existenz eines Blockwartesystems (CDS, Komitee zur Verteidigung der sandinistischen Revolution).

Hin zur zentral geplanten Wirtschaft

d) Die Organisation des „Volkszornes" (Turbas) zur Einschüchterung von Individuen und sozialen Institutionen.

e) Schließlich ist in diesem Zusammenhang die Militarisierung des Landes zu nennen, die vor allem das Straßenbild von Managua prägt.

6. Die Existenz einer zentral geplanten Wirtschaft: Auch hier sind die Tendenzen unübersehbar: die Verstaatlichung des Bank- und Kreditwesens, die staatliche Kontrolle des gesamten Exportes und Importes sowie die gegenwärtigen Repressionen gegen die freien Händler mit Schikanen vielfältiger Art.

Dieser Überblick verdeutlicht eine unübersehbare Tendenz zur vollständigen Transformation in ein totalitäres System. Den für den 4. November vorgesehenen Wahlen kommt dabei entscheidende Bedeutung zu. Drei Elemente sind wesentlich:

a) Der Wahlprozeß wird formal äußerst korrekt vorbereitet und wohl auch durchgeführt, so daß oberflächliche Beobachter den Eindruck freier Wahlen gewinnen werden. Das entspricht der Funktion dieser Wahlen: die außenpolitische Legitimierung des Regimes.

b) Die systematische Behinderung der Opposition durch den anhaltenden Ausnahmezustand, die Pressezensur, den extrem kurzen Wahlkampf (nach fünfjährigem Monopol der Sandinisten in den Medien) und die Einschüchterung der Wählerschaft durch das Blockwartsystem. Angesichts des Bildungsstandes der Bevölkerung und der fehlenden demokratischen Tradition kann davon ausgegangen werden, daß kein Vertrauen in die Existenz eines Wahlgeheimnisses bestehen wird, was zur Anpassung führt. Dies sollte ausreichen, um trotz aller Unpopularität des Regimes den Sandinisten eine bequeme Mehrheit bei diesen Wahlen zu sichern.

c) Sollte trotzdem das gewünschte Wahlergebnis nicht zustande kommen, ist die Möglichkeit der Wahlfälschung vorgesehen: Der zentrale Wahlausschuß – und voraussichtlich auch die von ihm einzusetzenden regionalen und lokalen Ausschüsse – besteht ausschließlich aus Sandinisten oder sandinistischen Sympathisanten. Selbst das Wahlgesetz von 1974 unter Somoza sah die institutionelle Beteiligung der Opposition an der Durchführung von Wahlen vor. Dieses Mal dürfen die Parteien nur Beobachter entsenden. Sie haben keine Möglichkeit der Kontrolle.

Diese Situation hat dazu geführt, daß die demokratischen Parteien ihre Teilnahme an den Wahlen von der Erfüllung einer Reihe von Bedingungen abhängig gemacht haben, die insbesondere die Aufhebung der systematischen Behinderung der Opposition betreffen. Zur Zeit stehen diese Parteien vor der Alternative, unter den gegebenen Bedingungen eine vernichtende Niederlage zu erleiden und damit das System zu legitimieren und zugleich die Transformation zu einem Einparteiensystem einzuleiten oder an den Wahlen demonstrativ nicht teilzunehmen. Das wird ihnen im Ausland kurzfristige Aufmerksamkeit einbringen und damit die außenpolitische Legitimierung des Systems durch die Wahl begrenzen; anschließend müssen sie mit Aberkennung ihres Status als Partei rechnen. Sie leisten somit der Transformation zu einem Einparteiensystem Vorschub.

Hilfe von außen als Flankenschutz

Gibt es dazu eine Alternative? Lange Zeit schien die Sozialistische Internationale auf einen Einfluß auf die Sandinisten zu hoffen und gewährte dementsprechend großzügige Unterstützung. Diese Politik ist offensichtlich gescheitert, wie nicht zuletzt die jüngste Entscheidung der SPD zeigt, in Zukunft die zur Opposition gehörende Sozialdemokratische Partei zu unterstützen. Rückblickend läßt sich feststellen, daß die wohlwollende Unterstützung der Sandinisten durch die Sozialistische Internationale, die SPD, die Ebert- und Naumann-Stiftung, aber auch durch Misereor und viele mehr, den Revolutionären den internationalen Flankenschutz gegeben hat, um die bislang erreichte Transformation zu bewirken.

Werner Kaltefleiter ist Direktor des Instituts für Politische Wissenschaft der Christian-Albrechts-Universität in Kiel. Er hielt sich auf Einladung des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Nicaragua auf.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Blutige Ironie

„Die Spur der Terroristen führt nach Iran und Syrien"; WELT vom 17. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

angesichts der Tatsache, daß die französische Regierung (im Einverständnis mit der Carter-Regierung oder gegen deren Willen?) dem Ayatollah Khomeini damals erlaubte, bei Paris sein „Hauptquartier" aufzuschlagen und von dort aus den prowestlichen Schah zu stürzen, nehmen sich die offensichtlich von Teheran ausgehenden Terroranschläge vom 23. Oktober 1983 mit ihren 297 amerikanischen und französischen Todesopfern wie eine blutige Ironie der Weltgeschichte aus. – Der Verrat an einem treuen Verbündeten aus opportunistischen Gründen zeitigt eben nur selten positive Ergebnisse. In diesem Zusammenhang ist es auffällig, daß unsere linkslastigen Medien die grauenhaften Zustände im heutigen Iran nur selten zum Anlaß einer angemessenen Kritik nehmen, während sie die weitaus geringeren Ausschreitungen des Schah-Regimes permanent geißeln zu müssen glaubten. Diese vornehme Zurückhaltung dürfte wohl darauf zurückzuführen sein, daß für unsere linken „Volkserzieher" Bluttaten jedweder Art mit Befriedigung zur Kenntnis genommen werden, wenn sie den USA zum Schaden gereichen.

Mit freundlichen Grüßen
Edgar Hügel,
Grefrath

GAL und die SPD

„Bei Hamburgs Sozialdemokraten beginnt die Partnersuche"; WELT vom 17. Juli

In der Tat, die Zeit der absoluten Mehrheit der Sozialdemokraten wird 1986 in Hamburg zu Ende sein, wie nicht zuletzt das Europawahlergebnis von 12,7 Prozent für die Grünen in Hamburg beweist. Bei dann im Jahre 1986 gegebenenfalls anstehenden Tolerierungsverhandlungen wird es allerdings für die GAL ziemlich egal sein, ob der SPD bestimmte Abgeordnete der GAL passen oder nicht. Die SPD wird nicht einzelne Abgeordnete als „Partner" haben, sondern wird sich mit der GAL und den von ihr bestimmten Politikinhalten auseinandersetzen müssen. So wird z. B. ein Umdenken in der bisherigen Umwelt- und Sozialpolitik (um nur zwei Beispiele zu nennen) seitens der SPD erforderlich sein. Mit einer SPD, die sich so unbeweglich zeigt wie 1982, werden die Chancen für eine Tolerierung auch 1986 schlecht stehen. Für unverändert sozialdemokratische Senatspolitik wird die GAL und ihre Fraktion jedenfalls kein Mehrheitsbeschaffer sein.

Mit freundlichen Grüßen
Herbert Schalthoff,
Frakt.-Geschäftsführer
der Grün Alternativen Liste

Wort des Tages

„Die Familie lebt vom Verzeihen. „Versöhnung ist die beste Münze im Haus", sagt das Sprichwort. In der Familie lernt der Mensch Tag für Tag die Versöhnung, mag es sich um den Ausgleich zwischen den Generationen, zwischen den Geschlechtern, zwischen Starken und Schwachen, zwischen Kranken und Gesunden handeln."

Joseph Höffner; dt. Theologe (geboren 1906)

„Kein Mörder"

„Sohn aus gutem Hause tauchte wieder auf"; WELT vom 12. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihrem o. g. Beitrag stellt A. v. Krusenstiern, New York, die Behauptung auf, George Jackson sei ein fünffacher Mörder gewesen, der bei einem Ausbruchversuch aus dem Gefängnis San Quentin schließlich selbst den Tod gefunden habe. Diese Behauptung stellt eine Fehlleistung dar.

Die Tatsachen sind folgende. George Jackson wurde 1960 im Alter von 18 J. wegen Fahrens des Fluchtautos bei einem 70 Dollar-Raubüberfall zu einer Gefängnisstrafe unbestimmter Dauer verurteilt. Nachdem er für diese Tat bereits 10 Jahre Haft verbüßt hatte, wurde er des Mordes an einem Gefängniswärter angeklagt, den er nicht begangen hatte, für den ihm aber die Todesstrafe drohte. Sein erst 17jähriger Bruder Jonathan Jackson versuchte daraufhin in einer Verzweiflungstat, George Jackson zu befreien. Dabei fiel seinerseits zunächst kein Schuß. Als Jonathan Jackson mit seinem Bruder George und einigen Geiseln sich dem Fluchtauto näherte, eröffnete die Polizei das Feuer. Jonathan Jackson und fünf weitere Personen starben. George Jackson selbst überlebte und wurde sofort wieder inhaftiert. Kurze Zeit später wurde Georg Jackson im Gefängnis San Quentin im Verlauf von Unruhen, die er selbst nicht angezettelt hatte, getötet, und zwar meuchlings.

Mit freundlichen Grüßen
Norbert Schaaf,
Hamburg 50

Steuerreform

„Spekulationen um Strauß"; WELT vom 16. Juli

Sehr geehrte Herren,

endlich bekennt sich die CSU wieder in aller Öffentlichkeit zu ihrer, während der Oppositionszeit gemeinsam mit der CDU bekundeten Absicht, sobald sie die Regierung übernommen haben werden, als eine vordringliche Aufgabe, den von der vorigen Regierung beschlossenen, sehr ungerechten und auch wirtschaftlich unvernünftigen Steuertarif, entscheidend zu ändern und leistungsfördernd zu gestalten.

Was bisher über die Absichten der Bundesregierung bekannt wurde, war in dieser Hinsicht zutiefst enttäuschend. Im Jahr 1985 – und nicht erst 1986 und sogar 1988 – sollte eine gerechte Gestaltung des Steuertarifs durchgeführt werden; aber es darf doch nicht wahr werden, daß mit solchen zum Teil auch geheimen Steuermaßnahmen von der Regierung sonst geplante Maßnahmen etwa gefördert werden; denn nach unserem alten Sprichwort gilt: „Unrecht Gut gedeihet nicht!" Darum möge die Regierung nun Schluß machen mit den fast täglichen Veröffentlichungen zur sog. Steuerreform und tatkräftig zum Schluß kommen, im Sinne einer wirklich als gerecht anzuerkennenden Regelung.

Mit freundlichen Grüßen
Bruno Tiedt,
Hamburg 67

Personalien

GEBURTSTAG

Ein bizarres Geburtstagsgeschenk hat der Tübinger Geologe Professor **Reinhard Schönenberg** zu seinem 70. Geburtstag von zwei ehemaligen Doktoranden erhalten – ein Berg in der Antarktis wird künftig seinen Namen tragen. Der bisher namenlos gewesene „Schönenberg" ist 2500 Meter hoch und von bizarrer Form. Die Doktoranden von Professor Schönenberg hatten als Forscher an der „German-Antarctic-North-Victoria-Land-Expedition" teilgenommen, um den der Bundesrepublik Deutschland zugewiesenen Bereich geologisch zu erkunden. Dabei erhielten sie das Recht, bisher unbekannte Berge zu benennen.

MUSIK

Der holländische Dirigent **Hans Vonk** ist von der Direktion der Dresdner Staatsoper und der Dresdner Staatskapelle zum Chefdirigenten beider Institute berufen worden. Hans Vonk wird die damit verbundene Tätigkeit im September 1985 aufnehmen. Der 1942 in Amsterdam Geborene besuchte dort das Konservatorium und studierte Klavier und Dirigieren. 1964 schloß er dieses Studium mit Auszeichnung ab – gleichzeitig hatte er Jura studiert. Der international bekannte Dirigent war 1966 zum Chefdirigenten des niederländischen Ballettorchesters berufen worden. 1970 wurde er Dirigent des „Concertgebouw" und Chefdirigent des Niederländischen Philharmonischen Radioorchesters. Seit 1976 wirkt er außerdem als Chefdirigent der niederländischen Oper. 1980 wurde er zum Musikdirektor und Hauptdirigenten des Residenzorchesters Den Haag verpflichtet.

VERANSTALTUNGEN

Der baden-württembergische Minister für Wissenschaft und Kunst, Professor Dr. **Helmut Engler,** hat an der Universität in Freiburg im Breisgau Vertreter aus 19 Ländern begrüßt, die dort am Kongreß der „International Association of Low Libraries" (IALL) teilnahmen. Die IALL wurde 1959 von amerikanischen, englischen und deutschen Bibliotheksjuristen mit dem Ziel gegründet, die Kooperation zwischen Personen, Bibliotheken und anderen Institutionen zu vertiefen, die mit der Erwerbung und katalogmäßigen Erfassung internationaler Rechtsmaterialien befaßt sind. Auf dem Freiburger Kongreß versammelten sich zum ersten Mal Richter, Professoren, Verleger und Bibliothekare, um gemeinsame Probleme zu erörtern.

*

Das politische Bonn, das schon Sommerferien macht, hat für die Daheimgebliebenen immer noch diesen oder jenen großen Empfang parat: Den Nationalfeiertag der Belgier feierten immerhin 750 Gäste. Botschafter **Michel van Ussel** und seine Frau **Janine** hatten in die Muffendorfer Kommende eingeladen, die Residenz, die sich in einem Haus befindet, das der Deutsche Ritterorden erbaut hat. Belgien erinnert sich an seinem Nationalfeiertag an die Vereidigung des ersten belgischen Königs **Leopold I.** am 21. Juli 1831. Die eher herbstliche Witterung beim Botschaftercocktail zwang den Gastgeber, fast sein gesamtes Haus leerzuräumen, um den Gästen im Innern Platz zu schaffen. Die Bundesregierung kann zur Zeit auf Empfänge nur noch Staatssekretäre entsenden: Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** ließ die Glückwünsche durch seinen Staatssekretär **Klaus Blech** überbringen, das Auswärtige Amt schickte Staatssekretär **Jürgen Ruhfus.** Besonders stark vertreten war das belgische Militär: So kam unter anderem der stellvertretende Kommandeur des Ersten Belgischen Korps und der belgischen Truppen in Deutschland, Generalmajor **Albert Vanderhaeghen,** und Generalmajor **Jean Chabotier,** Chef der 16. Division der Belgier in Neheim-Hüsten.



Defilé: Staatssekretär Klaus Blech, links, begrüßt Botschafter van Ussel und Ehefrau Janine. FOTO: KEIL

EHRUNG

Die Niederrhein-Eule als Zeichen politischer Klugheit erhält in diesem Jahr Bundesfinanzminister **Gerhard Stoltenberg.** Die Nachbildung einer Bronzeeule aus dem römisch-fränkischen Gräberfeld bei Krefeld wird von dem Vorsitzenden der CDU Niederrhein **Hans-Georg Schmidt** (Alpen) beim „3. Linner-Burggespräch" am 9. August 1984 auf Burg Linn in Krefeld überreicht. Die Niederrhein-Eule erhielten bisher der damalige Bonner Oppositionsführer und heutige Bundeskanzler **Helmut Kohl** und im vergangenen Jahr der Bürgermeister von Paris und französische Oppositionsführer **Jacques Chirac.** Die Laudatio für Stoltenberg hält der Krefelder Oberbürgermeister **Dieter Pützhofen.**

Ein großer Kenner der russischen Literatur, der ehemalige Ordinarius für slawische Philologie an der Universität Göttingen, Professor Dr. **Maximilian Braun,** ist im Alter von 81 Jahren in Göttingen verstorben. Der 1903 in Sankt Petersburg Geborene kam nach der Oktoberrevolution nach Leipzig. Er studierte Malerei und Slawistik. In Leipzig promovierte er 1930 mit einer sprachwissenschaftlichen Arbeit, 1932 erfolgte die Habilitation. Seit 1936 arbeitete Braun in Göttingen, wo er von 1947 bis zu seiner Emeritierung 1968 den Lehrstuhl für slawische Philologie innehatte. Seine wissenschaftlichen Interessen galten der slawischen Geschichte und Kulturgeschichte, Volkskunde, Sprachwissenschaft und Literaturwissenschaft. Braun erwarb sich große Verdienste um den Ausbau der Slawistik in der Bundesrepublik Deutschland. Im Ausland vertrat er die deutsche Slawistik im Internationalen Slawistenkomitee. Im September 1955 begleitete er als persönlicher Dolmetscher Bundeskanzler **Konrad Adenauer** bei dessen Reise nach Moskau, auf der die Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen vereinbart worden war.

Hilfsprogramm für Polens Bauern nun realistischer eingeschätzt

Fünf Milliarden Mark Umfang nicht erreichbar / Hilfe für Betriebe über zehn Hektar

GERNOT FACIUS, Bonn

Die an das Landwirtschafts-Hilfsprogramm für Polen geknüpften Erwartungen werden zur Zeit sowohl im Westen als auch im Empfängerland auf ein, wie Gesprächspartner zugeben, „realistisches Maß" heruntergeschraubt. Denn auch zwei Monate nach der Verabschiedung des Stiftungsgesetzes durch den Sejm sind noch wesentliche Punkte nicht geklärt: Die Finanzierung, die Besteuerung und die Frage, ob die angestrebte Stiftung eigene Angestellte und Mitarbeiter haben kann.

Die ursprünglich genannte Summe von fünf Milliarden D-Mark, die für den Landwirtschaftsfonds bereitgestellt werden sollten, erweist sich immer mehr als eine zu optimistische Schätzung. „Man kann nur das einbringen, was man hat", heißt es in diesen Tagen bei den westeuropäischen Bischofskonferenzen, die die Idee des Hilfsprogramms geboren hatten. Denn das Projekt fällt in eine Zeit, in der auch die Kirchen zurückhaltender mit ihren Einnahmen umgehen müssen. Für die als „Pilotprojekte" ausgewiesenen Vorschalt-Programme sind jetzt rund 80 Millionen D-Mark eingeplant. Mitarbeiter sind bereits gewonnen, sie warten auf den Startschuß. Die Stiftung, so heißt es in Kreisen der polnischen Bischöfe, will das im Westen gesammelte Geld dazu benutzen, um im jeweiligen Spenderland Waren zu kaufen – Pflanzenschutzmittel, Ersatzteile, Werkstattmaschinen. Sie sollen an Bauern und Handwerker weiter veräußert werden, die erzielten Zloty-Beträge sollen dann in die Stiftung zurückfließen. Die Initiatoren möchten so sicherstellen, daß westliche Devisen nicht zur Finanzierung des polnischen Staatshaushalts verwendet werden, sondern unmittelbar den privaten Bauern zugute kommen.

Daß von der Stiftung grundlegende Änderungen der schwierigen Lage der polnischen Landwirte zu erwarten seien, das möchte keiner der Fachleute sagen. Denn auf den Dörfern in Polen ist das gesellschaftspolitische Klima mehr als gespannt, Institutionen und Organisationen legen sich gegenseitig lahm. Wird das Hilfsprogramm diese Desorganisation noch vergrößern? Auch diese Frage wird gestellt.

Festzustehen scheint, daß ein Rat mit 15 bis 25 von der polnischen Bischofskonferenz ernannten Mitgliedern einen drei- bis fünfköpfigen Führungsausschuß benennt, der Abgesandte zur Koordinierung der Hilfe vor Ort entsendet. Warschau hat offensichtlich die Forderung aufgegeben, sich ein Mitentscheidungsrecht zu sichern. Offen war bislang der Sitz der Stiftung. Alle Vermutungen konzentrieren sich auf Brüssel, denn dort ist das Sekretariat der europäischen Bischofskonferenz angesiedelt. Mit den kirchlichen Strukturen allerdings, das wird bei den Bischöfen versichert, läßt sich die neue Einrichtung nicht verwalten. Es wird einer neuen, wenn auch kleinen Bürokratie bedürfen. Beim polnischen Episkopat legt man allerdings Wert auf den Hinweis, daß es sich nicht um eine caritative Institution, sondern um ein Instrument zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Erzeugung in Polen handele. Deshalb, so diese polnischen Stimmen, sei daran gedacht, vorrangig größere Betriebe über zehn Hektar zu versorgen, da man nur bei diesen davon ausgehen könne, daß sie langfristig lebensfähig seien.

Abwarten, heißt die Devise auch bei der Deutschen Bischofskonferenz in Bonn. Man möchte erst die Auswertung der Pilotprojekte sehen, bevor über weitere Mittel für den Fonds gesprochen werden kann. Die offiziellen polnischen Stellen benutzen allerdings gerade die heikle Finanzproblematik als Propagandamittel gegen Kirche und Stiftung. Immerhin hat Lech Walesa dem Fonds das Geld aus seinem Friedensnobelpreis gestiftet.

UdSSR-Statistik verschweigt viele Angaben

AFP, Moskau

Die sowjetische Wirtschaft hat im ersten Halbjahr 1984 zahlreiche Planziele, insbesondere in der Erdölförderung, nicht erreicht. In den in Moskau veröffentlichten Statistiken fehlen jegliche Angaben über das Bruttosozialprodukt und das Nationaleinkommen (beide sollen 1984 um 3,1 Prozent zunehmen) sowie über die Agrarproduktion.

Bei der Erdölproduktion betrug die Förderung im ersten Halbjahr 307 Millionen Tonnen. Als Jahresziel haben die Planungsbehörden 624 Millionen Tonnen eingesetzt, so daß die Förderung im ersten Halbjahr 312 Millionen Tonnen hätte erreichen müssen. Die zum Teil ernsten Probleme der Erdölproduktion in Sibirien und Turkmenistan waren in den vergangenen Wochen in der offiziellen Presse wiederholt behandelt worden. Dabei wurden insbesondere die fehlenden Infrastrukturen, der starke Mangel an Ersatzteilen und der völlig ungenügende Einsatz technologischer Mittel erwähnt.

Etwas besser sieht die Lage im Gas-Sektor aus. Mit 288 Milliarden Kubikmetern wurde das Planziel um eine Milliarde übertroffen. Aber auch hier gibt es offensichtlich Probleme, da die Ergebnisse im ersten Quartal wesentlich günstiger waren und eine bedeutend höhere Förderung erwartet worden war. Auch bei der Stromerzeugung, die mit 749 Milliarden kwh über den Planziffern von 733 Milliarden kwh liegt, ging der Wachstumsrhythmus gegenüber den Ergebnissen der ersten drei Monate 1984 beträchtlich zurück.

Die Industrieproduktion nahm mit 4,5 Prozent stärker zu als die eingeplanten 3,8 Prozent. Hier wurden jedoch keine Einzelheiten und keine absoluten Zahlen über die jeweiligen Industriesektoren veröffentlicht. Auch die Produktivität stieg mit 4,2 Prozent stärker als die vorgesehenen 3,4 Prozent an. Der Gegensatz zwischen der gestiegenen Industrieproduktion und dem Rückstand bei der Erdölförderung könnte nach Ansicht von Experten darauf beruhen, daß die Produktion von Kunstdünger, Computern sowie Landmaschinen, über die keinerlei absolute Zahlen veröffentlicht wurden, wesentlich stärker zunahm, als erwartet.

Detailliertere Angaben fehlen zur Getreideproduktion. Dagegen wurde erstmals seit drei Jahren die Gesamterzeugung bekanntgegeben. Sie erreichte im Jahre 1983 rund 190 Millionen Tonnen und blieb damit um 42 Millionen Tonnen unter den Planzielen. Westliche Experten in Moskau erwarten für 1984 das gleiche Ergebnis. Überhaupt keine Zahlenangaben gibt es für die Produktivität in der Landwirtschaft, die 1984 um 8,5 Prozent und für die Agrarproduktion, die um 6,4 Prozent steigen soll.

„Hilfe aus dem Westen stützt Khomeinis Regime"

Appell Bakhtiars / Genscher warnt vor Isolation Irans

SAD/DW. New York/Teheran

Der ehemalige iranische Premierminister Shahpur Bakhtiar hat an die westlichen Nationen appelliert, alle Hilfe, politische wie wirtschaftliche, für das iranische Regime unter Khomeini einzustellen. „Ohne die Kollaboration des Westens von Anfang an wäre Khomeini längst aus dem Amt", erklärte Bakhtiar in einem Interview mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „Newsweek".

Der 70jährige Politiker, der im Pariser Exil lebt, ist der Ansicht, daß Khomeinis Regime nur wegen des Krieges zwischen Iran und Irak noch an der Macht ist. „Ich möchte, daß der Westen Khomeini als das sieht, was er wirklich ist, ein blutrünstiger Terrorist, der das menschliche Leben mißachtet."

Einen Tag nach seiner Rückkehr von Gesprächen in Teheran hat Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher die westlichen Staaten aufgefordert, iranische Tendenzen einer „Öffnung nach Westen" zu fördern. In einem Interview mit Radio Luxemburg empfahl Genscher auch anderen westlichen Außenministern, Iran zu besuchen. „Nichts wäre falscher, als dieses große und wichtige Land zu isolieren." Ebenfalls in einem Interview mit Radio Luxemburg erklärte der Berater Khomeinis, Sadegh Tabatabai, zur „Öffnung" nach Westen, Iran habe nach der Stabilisierung der islamischen Republik jetzt Zeit und Möglichkeit, sich mit anderen Problemen zu beschäftigen, darunter auch die Außenpolitik und die Beziehungen mit anderen Staaten.

Irans Außenminister Ali Akbar Velayati sagte gestern in Teheran, die künftigen Handlungen der Bundesrepublik würden zeigen, wie weit Bonn zu den in Teheran getroffenen Abmachungen beitragen werde. Dabei gehe es vor allem darum, ein Gleichgewicht im Handel zu erzielen, den Technologie-Transfer voranzutreiben, den Kulturaustausch zu fördern sowie einige richtige politische Positionen einzunehmen. Als stabiles und mächtiges Land sei die islamische Republik ein sicherer Partner.

*

Nach Informationen der in Paris ansässigen Mudschahedin-Organisation sollen im Teheraner Evin-Gefängnis in der vergangenen Woche der frühere Kapitän der iranischen Fußballnationalmannschaft, Habib Chabiri, und 40 weitere Regimegegner hingerichtet worden sein. Chabiri war 1983 unter der Beschuldigung verhaftet worden, den Widerstand der Mudschahedin zu unterstützen. Der Führer der Pariser Exilgruppe, Massud Radschawi, appellierte an die Sportler in aller Welt, das iranische Regime zu verurteilen.

Aus der Union Kritik an Wegfall der Kontrollen

hey, Bonn

Kritik am Abbau der Grenzkontrollen „im Hauruck-Verfahren" ist aus den Reihen der CDU/CSU geäußert worden. Bei der Vorlage eines Katalogs zur Verbesserung der Kriminalitätsbekämpfung verlangten gestern die rechts- und innenpolitischen Experten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, derartige Schritte innerhalb der Europäischen Gemeinschaft nur Zug um Zug, begleitet von der Schaffung einer „Fahndungsunion", zu unternehmen. Andernfalls, so Fritz Wittmann (CSU), „werden wir einen Rückschlag" erleben. Denn bis zu 80 Prozent aller Festnahmen würden von den Grenzen gemeldet. Die Union verlangt deshalb, europäische Regionalbüros von Interpol zu gründen und Verbindungsbeamte des Bundeskriminalamtes in westliche Hauptstädte zu entsenden.

Paul Laufs (CDU) setzte sich für eine schnelle Einführung des fälschungssicheren und maschinenlesbaren Personalausweises in der Bundesrepublik Deutschland ein. Das sei „sachlich richtig und notwendig". Er kündigte weitere Gespräche über noch strittige Punkte mit dem Koalitionspartner FDP an. Allerdings existiere ein „Praktikabilitätsproblem", solange es nicht auch einen fälschungssicheren Reisepaß gebe, meinte Laufs.

Niedersachsen feiert Hasselmann

DW. Hannover

Das Heidedorf Nienhof bei Celle erlebte sein größtes Fest. Von der Küste, aus dem Harz, vom Emsland und der Wesermündung waren die Gäste angereist, um Wilfried Hasselmann zu gratulieren. Der Bundesratsminister der Regierung Albrecht vollendete sein 60. Lebensjahr. „Niedersachsen", sagte Ministerpräsident Ernst Albrecht, „feiert Wilfried und Marianne Hasselmann."

Mehr als 3000 Personen kamen zu dem Volksfest zwischen Celle und Gifhorn, wo unter mächtigen Eichen der Hof der Familie Hasselmann liegt. „Wer hart und ernsthaft arbeitet", so Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Laudatio, „kann auch fröhlich feiern." Die Geburtstagsgäste nahmen es sich zu Herzen und lohnten die Gastfreundschaft mit dem Verzehr von 500 Litern Kaffee, 6400 Stück Butterkuchen und 4000 Litern Erbsensuppe.

Hasselmann habe eine besondere „Sensibilität für die Entwicklung der Partei", sagte Helmut Kohl. „Ohne Hasselmann hätten wir den Sprung von der Opposition in die Regierung nicht geschafft", fügte Ministerpräsident Albrecht hinzu. Der Jubilar erinnerte an brisante Entwicklungen in der jüngeren Geschichte Niedersachsens. 1969, als für ihn die Aussicht bestand, mit den Stimmen der damals im Landtag vertretenen NPD eine CDU-Minderheitsregierung zu bilden, hatte er Nein gesagt und für die Auflösung des Landtages gestimmt. Die absolute Mehrheit verpaßte die Union, deren Landesvorsitzender Hasselmann seit 1968 ist, um 22 000 Stimmen. Aber, so sagte der 60jährige gestern: „Was nutzt das Amt des Ministerpräsidenten für die Partei und für mich, wenn wir dadurch gleichzeitig unsere politische und moralische Glaubwürdigkeit verlieren." Glaubwürdigkeit und Vertrauen, das waren die Grundlagen für die späteren Erfolge in Hannover. Daß zu seinem Geburtstag nicht nur Parteifreunde nach Nienhof kamen, sondern auch Vertreter der Opposition, zum Beispiel Karl Ravens und Anke Fuchs, paßt zu diesem Bild. Hasselmann hält Verbindung über die politischen Trennungslinien hinweg. Bei ihm holen sich auch SPD-Politiker gelegentlich Rat. Hasselmann verkörpert nach den Worten seines Ministerpräsidenten eben die Volkspartei CDU. Unter seiner 16jährigen Führung in Niedersachsen stieg die Zahl der CDU-Mitglieder von 30 000 auf 110 000.

Ernst Albrecht sprach gestern auch von dem „Bauern, dem Niedersachsen, dem Politiker und dem Freund", von Hasselmanns Standfestigkeit und seiner Dynamik. Albrecht, damals noch bei der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel tätig, war von Wilfried Hasselmann nach Niedersachsen geholt worden. Daran erinnerte auch der Bundeskanzler und CDU-Bundesvorsitzende. Der heute 60jährige sei zum richtigen Zeitpunkt fähig gewesen, den Weg für andere freizumachen und so persönlich zurückzustecken. Pflichterfüllung eines Patrioten sei das gewesen, Hasselmann habe persönliche Dinge zurückgestellt und zu allererst nach dem „wir" gefragt. Hasselmann habe nie aufgegeben und stets daran geglaubt, „daß man die Welt verändern kann".

Blumen über Blumen für den Jubilar, Schecks für den Bau eines Blockhauses und Originelles von weither: So ein sogenanntes Mittwinterhorn, das im deutsch-niederländischen Grenzgebiet zur Winterzeit die Geburt Jesu Christi verkündet.

Anreize für saubere Autos

Bleifreies Benzin: Zimmermann will am Termin festhalten

STEFAN HEYDECK, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) will an der Einführung von umweltfreundlichen Autos und bleifreiem Benzin vom 1. Januar 1986 an festhalten. Als „denkbaren Weg" bezeichnete er es, daß die Bürger zunächst weiterhin zwischen „normalen" Autos und Fahrzeugen mit Katalysatoren wählen können sollten. Von 1989 an sollten dann entgegen anderen EG-Terminvorstellungen nur noch umweltfreundliche Autos zugelassen werden.

Um die Bürger verstärkt zum Kauf von Fahrzeugen mit Katalysatoren zu bewegen, seien Kaufanreize „absolut notwendig". Darüber werde das Kabinett am 19. September entscheiden. Zimmermann schlägt vor, daß für derartige Fahrzeuge innerhalb von vier Jahren insgesamt 4500 Mark als Kaufhilfe gezahlt, sie bei der Kraftfahrzeugsteuer begünstigt und die Steuern für bleifreies Benzin gegenüber herkömmlichem gesenkt werden. Allerdings, räumte er ein, sei der „Gesamtkomplex geplatzt", wenn einer dieser drei Punkte „herausfällt".

Weiter betonte er, daß die Regierung in ihrer Umweltpolitik „unbeirrt Kurs" halte. So verwies er auf die Technische Anleitung (TA) Luft. Sie führe als neuartiges marktwirtschaftliches Instrument für Altanlagen eine Kompensationslösung ein, mit der die im Einzelfall ökologisch und ökonomisch beste Lösung realisiert werden könne. Diese Vorschriften zur Luftreinhaltung seien als Referentenentwurf gestern den zuständigen Stellen zur Anhörung zugeleitet worden. Die Novelle werde neben der Kfz-Abgasregelung für lange Zeit das wichtigste Regelwerk auf dem Gebiet der Luftreinhaltung sein. Es sei jedoch mit „erheblichen Widerständen" der Industrie zu rechnen. Dennoch sollte das Kabinett die Vorlage noch in diesem Jahr verabschieden.

Am Mittwoch wird das Kabinett den Einbau einer Abgasentschwefelungsanlage in das Kraftwerk Buschhaus vorschlagen. Sie soll bis 1987 für mehr als 200 Millionen Mark eingebaut werden. Bis dahin soll statt Salzkohle normale Braunkohle verfeuert werden, um so eine Schadstoffsenkung um rund 20 000 Tonnen pro Jahr für die gesamte Region zu erreichen. Zimmermann: „Niemand wird entlassen."

Duarte entschuldigt sich in Lissabon

dpa, Lissabon

Der Staatspräsident von El Salvador, José Napoleon Duarte, hat sich schriftlich bei Portugals Staatspräsident Antonio Ramalho Eanes für einen Fauxpas entschuldigt, der ihm am vergangenen Samstag bei der Ankunft zu einem Arbeitsbesuch auf dem Flughafen in Lissabon unterlaufen war. Wie die amtliche portugiesische Nachrichtenagentur Anop gestern unter Berufung auf offizielle Quellen meldete, fügte Duarte seiner Entschuldigung den Dank an den portugiesischen Staatspräsidenten an, „ihn auf dem Flughafen begrüßt" zu haben.

In einer kurzen Erklärung auf dem Flughafen hatte Duarte zweimal den Ministerpräsidenten Mario Soares zu seiner Rechten, der ihn zu dem Arbeitsbesuch eingeladen hatte, mit „Präsident Soares" angeredet.

Eanes, der links von dem Gast stand, entfernte sich und beschränkte sich später darauf, Duarte im offiziellen Wagen zu seiner Besucherresidenz zu fahren. Bei der vorgezogenen Abreise Duartes am Sonntag ließ sich der portugiesische Staatspräsident zudem durch den Chef des Präsidialamtes, Caldeira Guimaraes, vertreten.

Neue Fernsehserie mit Hans Joachim Kulenkampff

Ein Schiff für alle Stürme

Das Unternehmen scheint etwas fürs Gemüt zu werden. Der Hessische Rundfunk hatte eingeladen, der Vorstellung eines Projekts zu lauschen. Es handelt sich um eine (vorerst) fünfteilige Fernseh-Serie. Betitelt: „Ein Mann und sein Schiff". Mit den Dreharbeiten wird im Herbst '84 begonnen. Erfreuen soll uns der erste Teil am 27.6.1985...

Pünktlich um 11 Uhr begann der Einzug der Matadore in den Konferenzraum. Der Herrenriege des HR voran schritten Hans Joachim Kulenkampff und der Dichter. Man nahm Platz. „Kuli" verschwendete jenes Lächeln, das die Butter auf Brötchen schmelzen läßt. Die Ladung Charme erdrückte fast den Dichter, der zuversichtlich in die Runde blickte. Zuversichtlich durften beide sein, Hauptdarsteller und Horst Pillau, Verfasser der Drehbücher. Warum? Das erläuterten die HR-Herren.

Niemals sollen „Dallas" und „Denver" allein die Einschaltquote bundesrepublikanischer Fernsehapparate beherrschen. Dem neuerdings serien-süchtigen Publikum wird ein deutscher Mehrteiler geboten werden, der seinesgleichen sucht. An alles wurde gedacht: Verstand und Gemüt befinden sich im Verbund mit männlicher Abenteurer-Mentalität. Diese wiederum kommt geriatrisch zum Einsatz. Sie stoppt den Alterungsprozeß des Verlegers Martin Olden.

Ein rasanter Unterhaltungs-Mehrteiler hat selbstverständlich zu seinem größten Teil im Ausland zu spielen. Diesmal ist es der 6000 Seelen zählende Ort Bodrum an der ägäischen Küste der Türkei. Bodrum hieß im Altertum Halikarnassos und war die Geburtsstadt des Königs Mausolos, der uns die Mausoleen bescherte.

Verleger Martin Olden hat sich in seinem Leben hinreichend abgerakkert und den Verlag seinem Sohn übergeben. Von nun an wird Olden mit seiner Motorsegelyacht (türkische Holzbauweise, 16 m lang, 4,50 m breit, zwei Kabinen, Küche, WC) durch die Ägäis streifen. Die Yacht trägt den Namen von Oldens verstorbener Frau: „Christine". Spätestens jetzt wird es den Zuschauer durchzucken. Er weiß, was für ein Mensch Olden ist: ein zur Liebe befähigter nämlich. Das gibt zu den anmutigsten Erwartungen Anlaß. Jeder zuverlässige Drehbuchautor berücksichtigt und befriedigt derlei Erwartungen. Folglich taucht in einer Folge des Fünf-Teile-Films (jeder Teil verheißt eine abgeschlossene Episode) die junge Reisebüroleiterin von Bodrum auf. Sie hält, sinnbildlich, einen Apfel der Hesperiden in der Hand, den Lebensapfel schlechthin.

Ein Film deutscher Herkunft, der unvergeßlich bleiben soll, muß unter allen Umständen ein Sozialexempel enthalten. Es fußt unabdingbar auf Moral. So gelangt in einer Filmpassage ein Knabe auf Oldens „Christine", der seinem garstigen, reichen Vater entfloh. Olden wird, in seiner „behutsamen, lebensweisen, oft knurrigen, aber in jedem Fall sehr menschlichen Art, anderen Menschen bei der Bewältigung ihrer Konflikte zu helfen", zum Wunschvater des Knaben. Das, verdammt noch mal, reicht doch wohl nicht. Der leibliche Vater des Jungen ändert sich diesem zuliebe. Feinsinniger hätte es selbst aus Frau Marlitts Feder nicht rinnen können.

Natürlich wird Olden bei drohenden Verlagskrisen vom Sohn in die Heimat zurückgerufen. Kein Zweifel, daß Olden auch als „Feuerwehr" eine glückliche Hand beweist. Doch immer wieder zieht es ihn zu der „von Palmen und schneeweißen Häusern gesäumten Bucht" von Bodrum. Dem Zuschauer prägt sich, zart und sehnsuchtsfördernd, ein apartes Fremdenverkehrs-Gebiet ein...

Bekanntlich spricht man nicht über Geld. Aus diesem Grunde war über die Herstellungskosten der Serie nichts zu erfahren. Daß in dieser Runde der Erfolg des „Traumschiffes" andeutungsweise belächelt wurde, ist nicht ganz keusch. Denn es kam recht deutlich zum Ausdruck, daß die nämliche Einschaltquote erwartet wird – wenn nicht mehr! Dafür soll „Kuli" bürgen, dessen „schauspielerische Leistung vom Fernsehen bislang nicht genug gewürdigt worden sei". Außerdem fiel die Wahl „seiner Popularität" wegen auf ihn. Genau da dürfte der Hund begraben liegen. Warten wir also auf den Beginn „Ein Mann und..." Unsinn! Warten wir auf „Hans Joachim Kulenkampff und sein Schiff".

ESTHER KNORR-ANDERS

KRITIK

Im Mief des Lebens

Wenn man davon ausgeht, daß ein Krimi kein Stück aus der Arbeitswelt der Polizisten ist, sondern ein ersonnenes Märchen (wenngleich unter Verwendung heutiger Kulissen und Probleme), so ist die jüngste Schimanski-Arie im **Tatort** (ARD) ein quirliges Gegenstück zu der sauber gerasterten Langeweile der Derrick-Einsätze: „Zweierlei Blut".

Freilich, wenn man bedenkt, was dieser Schimanski sich alles herausnehmen darf, ohne entschädigungslos gefeuert zu werden, so stehen einem die Haare steil hoch. Man muß eben zu dem Vorbehalt des Märchens greifen. Dann aber fragt es sich, wie die sozialkritischen und ähnlichen Elemente hineingeraten. Sind die auch nur ein Märchen-Partikel?

Wie auch immer. Es ist eine Freude, mal tief den Mief des Lebens einziehen zu können und sich nicht mit dem parfümierten Hauch des studiogebundenen Daseins begnügen zu müssen. Da verzeiht man den Filmbetreibern ihre Verliebtheit in die aufgesetzte Ruppigkeit des Herrn George, da nimmt man in Kauf, daß ein vietnamesischen Kind auftaucht, von dem man nicht weiß, wie es auf den Schirm gekommen ist, warum und zu welchem Behufe. Gott allein weiß es. Und Schimanski, versteht sich.

Sonst ist für alle gesorgt. Die obligate schnelle Liebe (mit der Kriminal-Fotografin) für die Liebhaber der kurzen Prozesse, den splitterfasernackten George unter gleißenden Tiefstrahlern für Liebhaber männlicher Akte, und die Dresche, die der „Bulle" bekommt, für die Anhänger der polizeifeindlichen Schadenfreude. Kurz, ein Stück für die ganze Familie.

Apropos: Die Duisburger Fußballfans sollen wie eine große Familie mitgewirkt haben bei den Aufnahmen zum Schimanski-Stück. Also doch kein nur ersonnenes Märchen?

VALENTIN POLCUCH

STUDIO

Der Rundfunkrat des Süddeutschen Rundfunks hat jetzt mit großer Mehrheit einen **Lokalsender für Ulm** mit einem entsprechenden Vertrag für das Versuchsprogramm gebilligt, das zunächst auf zwei Jahre angelegt ist. Nach diesem „Durchführungsvertrag" werden künftig – unter dem Dach des Süddeutschen Rundfunks und bei voller Verantwortung des Intendanten Hans Bausch – Journalisten der „Südwestpresse", der „Schwäbischen Zeitung" sowie der „Neu-Ulmer Zeitung" solche Lokalsendungen gestalten. Der SDR-Intendant schlug vor, dieses Projekt durch eine wissenschaftliche Untersuchung auf seine Akzeptanz hin zu prüfen. Denn gerade im Raum Ulm gibt es weitaus mehr Sender als üblich: So können die Hörer in Ulm und um Ulm herum auch die bayerischen Sender hören.

Zufrieden ist der SDR mit seiner finanziellen Lage nach der Gebührenerhöhung. Verwaltungsdirektor Hermann Fünfgeld teilte mit, 1983 konnte der Sender sowohl aufgrund dieser Erhöhung als auch der „schwäbischen Sparsamkeit" des Hauses einen Jahresüberschuß von 25,1 Millionen Mark verzeichnen. Bei einer Vermögensbilanz von 477,9 Millionen (Vorjahr 428,1 Millionen) konnte nach diesem Überschuß das Eigenkapital auf 124,3 Millionen erhöht werden. Dadurch sei eine wirtschaftlich „stabile und sichere Ausgangslage" für die künftige Arbeit des Süddeutschen Rundfunks entstanden.

Diese restriktive Finanzpolitik wird auch durch folgende Zahlen belegt: Im Hörfunk haben sich die durchschnittlichen Sendekosten pro Minute um weniger als ein Prozent, nämlich von 109 auf 110 Mark, erhöht. Die Durchschnittskosten pro Sendeminute für SDR-Beiträge für das Gemeinschaftsprogramm der ARD sind sogar von 6235 (1982) auf 4725 Mark (1983) gesunken. Auch im Regionalprogramm im ersten Fernsehkanal konnte ein leichter Rückgang gemeldet werden: Pro Sendeminute wurden 1983 nur noch 2239 Mark benötigt, 1982 beliefen sich die Kosten auf 2341 Mark.

KUO

ARD | ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Blinde sehen
10.55 Der Wildeste unter Tausend
12.25 Britische Nachbarn
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.00 Ali Baba und die 40 Räuber
15.30 Matt und Jenny
Der Medizinmann
16.00 Tagesschau
16.10 Wendepunkte
Nicht Mann, nicht Frau, nur Rabe
Er ist böse und will verletzen, er ist komisch und will irritieren, er ist radikal und will rücksichtslos sein gegen sich und andere: der „Rabe". Ihren bürgerlichen Namen hat die 28jährige Künstlerin aus München abgelegt.
16.55 Spaß am Dienstag
Mit Arno, Heidrun und Cäsar
17.45 So sind Kinder
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Montagsmaler
Mit Sigi Harreis
21.00 Monitor
Verordnete Tradition – Bundeswehr und 20. Juli / Neonazis im Dienst des Verfassungsschutzes / Komplizenschaft mit Forschungslabors – Tierdiebstahl in der Bundesrepublik / Olympischer Totschlag: Boxen
Moderation: Klaus Bednarz
21.45 Dallas
22.30 Tagesthemen
23.00 Oskar Maria Graf
Das Werk des bayerischen Schriftstellers Oskar Maria Graf, der von Thomas Mann bis Albert Einstein hoch gerühmt wurde, steht unter dem Zeichen des lebenslangen Widerstands gegen Militarismus und Nazitum. Anläßlich seines 90. Geburtstages zeichnet Wilfried F. Schoeller ein Porträt des 1967 verstorbenen Autors.
0.15 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.05 Was soll man mit ihm anfangen?
Französischer Jugendfilm (1979)
15.45 Ferienkalender
16.05 Flipper
...trifft den weißen Delphin
16.30 Mosaik
17.00 heute / Aus den Ländern
17.50 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Die Gruppe DÖF und Fiction Factory
17.50 Mein Name ist Hase!
anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Die Lehmanns
19.00 heute
19.30 Geheime Reichssache
Dokumentarfilm über den Freisler-Prozeß gegen die Hitler-Attentate
20.56 Der Schuhschnabel
Eine Vogelstudie in den Sümpfen Ugandas
21.15 WISO
Der Fall: Häuslebauer in Not – was tun, wenn das Geld ausgeht? / Milliardenüberschuß bei der Bundesanstalt für Arbeit – Gerangel um ungelegte Eier / Technologiezentrum Grenoble – Modernisierung der französischen Wirtschaft / Kontrovers: Sparer und Kreditnehmer – Stiefkinder der Sparkassen und Banken; Interview mit Sparkassenpräsident Helmut Geiger
Moderation: F. Ost
21.45 heute-journal
22.05 Nosferatu – Phantom der Nacht
Film von Werner Herzog (1979)
Mit Klaus Kinski, Isabelle Adjani, Bruno Ganz u. a.
23.50 Es muß nicht immer Kaviar sein
Die ganz feine Tour
0.50 heute



Dracula (Klaus Kinski) erscheint um Mitternacht bei Jonathan (Bruno Ganz). (Nosferatu – Phantom der Nacht – ZDF, 22.05 Uhr) FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
18.00 Sesamstraße
18.30 Aus der Klamottenkiste
Charlie Chaplin in „Der Bankfachmann" und „Der Feuerwehrmann"
19.00 Rockpalast
Jack Bruce Band
Aufzeichnung eines Konzerts in der „Zeche" in Bochum

WEST/NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
20.00 Tagesschau
20.15 Wege in unsere Zukunft
Schuld, Spleen und prophetische Vision: Ein Lebensbild George Orwells von Hilde Spiel / Big Brother, good-bye – heute ist nicht 1984, von Armin Akerman und Christel Kozanda / Wege in unsere Zukunft: Denkanstöße und Zukunftsmodelle
Eine Sendung des WDR in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen und dem Österreichischen Rundfunk
anschl. letzte Nachrichten

SÜDWEST
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Sauerstofftherapie – ein moderner Jungbrunnen?
Moderation: Dr. Antje Schaeffer-Kühnemann
Ohne Sauerstoff gibt es auf dieser Erde kein Leben. Die Lebensbedingungen des Menschen entwikkeln sich jedoch für die Sauerstoffaufnahme äußerst ungünstig. Luftverschmutzung und Abgase führen zu Krankheiten, die die Sauerstoffversorgung des Körpers stören. Immer mehr Menschen leiden an schweren Lungenkrankheiten, zum Beispiel an chronischer Bronchitis. Sauerstoff spielt daher in der Medizin eine immer größere Rolle.
20.15 Wege in unsere Zukunft
23.45 Nachrichten

BAYERN
18.15 Auf die Plätze...
Das Schülersportmagazin
18.45 Rundschau
19.00 Die Sprechstunde
19.45 Damit's recht klingt im ganzen Land...
Besuch in der neuen Musik-Akademie Marktoberdorf
20.15 Wege in unsere Zukunft
23.45 Rundschau

Ein einziges Wort

fu (London) – Ein einziges Wort verhindert, daß nach zwanzigwöchigem Ausstand endlich Arbeitsfriede in die britischen Kohlebergwerke zurückkehrt. Es lautet „beneficially", übersetzt „nützlich, vorteilhaft, Gewinn erzielend". Letztere Bedeutung erbost die Gewerkschaftsführung. Sie fordert ultimativ dessen Streichung aus dem Vertragsentwurf, der zur Beilegung des langen Konflikts um die Schließung von Kohle-Zechen gemeinsam erarbeitet wurde.

In der umstrittenen Passage des Arbeitgeber-Papieres heißt es, daß eine Grube dann als erschöpft erachtet werden soll, wenn sie keine weiteren Reserven enthält, die „beneficially" gefördert werden können. Das Gewerkschafts-Papier läßt dieses eine Wort bei ansonsten gleichlautendem Text einfach weg.

Es liegt auf der Hand, daß der Arbeitgeber, der National Coal Board, auf dieses entscheidende Wort nicht verzichten kann. Denn dann gäbe es keine Zechenstillegungen mehr, weil es niemals zu erschöpften Gruben käme. Schließlich läßt sich auch die letzte Tonne Kohle aus der hintersten Grubenecke herausspickeln – gleich in welch schwindelnde Höhen das Defizit steigt.

Es ist mehr als bezeichnend für die Einstellung von Gewerkschaftschef Scargill und seinen Genossen, den von der Arbeitgeberseite angebotenen Kompromiß und damit ein Ende des Streiks verbohrt zurückzuweisen. Das Wort „beneficially" würde aufgrund seiner Bedeutungsspanne bei künftigen Verhandlungen viel Spielraum lassen. Jedenfalls erheblich mehr, als wenn stattdessen kompromißlos „profitably" stehen würde. Oder noch kompromißloser: gar nichts.

Kurz-Sparbrief

hdt. – Immer mehr Geldinstitute vermelden einen Rückgang der Einlagen. Sie ziehen daraus den Schluß, daß viele Haushalte derzeit zum Sparen nicht mehr in der Lage oder zumindest nicht mehr bereit sind. Auf der anderen Seite wächst jedoch die Nachfrage nach Krediten, und deren Volumen läßt sich eben nur erhöhen, wenn auch die Einlagen steigen. Die Banken müssen *sich* also etwas einfallen lassen, um Geldanlagen möglichst attraktiv zu machen. Die Volksbank Bielefeld geht hier mit gutem Beispiel voran. Sie bietet jetzt eine Art Kurz-Sparbrief an, einen Sparbrief mit nur sechs Monaten Laufzeit und einer Verzinsung von sechs Prozent. Das läßt sich zwar nicht vergleichen mit den Konditionen der Festgeld-Anlagen vor einigen Jahren, aber eine durchaus interessantere Anlage als eine auf einem simplen Sparkonto ist es alleweil. Auch im Wettbewerb um die Gunst des kleinen Anlegers muß man Ideen haben.

TARIFEINIGUNG / Die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft kritisiert:

Die Abschlüsse werden den Abbau von Arbeitsplätzen beschleunigen

HEINZ HECK, **Bonn**

„Nun wird der Abbau von Arbeitsplätzen beschleunigt", fürchtet die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) als Ergebnis der Tarifabschlüsse in der Metall- und Druckindustrie. Die Massenarbeitslosigkeit sei in den achtziger Jahren nicht mehr zu beseitigen. Bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst dürften die Arbeitgeber nicht vor den Forderungen der Gewerkschaften kapitulieren.

Verlauf und Ergebnis der jüngsten Arbeitskämpfe machten ein Überdenken der Spielregeln für die Tarifauseinandersetzungen erforderlich, wenn die Zukunft der Industrienation Bundesrepublik nicht aufs Spiel gesetzt werden solle. „Das *darf nie* wieder geschehen" – so der Titel der gestrigen Pressekonferenz mit dem ASM-Vorsitzenden Frickhöffer und den Beiratsmitgliedern, den Professoren Hamm (Marburg), Starbatty (Tübingen) und Vaubel (Mannheim) - bedeute nicht, daß es keine Arbeitskämpfe mehr geben solle.

Vermieden werden müßten aber die in diesem Arbeitskampf zutage *getretenen „enormen Gegensätze"* zwischen demokratischer Regierungslegitimation und Tarifautonomie, zwischen Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsinteresse sowie zwischen Abbau der Arbeitslosigkeit und ideologischer Organisationsmacht, meinte Frickhöffer.

Wenn das Kartell der Tarifpartner am Arbeitsmarkt nicht allmählich entflochten werden könne, müsse man beide Partner einer Gemeinwohlbindung und demokratischen Mindestanforderungen unterwerfen, betonte Vaubel. Er stimmte der Forderung des letzten FDP-Parteitags zu, einen Mehrheitsbeschluß aller betroffenen Arbeitnehmer zur Bedingung für einen Streik zu machen und kritisierte die Praktiken der IG Druck und Papier, wo eine Gruppe von *Gewerkschaftsfunktionären den Streik* ausrufen könne.

Starbatty registriert in der Bundesrepublik eine Art „Wagenburg-Mentalität". Unter Führung der Gewerkschaften verschanze sich die deutsche Volkswirtschaft in einer Wagenburg, um das knappe Gut Arbeit auf immer mehr Köpfe zu verteilen. Als Ergebnis dieser Mentalität sieht er einen weiteren Anstieg der *Arbeitslosigkeit. Der Bundesregie*rung wirft er vor, mit Vorschlägen zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit dieser Mentalität den Boden bereitet zu haben. In den jetzt erreichten 38,5 Stunden sei keineswegs ein Endzustand zu sehen. Vielmehr werde sich die Arbeitszeitverkürzung „rasenmäherartig" durch alle Branchen auch ohne Streik fortsetzen. Es sei nur konsequent, nach der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche auch 30 Wochenstunden zu fordern, wenn die Arbeitslosigkeit bis dahin noch nicht abgebaut sei.

Die Behauptung der Gewerkschaften, daß Arbeitszeitverkürzung zu erhöhter Beschäftigung führe, sei empirisch widerlegt, betonte Hamm. In Frankreich sei bei Verkürzung der Wochenarbeitszeit die Arbeitslosigkeit „drastisch gestiegen", während in den USA in den letzten zehn Jahren vor allem infolge einer maßvollen Lohnpolitik rund 15 Millionen zusätzlicher Arbeitsplätze ohne Arbeitszeitverkürzung geschaffen worden seien. Die Tarifabschlüsse bei Metall und Druck würden keine neuen Arbeitsplätze schaffen und die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit weiter hinauszögern. Denn die Gewerkschaften hätten zu Beginn der Kampagne für die 35-Stunden-Woche selbst betont, *die Arbeitszeitverkür*zung müsse in einem Schritt durchgesetzt werden, da andernfalls verstärkte Rationalisierungsbemühungen einsetzten und Neueinstellungen unterblieben. Der erzielte Kompromiß helfe den Arbeitslosen nicht. Neben dem hohen Lohnniveau sei auch die zu starre Lohnstruktur verantwortlich für die hohe Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik.

Frickhöffer warf der Bundesregierung vor, daß ihre Parteinahme „nicht einseitig genug – nämlich zugunsten der Arbeitslosen" gewesen sei. Die ASM appelliert an den Gesetzgeber, durch klare Regelungen sicherzustellen, daß die Bundesanstalt für Arbeit nicht zur Entlastung der Streikkasse mißbraucht werde.

WELTBANK

In schwieriger Lage die Leistungsfähigkeit bewiesen

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Die Weltbank hat wieder einmal ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Im schwierigen Geschäftsjahr 1984, das am 30. Juni endete und von Rezession und Schuldenkrise überschattet wurde, erhöhte sie ihre Kreditzusagen an Entwicklungsländer um 7,6 Prozent auf 15,5 Milliarden Dollar (rund 44,1 Milliarden Mark). Die Weltbank selbst steigerte ihre Darlehensvergabe gegenüber dem Vorjahr von 11,1 auf 11,9, die International Development Association (Ida) von 3,3 auf 3,6 Milliarden Dollar.

Nach dem Jahresbericht, der im September vor der Gouverneurstagung veröffentlicht wird, förderten beide Institutionen 129 und 106 Projekte *und Programme in jeweils* 43 Mitgliedsstaaten. Der größte Teil – 24 Prozent der Finanzmittel – floß nach Südasien. Auf die landwirtschaftliche und ländliche Entwicklung entfielen 24,4, auf Energievorhaben 22,8 Prozent. Von den zinslosen Ida-Krediten gingen 34 Prozent in die ärmsten Länder südlich der Sahara, wo Hungersnot herrscht.

Die multinationale Organisation erzielte einen Nettogewinn von 600 Millionen Dollar, der sie in die Lage versetzt, die Ida-Kasse aufzupolstern und die Sollzinsen der Entwicklungsländer zu senken. Die Kreditkosten der Weltbank schlugen 1984 mit durchschnittlich 8,42 Prozent zu Buch; aufgenommen hat sie insgesamt 9,8 Milliarden Dollar, wobei zusätzlich 1,5 Milliarden Dollar ausstehende Discount Notes refinanziert wurden. Swaps drückten die Zinslast für mittel- und langfristige Papiere in Höhe von 8,2 Milliarden Dollar auf 8,02 Prozent.

Auf dem deutschen Kapitalmarkt nahm die Weltbank 1984 nach Swaps umgerechnet 1,84 Milliarden Dollar auf, in den USA borgte sie auf der gleichen Basis 2,42, in der Schweiz 2,30, in Japan 1,70, in den Niederlanden 0,82 und in Großbritannien 0,42 Milliarden Dollar. Auf die EG-Währungseinheit Ecu entfielen 68 Millionen Dollar. In Anspruch genommen wurden Kredite in zwölf Valuten; durch die Swap-Operationen – teure Anleihen werden praktisch durch billigere ersetzt – sparte die Weltbank 1,3 Milliarden Dollar.

Für die am Ende des Geschäftsjahres 1984 insgesamt ausstehenden Schulden – 45 Milliarden Dollar – zahlte die Bank einen Durchschnittszins von 8,70 Prozent. Addiert man das eingezahlte Kapital (9,3 Milliarden Dollar) und die einbehaltenen Gewinne, waren es nur 7,44 Prozent. Die Sollzinsen für Kreditnehmer konnten deshalb halbjährlich auf 10,08 und 9,89 Prozent (1. Juli) herabgesetzt werden.

Gleichzeitig erhöhten sich die Zinserlöse der Weltbank gegenüber dem Vorjahr von 8,89 auf 8,98 Prozent; die zugeteilten und ausstehenden Darlehen stiegen von 33.7 auf 37,8 Milliarden Dollar.

Glückloses US-Engagement

Von HORST A. SIEBERT, Washington

Der hohe Verlust von 137,8 Millionen Dollar, den die European American Bancorp (EAB), New York, im zweiten Quartal mit einem Schlag abgeschrieben hat, wirft ein grelles Licht auf ein inzwischen fast typisches Phänomen: Großunternehmen des alten Kontinents tun sich besonders schwer in den Vereinigten Staaten. Sie geraten leicht in die roten Zahlen und in die Krise; die anfangs erfolgversprechende Investition macht, wie Thyssens Budd-Tochter und andere Beispiele belegen, schließlich auch den Muttergesellschaften erheblich zu schaffen.

Die Ursache ist häufig die, daß die europäischen Manager falsche Vorstellungen über die Arbeitsweise des US-Marktes mitbringen. Beim Einsatz des umfangreichen Kapitals folgen sie in der Regel Prinzipien, die sich in ihren Augen bei Engagements in Frankreich oder den Niederlanden als richtig erwiesen haben. Aber Amerika ist anders – vom Personalwesen bis zur Produktion, vom Marketing bis zur Erfolgskontrolle. Dort, wo sich die Erwartungen erfüllten, ist immer eine große, zum Teil mühsam erworbene Kenntnis des Landes festzustellen.

Ihre Lektion gelernt hat auch die European American Bancorp, die einem europäischen Bankenkonsortium gehört, das sich aus der Deutschen Bank, der Amsterdam-Rotterdam Bank, der österreichischen Creditanstalt-Bankverein, der britischen Midland Bank, der belgischen Société Générale de Banque und der französischen Société Générale zusammensetzt. Schnell großgeworden ist die EAB 1974, als sie die bankrotte Franklin National Bank mit heute 93 Filialen übernahm. Sie katapultierte sich damit auf den 33. Rang unter den rund 1500 amerikanischen Geldinstituten; Ende 1983 schlugen Bilanzsumme und Netto-Ausleihungen mit 8,7 und 5,7 Milliarden Dollar zu Buch. Die Zukunft sah vor zehn Jahren rosig aus.

Was ist schiefgelaufen? Daß die EAB so tief in die Verlustzone geriet – *nur die InterFirst Corp. im* texanischen Dallas wies mit 248,5 Millionen Dollar bisher ein höheres Quartalsminus aus – ist hauptsächlich auf zwei Gründe zurückzuführen: Der damals geschneiderte Anzug einer zugleich regionalen und internationalen Bank paßte spätestens dann nicht mehr, als einige Aktionäre in den USA eigene Niederlassungen errichteten. Automatisch ergaben sich Konflikte. Die Deutsche Bank, mit einem Fünftel an der EAB beteiligt, ist immerhin in New York mit 130 Mitarbeitern vertreten.

Schlagseite hatte zudem die Ausleihpolitik. So war die Konzentration im inneramerikanischen Kreditgeschäft auf den Diamantenhandel sowie auf Energie- und Immobilienprojekte *im Südwesten und Westen ein* Fehler. Der Verfall der Diamantenpreise, verstärkt durch sowjetische Verkäufe, bescherte EAB in den vergangenen drei bis vier Jahren einen Verlust von 40 Millionen Dollar. Große Summen verschlang die Entwicklung eines schließlich aufgegebenen eignen Computersystems.

International ist die EAB der US-Konkurrenz nach Lateinamerika gefolgt, wenn auch gemessen am Kapital (120 Prozent bei langfristigen Krediten) mit größerer Vorsicht. Ausstehen jedoch 723 Millionen Dollar, wobei auf Mexiko 360, auf Brasilien 155, auf Chile und Venezuela je 75 und auf Argentinien 58 Millionen Dollar entfallen. In der April-Juni-Priode hat die EAB Sonderabschreibungen vor Steuern (160 Millionen Dollar) *vorgenommen; wertberichtigte Pro*blemkredite addierten sich auf 110 Millionen Dollar. Die Abschreibungen auf Lateinamerika-Kredite machten elf Millionen Dollar aus.

Trotz allem kann sich die EAB eine glückliche Bank nennen. Denn die sechs europäischen Aktionäre, die weitere 80 Millionen Dollar einschossen, machten eine sofortige Konsolidierung möglich. Sie haben damit seit 1974 Kapitalerhöhungen von nun insgesamt 290 Millionen Dollar finanziert, während die gemeinsame New Yorker Tochter im Jahresschnitt nur zehn Millionen Dollar ausschüttet. US-Banken, die auf den Kapitalmarkt angewiesen sind, wäre es in gleicher Lage viel schlechter ergangen.

Nachdem alle verlustbringenden Bereiche gekappt sind, haben die Ak*tionäre und die zum Teil ausgewech*selte Geschäftsführung die einzig richtige Konsequenz gezogen: Die EAB kehrt zu ihrem Ursprung zurück und wird wieder eine Regionalbank in einem der potentesten Wirtschaftsräume.

AUF EIN WORT

„Viele verstehen es nicht, wenn wir es als unser Ziel bezeichnen, Vermieter für etwa eine dreiviertel Million Menschen zu sein. Sie sprechen davon, daß wir zur Verwaltungsgesellschaft degenerieren, und sehen offenbar eine unternehmerische Aufgabe nur in der Wohnungsproduktion, die sie aber im gleichen Atemzug als überflüssig bezeichnen, da die Wohnungsnachfrage befriedigt sei. Wir verstehen unsere Aufgabe vorrangig darin, aus der Vermietung unserer Wohnungen kurz- wie langfristig einen angemessenen Ertrag zu erwirtschaften."

Dr. Diether Hoffmann, Vorsitzender der Geschäftsführung der Unternehmensgruppe Neue Heimat, Hamburg
FOTO: DPA

SCHIFFAHRT

Beschäftigungslose Tonnage drückt die Tankerraten

WILHELM FURLER, **London**

Ein anhaltender Anstieg verfügbarer Tanker-Tonnage während der vergangenen Wochen hat zu einem erheblichen Einbruch der Tankerraten geführt. Das wird in Londoner Schifffahrtskreisen bekannt. Die Raten-Situation wird zusätzlich dadurch verschlechtert, daß die Märkte mit Öl und Ölprodukten geradezu überschwemmt sind.

Der stärkste Raten-Rückgang wird *für die Region Arabischer Golf* gemeldet. Londoner Schiffahrtsbrokern zufolge sind dort die Raten unter jenes niedrige Niveau zurückgefallen, das vor dem Einsetzen der Angriffe auf Öltanker gegolten hatte. Rund 30 sehr große (VLCC) und ultragroße Tanker (ULCC) von mehr als 100 000 Tonnen Tragfähigkeit waren Ende vergangener Woche als Charter-Tonnage verfügbar. Es wird damit gerechnet, daß sich diese Zahl Anfang August durch die sommerbedingte weitere Abschwächung der Ölnachfrage merklich vergrößern wird.

Die letzte gemeldete Tankerrate für die Golf-Region außerhalb des gefährdeten Gebiets um die Insel Kharg gilt für eine finnische Charter für einen 250 000-Tonnen-Tanker zu Worldscale (WS) 29. Noch im Juni lagen die WS-Raten im Monatsdurchschnitt bei 69,2 (Mai: WS 62,4, Juni *1983: WS 55), wie der Schiffahrtsex*perte der Londoner Brokerfirma Phillips and Drew gegenüber der WELT erklärte. Allerdings ist er überzeugt, daß die Tankerraten längerfristig wieder anziehen werden. Gegenwärtig seien gut 30 Prozent der Welt-Tankertonnage beschäftigungslos aufgelegt, wovon seiner Schätzung zufolge rund die Hälfte nie wieder eingesetzt werden wird.

PHARMAZEUTISCHE INDUSTRIE

Verband hofft auf Einigung über Begrenzung der Kosten

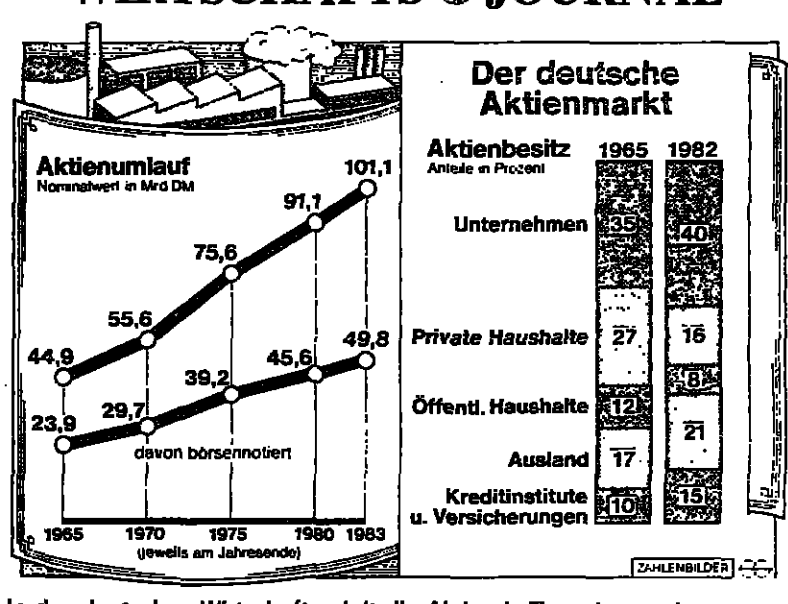
HANNA GIESKES, **Bonn**

„*Das aufgeregte Durcheinander*reden über Arzneimittel muß endlich aufhören." Professor Hans Rüdiger Vogel, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie (BPI), Bonn, beklagte sich gestern in Bonn über die Bundesregierung, „die aus den Fehlern ihrer Vorgängerinnen nichts gelernt hat". Vogel forderte klare und langfristige Rahmenbedingungen, an denen sich die *Pharma-Industrie* orientieren könne, „denn sonst besteht die Gefahr, daß die Branche kaputtreglementiert wird".

In die Gespräche der konzertierten Aktion zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen gehe der Verband jetzt mit der Hoffnung, daß „eine definierte Beschränkung des Ausgabenzuwachses" dabei herauskommt. Dabei werde er direkte Preisverhandlungen der gesetzlichen Krankenkassen mit einzelnen Unternehmen oder Verbänden ebenso ablehnen wie unmittelbare Eingriffe in die Produktpolitik der Pharmahersteller, sagte Vogel weiter. Er befürwortete Sanktionen für den Fall, daß die tatsächliche Kostensteigerung das gesetzte Limit überschreiten sollte. Über das „Wie" bestehe indes noch keine Klarheit.

Der Verband sei jedoch bereit zu „einer Beeinflussung der Preisentwicklung", *ließ der Hauptgeschäfts*führer wissen. Dabei betonte er allerdings, daß die Steigerung der Arzneimittelpreise zwischen dem 1. Juli 1983 und dem 31. März 1984 lediglich 4,4 Prozent betragen habe; der Anteil der pharmazeutischen Industrie an den Gesamtausgaben der gesetzlichen Krankenversicherungen liege bei nur 7,2 Prozent. Im übrigen sinke der Arzneimittelverbrauch in der Bundesrepublik Deutschland.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



In der deutschen Wirtschaft spielt die Aktie als Finanzierungsinstrument noch immer eine untergeordnete Rolle. Nach Berechnungen der Bundesbank leistete der Aktienmarkt 1983 nur einen Beitrag von gut sieben Prozent zur Finanzierung der Unternehmen. Auch im internationalen Vergleich kommt ihm nur geringe Bedeutung zu. Während der Aktienumlauf 1982 in den USA eine Wertstufe erreichte, die mehr als halb so groß wie *das Sozialprodukt war, entsprach er in der Bundesrepublik mit 97,9* Milliarden Mark lediglich einem Anteil von sechs Prozent des Bruttosozialprodukts.
Quelle: Zahlenbilder

Firmenkollaps in Japan

Tokio (dpa/VWD) – *In einem der* größten Firmenzusammenbrüche der japanischen Nachkriegszeit hat der Nähmaschinenhersteller Riccar Vergleich beantragt. Das wurde durch die Kreditauskunftei Tokyo Shoko am Montag in Tokio bekannt. Wie aus Finanzkreisen verlautete, hat Riccar, das rund 2300 Mitarbeiter beschäftigt, Schulden von 105 Mrd. Yen (1,2 Mrd. Mark). Der drittgrößte japanische Hersteller von Haushaltsnähmaschinen will durch den Vergleichsantrag eine Umstrukturierung des Unternehmens erreichen.

Entscheidung verschoben

Brüssel (dpa/VWD) – Die EG-Kommission hat ihre ursprünglich für Montag angekündigte Entscheidung in dem seit Jahren dauernden Kartellstreit mit der International Business Machines Corp. (IBM) auf Ende dieser Woche verschoben. Die EG fordert von IBM vor allem, daß bei der Einführung neuer Rechner den übrigen Anbietern dieses Bereichs rechtzeitig die sogenannten Schnittstellen bekanntgegeben werden. Die Kenntnis dieser Daten ist Voraussetzung für die Kompatibilität anderer EDV-Systeme an die IBM-Computer.

Konzentration im Handel

Hamburg (dpa/VWD) – Der Lebensmitteleinzelhandel in der Bundesrepublik Deutschland ist vergleichsweise stark konzentriert, stellt das Wirtschaftsforschungsunternehmen A. C. Nielsen Company GmbH, Frankfurt, fest. Fünf Unternehmen machten 1983 rund 48,6 Prozent des gesamten Branchenumsatzes. An zweiter Stelle der Konzentration liegen die fünf größten Lebensmitteleinzelhändler der Schweiz mit 79,9 Prozent vor Schweden mit 79,5 Prozent und Österreich mit 73,8 Prozent des Umsatzes.

Neuer Landesbank-Chef

Mainz (Nea.) – Paul Wieandt, Vorstandsmitglied der Stadtsparkasse Düsseldorf, soll am heutigen Mittwoch in Mainz zum neuen Vorstandsvorsitzenden der Landesbank Rheinland-Pfalz gewählt werden. Im Zusammenhang mit einem über eine Milliarde Mark erreichenden Wertberichtigungsbedarf bei der Landesbank-Tochter (ca. 26 Prozent) Deutsche Anlagen Leasing war Landesbank-Chef Erwin Sinnwell am 30. Juni von seinem Posten zurückgetreten.

Dollar zog erneut an

London (AP) – Der amerikanische Dollar hat am Montag an den internationalen Devisenmärkten erneut kräftig zugelegt. In Frankfurt erreichte der Kurs der US-Währung gegenüber der *Mark* den *höchsten* Stand seit zehn Jahren. Der Dollar wurde beim Fixing mit 2,8705 Mark (2,8551 Mark) notiert. Zur Stützung der Mark verkaufte die Bundesbank 51,9 Mill. Dollar.

Rücktritt angeboten

Buenos Aires (VWD) – Der argentinische Wirtschaftsminister Bernardo Greenspun hat seinen Rücktritt angeboten, nachdem seine Fernsehrede über eine mittelfristige Wirtschaftspolitik eine vernichtende Kritik erfahren hatte. Präsident Alfonsin habe das Gesuch abgelehnt, verlautete aus Regierungskreisen, jedoch „nicht in einer endgültigen Form".

Mehr Autos nach Japan

Tokio (dpa/VWD) – Die Bundesrepublik *hat im ersten Halbjahr 1984* den größten Anteil der japanischen Importautos geliefert. Mit 15 574 Einheiten steigerte sie ihre Lieferungen um 21 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum, berichteten die japanischen Auslandsautohändler in Tokio. Insgesamt importierte Japan im ersten Halbjahr 20 238 Wagen (plus 20,2 Prozent). Damit dürften in diesem Jahr mehr als die anvisierten 40 000 Autos verkauft werden.

Inflation abgeschwächt

Brüssel (AFP) – Innerhalb der Eu*ropäischen Gemeinschaft sind die* Preise im Monat Juni um 0,5 Prozent im Vergleich zu 0,4 Prozent im Juni 1983 gestiegen, wie das statistische Büro der EG, „Eurostat", berichtete. Nach diesen *Angaben* wuchs der Index der Verbraucherpreise in den ersten sechs Monaten des Jahres um 3,7 Prozent im Vergleich zu 4,3 Prozent im Vorjahr. Über zwölf Monate gerechnet, liegt die *Inflationsrate* im europäischen Durchschnitt im Monat Juni bei 7,6 Prozent (8,2 Prozent).

RENTENVERSICHERUNG

IW fordert die Koppelung an Bevölkerungsstruktur

KAREN SÖHLER, **Bonn**

Die Rentendynamik sollte entpolitisiert und statt dessen stärker an feste Regeln gebunden werden. Neben einer Umstellung von der Brutto- auf die Nettolohnbasis sei es sinnvoll, die Leistungen an die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur zu koppeln. Zu diesem Schluß kommt das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in einer „Kritischen Bilanz des Sozialstaates".

Vor allem bemängelt das Institut die fallweisen politischen Eingriffe der letzten Jahre, die verhindert hätten, stabile Zukunftserwartungen und eine langfristige Sicherheit zu vermitteln. Als beispielsweise die Rücklagen der gesetzlichen Rentenversicherung 1970 rund acht Monatsausgaben betrug, habe der damals zuständige Minister die 1968 eingeführten Krankenversicherungsbeiträge der Rentner von zwei Prozent abgeschafft. Zum Jahresende bestanden dennoch Überschüsse. Daraufhin wurden Rückerstattungen für die Vorjahre genehmigt und die Rentenanpassung um ein halbes Jahr vorgezogen. Heute wäre der Staat über diese verschenkten Gelder froh. Denn schon im September muß die Bundesgarantie voraussichtlich aktiviert werden, weil die Mittel nicht mehr ausreichen.

Das Institut sieht eine große Gefahr in dem Konflikt, der sich vor allem aus den überwiegend kurzfristigen, an Wahlterminen ausgerichteten Handlungsinteressen der Politiker und den langfristigen sozialstaatlichen Sicherungszielen ergibt. Außerdem werde die Sozialpolitik fälschlicherweise dazu benutzt, den einmal erreichten Lebensstandard aufrechtzuerhalten.

BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT / CDU: Noch Haushaltsrisiken durch Streik

Gegen voreilige Überschuß-Verteilung

GISELA REINERS, **Bonn**

Der Bundeszuschuß von 1,7 Milliarden Mark für die Bundesanstalt für Arbeit steht nicht zur Verbesserung von Leistungen an Erwerbslose zur Disposition. Erzielt die Bundesanstalt jedoch echte Überschüsse, dann kann darüber gesprochen werden, *ob* man sie dazu verwende, Kürzungen bei Leistungen für Arbeitslose rückgängig zu machen oder die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu senken. *Diese Ansicht vertrat der Vorsit*zende des Rechnungsprüfungsausschusses im Bundestag, Bernhard Friedmann (CDU), im Pressedienst seiner Partei.

Der 1,7-Milliarden-Zuschuß des Bundes wird von Bonn nur dann gezahlt, wenn in Nürnberg Defizite entstehen. Im Haushalt der Bundesanstalt von insgesamt rund 35 Milliarden sind die 1,7 Milliarden enthalten. Zur Zeit zeichnen sich in den Nürnberger Kassen Überschüsse ab, weil bei der Aufstellung des Haushalts im Herbst 1983 bewußt höhere Zahlen von Arbeitslosen und Kurzarbeitern angesetzt wurden als es Wirtschaftsforschungsinstitute vorhergesagt hatten. Man wollte so einen Nachtragshaushalt überflüssig machen, der, wie Friedmann es ausdrückt, „negative Schlagzeilen" gegeben hätte.

Seit einiger Zeit, seit die Bundesbank einen Überschuß in Nürnberg von drei Milliarden prognostiziert *hat*, wird über die Verwendung des Geldes schon nachgedacht. Gewerkschaften und Sozialpolitiker plädieren für Leistungsverbesserungen – höheres Arbeitslosengeld oder längere Bezugsdauer – während die Wirtschaft einer Beitragssenkung zuneigt. Von den 4,6 Prozent zahlen Arbeitnehmer und -geber je die Hälfte.

Zur Zeit zeichnen sich Überschüsse von knapp drei *Milliarden Mark* ab, weil die Kurzarbeiter- und die Arbeitslosenzahlen hinter den im Haushalt zugrundegelegten zurückgeblieben sind: eine Milliarde bei den Kurzarbeitern, 1,7 bei den Erwerbslosen. Hochgerechnet auf das zweite Halbjahr könnten zum Jahresende knapp vier Milliarden Mark übrig sein. Davon müssen die 1,7 Milliarden Bundeszuschuß abgezogen werden. Dann bleiben rund zwei Milliarden übrig, die, wenn sie zur Leistungsverbesserung verwendet würden, schon spürbare Entlastungen für den Versicherten brächten. Laut Friedmann ist ein Überschuß jedoch nicht absehbar, weil die Streik-Auswirkungen noch unklar sind.

Außerdem sei klar erkennbar, so der *CDU-Politiker*, daß der Bund die 1,7 Milliarden nicht einsparen könne. Denn die Arbeitslosenhilfe werde aus der Kasse des Bundesarbeitsministers gezahlt. Dafür würden 200 bis *300 Millionen* mehr benötigt als veranschlagt. Auch seien Reserven für 1985 nötig.

RGW-STAATEN

Auf den Westen angewiesen

PETER WEERTZ, Berlin

Das Gipfeltreffen der Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), das im Juni in Moskau stattfand, schloß nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in den Fragen der weiteren wirtschaftlichen Integration mit einem Kompromiß. Offensichtlich sei das sowjetische Ziel, die Integration über die gegenseitige Plankoordinierung hinaus enger zu gestalten und die unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen anzunähern, vertagt worden.

„Mit diesem integrationspolitischen Kompromiß können die RGW-Staaten leben, es wird ihnen aber nicht leichtfallen, die Beschlüsse zu verwirklichen", meint das Institut in seiner Analyse. Das gelte besonders für den Beschluß, mehr Nahrungsmittel, Konsum- und Investitionsgüter hoher Qualität und von Weltmarktniveau an die Sowjetunion zu liefern.

Zugleich wollen alle Volkswirtschaften des östlichen Wirtschaftsblocks „die industrielle Zusammenarbeit gerade bei moderner Technik verstärken, um auf diesem Gebiet gegenüber den westlichen Industriestaaten *nicht noch* stärker in Rückstand zu geraten". Beide Aufgaben sind aber nach Ansicht des Berliner Instituts kaum ohne westliche Technik und ohne westliches Know-how in einer überschaubaren Zeit zu lösen. Daher sei die erklärte Bereitschaft der RGW-Länder, die wirtschaftlichen Beziehungen zum Westen aus politischen Gründen heraus nicht kürzen oder gar abbrechen zu wollen, kein Widerspruch zur betonten Abgrenzung.

Es liegt nach Ansicht des Instituts auch im ökonomischen und politischen Interesse des Westens, daß sich die RGW-Staaten an der Lösung internationaler Wirtschaftsprobleme und der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung beteiligen. Schon 1969 haben die RGW-Länder eine engere gegenseitige ökonomische Verflechtung beschlossen. Doch hierfür fehlen die Voraussetzungen, vor allem ein konvertibles Währungssystem. Denn die Währungen der RGW-Länder sind nach wie vor auf das Binnenland beschränkt, ohne Außenwert.

WELTFASER-ABKOMMEN / Das Gatt-Sekreteriat schlägt ein Auslaufen der geltenden Vereinbarung 1986 vor

Gesamttextil hält die Forderung für unrealistisch

IRENE ZÜCKER/DW., Genf

Das Multifaserabkommen in seiner bisherigen Form – dem neben 50 anderen Ländern auch die Bundesrepublik angehört – sollte 1986 auslaufen. Dies schlägt das Gatt-Sekretariat in einer Untersuchung vor. Für einen stufenweisen Abbau des Protektionismus und eine Rückführung des Textil- und Bekleidungsbereichs unter die Bestimmungen des allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens Gatt wird eine Übergangsphase von fünf bis zehn Jahren vorgeschlagen.

Die Beibehaltung des laufenden Multifaserabkommens beinhaltet weltwirtschaftliche Wachstumsstörungen – seine wirtschaftlichen Kosten sind einerseits sehr hoch und andererseits würde das Fehlen eines Abkommens die Industrie-Länder *nicht vor unlösbare Probleme* stellen. Dies sind die zentralen Aussagen der ersten, sehr umfassenden Textil und Bekleidungsstudie der Genfer Welthandelsorganisation Gatt. Die Probleme dieser Bereiche, die heute mit 4,9 bzw. 3,9 Prozent am Welthandelsumsatz der verarbeitenden Industriegüter beteiligt sind, werden vom Gatt als Folge der industriellen Strukturbereinigung gesehen.

Auftraggeber dieser Studie war die Genfer Gatt-Ministerkonferenz vom November 1982 mit dem Ziel, eine Grundlage zu schaffen für die Arbeitsgruppe, die darüber beraten muß, was nach dem Auslaufen des Multifaserabkommens Ende Juli 1986 geschehen soll.

Kernpunkte der Studie sind eine Bestandsaufnahme über drei Jahrzehnte der Textil- und Bekleidungsindustrie weltweit sowie der Verlauf der internationalen Handelsströme, die Entwicklung der Handelspolitik. Auswirkungen dieser Entwicklung auf Produktion, Beschäftigung und die Märkte.

Die Bestandsaufnahme zeigt, daß eine Produktionsverlagerung stattfand in Richtung Entwicklungsländer. Von 1953 bis 1980 ist der Anteil der Industriestaaten an der Textilproduktion von 82 auf 65 Prozent zurückgegangen. Im Bekleidungssektor ist die Produktion der Industrieländer im gleichen Zeitabschnitt von 92 auf 75 Prozent gesunken.

In Westeuropa gingen die Arbeitsplätze in der Textilindustrie von 3,3 auf 1,6 Prozent der Gesamtbeschäftigung *zurück und in der Bekleidung* von 2,3 auf 1,3 Prozent. In den Industrieländern handelt es sich somit bei Produktion wie Beschäftigung um schrumpfende Branchen. Der Arbeitsplatzverlust ist jedoch nicht so sehr eine Folge der Importkonkurrenz, sondern wurde vielmehr durch den Produktivitätsfortschritt in diesen Ländern ausgelöst.

Die Studie legt dar, die Liberalisierung könnte im Westen zwar zu einem weiteren Rückgang der Beschäftigung in der Bekleidungsindustrie führen. Dies würde jedoch ausgeglichen durch eine Zunahme von Produktion und Beschäftigung in exportorientierten anderen Sektoren. Hingegen seien von der Zunahme der internationalen Arbeitsteilung Wachstumsimpulse zu erwarten: Erhöhung der Bekleidungsproduktion und damit auch des Exports, Umverteilung der Produktion unter den Entwicklungsländern. Anpassung der wirtschaftlichen Produktionsstrukturen, größere Sicherheit bei internationalen Investitionen. Die Textilpreise würden jedoch weltweit sinken. In der Studie geht das Gatt-Sekretariat von der Annahme aus, daß die Nachfrage in der Dritten Welt weit mehr ansteigen wird als in den Industriestaaten.

In einer Stellungnahme zu der Studie erklärt Gesamttextil, Frankfurt, die Vorstellung, man könne das Welttextilabkommen ersatzlos auslaufen lassen und zum Freihandel mit Textilien und Bekleidung übergehen, sei „unter den herrschenden Verhältnissen leider unrealistisch". Zugleich betont der Spitzenverband das starke Interesse der deutschen Textilindustrie an einem ungehinderten internationalen Handel „in jeder Richtung". Nur müßten die dazu notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden.

Gesamttextil bedauert in einer Erklärung, daß entgegen seiner ständigen Forderung die Laufzeit des geltenden Abkommens bisher in keiner Weise genutzt worden ist, um zu einem Abbau der Wettbewerbs-Verzerrungen zu kommen. Gesamttextil: „Die handelspolitisch Verantwortlichen in der EG lassen in dieser Beziehung kein Engagement erkennen."

LÜNEBEST-MOLKEREI / Vollständige Übernahme durch Glücksklee steht bevor

Option wird vorzeitig wahrgenommen

JAN BRECH, Hamburg

Die Glücksklee GmbH, Hamburg, deutsche Tochtergesellschaft des US-Konzerns Carnation Company, Los Angeles, wird die restlichen 50 Prozent an der Lünebest-Molkerei Hans Stamer GmbH & Co KG, Lüneburg, übernehmen. Diese Anteile, die mit Wirkung zum 30. September dieses Jahres auf Glücksklee übergehen, hält bislang Hans Stamer. Stamer, der das Familienunternehmen in der zweiten Generation leitet, scheidet als Geschäftsführer bei Lünebest aus.

Die Glücksklee GmbH hatte sich im Herbst 1981 zur Hälfte am Kapital bei Lünebest beteiligt. Über eine gemeinsame Vertriebsgesellschaft sollte das Sortiment beider Firmen bundesweit stärker etabliert werden. Glücksklee ist bedeutender Anbieter von Dosenmilch und Tierfutter, Lünebest von veredelten Milchprodukten, vor allem Joghurt. Beide Gesellschaften haben starke regionale Absatzschwerpunkte. Während Glücksklee in Norddeutschland unterrepräsentiert ist, fehlt Lünebest die Basis in Süddeutschland.

Die 100-Prozent-Übernahme von Lünebest wird bei Glücksklee als konsequenter Vorgang bezeichnet, den man von vornherein im Visier gehabt hatte. Nach Angaben von Glücksklee ist mit Stamer eine Option auf die Übernahme der restlichen 50 Prozent vereinbart gewesen, die nun zeitlich vorgezogen worden sei. Gründe werden nicht genannt.

Die vollständige Übernahme gebe Glücksklee größere Bewegungsfreiheit und dokumentiere zudem, daß man „ernsthaft etwas daraus machen" wolle. Aus der Geschäftsführung der Glücksklee GmbH, die als Komplementär bei Lünebest fungiert, werden sich Joachim Beeth um Produktion und Produktentwicklung und Bernd Bercht um den Vertrieb kümmern.

Zur Entwicklung der Gruppe im Geschäftsjahr 1983 werden nur vage Angaben gemacht. Die Umsatzgrößenordnungen hätten sich nicht entscheidend verändert. Von den insgesamt 500 Mill. DM dürften bislang 300 Mill. auf Glücksklee und 200 Mill. DM auf Lünebest entfallen sein. Beide Gesellschaften haben aber offenbar 1983 kaum Wachstum erzielt. Bei Glücksklee mit einem Exportanteil von mehr als einem Drittel ist das nicht unbedeutende Geschäft mit Nigeria völlig zum Erliegen gekommen. Zur Entwicklung bei Lünebest heißt es, daß man an dem wachsenden Joghurt-Markt nicht teilgenommen habe. Auch zur Ertragsentwicklung gibt *es keine konkreten Hinweise.*

Korf-Engineering vor Großauftrag

J.G. Düsseldorf

Einen ersten Großauftrag von mehr als 100 Mill. DM durch „ein außereuropäisches Unternehmen" für das neue KR-Verfahren kündigt das Düsseldorfer Stahlanlagenbau-Unternehmen KE-Korf Engineering GmbH als dicht bevorstehend an. Das KR-Kohlereduktionsverfahren zur Roheisenerzeugung ohne Kokseinsatz wurde noch vom gescheiterten Stahlunternehmer Willy Korf gemeinsam mit dem österreichischen Vöest-Alpine-Stahlkonzern in einer Versuchsanlage bei Korfs Badischen Stahlwerken in Kehl entwickelt.

Vöest-Alpine hat aus dem Zusammenbruch der Korf-Gruppe dieses Verfahren wie auch die gesamte KE geerbt. Diese hatte 1983 rund 63 (51) Mill. DM Umsatz sowie 643 (693) Mill. DM Auftragsbestand und sieht die Zukunft „mit berechtigtem Optimismus".

USA / Autoindustrie steht vor Tarifverhandlungen

Streikwelle wird befürchtet

rtr, Detroit

Wenn sich die Spitzenfunktionäre der amerikanischen Automobilarbeitergewerkschaft UAW *in dieser* Woche mit Vertretern der Autogiganten General Motors (GM) und Ford zusammensetzen, geht es *nicht nur* um traditionelle Gewerkschaftsforderungen nach höheren Löhnen. Die zunächst auf acht Wochen angesetzten Tarifverhandlungen, die gestern abend begannen, fußen einerseits auf Rekordgewinnen in der Automobil-Industrie, andererseits auf Befürchtungen der Gewerkschaften, daß tausende Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden könnten.

Die US-Automobilindustrie hat sich von ihren Kalamitäten der Jahre 1979 bis 1982, als ihre Umsätze und Erträge fielen und die Gewinne der japanischen Konkurrenz in den USA *die Regierung in Washington* dazu veranlaßte, Exportbeschränkungen Japans zu verlangen, erholt. Mehr als 100 000 Beschäftigte, deren Jobs während der Rezession gekappt worden waren, sind heute wieder an ihrem Arbeitsplatz; sie erhalten höhere Löhne als der Durchschnitt der US-Industrie.

Nach Aussage von Gewerkschaftsführern haben die Mitglieder allerdings seit 1982 keine reale Lohnerhöhung erhalten. *Damit die Industrie* wieder Boden unter die Füße bekam, hatten sich die Arbeiter damals zu Zugeständnissen bereiterklärt, die den Unternehmen zu Einsparungen von schätzungsweise mehr als drei Mrd. Dollar verhalfen. Neben anderen Leistungen verzichteten die Beschäftigten seinerzeit auf garantierte jährliche Lohnanhebungen und waren damit einverstanden, daß Teuerungszulagen verschoben würden.

Während die Gewerkschaften nun fordern, daß die Stundenlöhne aufgrund ihrer Bescheidenheit der letzten Jahre an der vehementen Rückkehr der Autoindustrie in die Gewinnzone teilhaben sollen, bestehen die Unternehmen darauf, die Arbeitskosten unter Kontrolle zu halten, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Arbeitskosten machen nach Industrieschätzungen 30 Prozent der Kosten eines Neuwagens aus.

Chrysler-Chef Lee Iacocca, dem erst im nächsten Jahr Tarifverhandlungen bevorstehen, hat bereits davor gewarnt, daß die Produktion gegebenenfalls stärker ins Ausland verlagert würde. GM und Ford, so Bieber, seien darauf vorbereitet, die Einfuhr von Autos und Fahrzeugteilen aus Japan, Südkorea, Mexiko und Europa zu erhöhen, was in den USA zum Verlust tausender Arbeitsplätze führen würde.

Sollten die UAW-Mitglieder sich mit der Gewerkschaftsführung über die Lohnerhöhungen nicht einigen, dann wäre ein Streik gegen eines der *Autounternehmen* wahrscheinlich nicht mehr zu vermeiden, wenn die Verträge am 14. September auslaufen. Die gut gefüllte Streikkasse der Gewerkschaft reichte für einen dreimonatigen Streik bei GM.

NAMEN

Alfred Weibezahl, langjähriger Geschäftsführer des Einzelhandelsverbandes Südbaden e.V. und Leiter der Geschäftsstelle Bodensee-Baar in Konstanz, ist im Alter von 69 Jahren gestorben.

Dr. **Alfred Märkl**, früherer Hauptbevollmächtigter der Zürich-Versicherungs-Gesellschaft für Deutschland, wird am 26. Juli 70 Jahre.

Rechtsanwalt **Ernst Burgholz**, Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes des Westfälisch-Lippischen Einzelhandels in Münster, tritt nach 32-jähriger Tätigkeit am 31. Juli *in den Ruhestand. Als Nachfolger* wurde Assessor **Heinz Trompetter**, Münster, bestellt.

G. Ronald Smith (45), bisher Leiter der niederländischen und skandinavischen Aktivitäten von Ernst & Whinney, wurde zum Deputy Chairman des Continental Office, Brüssel, ernannt. Er wird Nachfolger von **Edward G. Bartholomew** (59), der am 30. Juni in den Ruhestand trat.

Wolfgang Pade, bislang Vertriebsleiter der Verdener Keks- und Waffelfabrik, ist in die Geschäftsführung der Beste Vertriebs-GmbH, Hannover, eingetreten und zeichnet für den *Vertrieb verantwortlich.*

COMMERZBANK / Erholung wurde unterbrochen

Ergebnis kleiner ausgefallen

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Nach der Unterbrechung der wirtschaftlichen Erholung durch die Arbeitskämpfe in der Metall- und Druckindustrie erwartet die Commerzbank AG, Frankfurt, eine Wiederaufnahme des Aufwärtstrends im Anschluß an die Sommerpause. Dazu sollen vor allem das anhaltend kräftige Exportwachstum und die „verhaltene Investitionsbelebung" im Inland beitragen. Der private Verbrauch dagegen scheine „zunächst auf der Schattenseite" zu stehen.

Auch die Aktienmärkte wurden durch die Unterbrechung der Gewinnerholung beeinträchtigt. Zudem standen die Finanzmärkte „mehr denn je im Spannungsfeld zwischen positiven heimischen Tendenzen und negativen internationalen Faktoren". Immerhin sei die inländische Kapitalmarktrendite dem US- Zinsanstieg bislang nur wenig gefolgt.

Für die Commerzbank selbst ist das erste Halbjahr 1984 ebenfalls eher verhalten verlaufen. Bei einem (gegenüber dem sehr hohen Halbjahresdurchschnitt von 1983) um 1,4 Prozent auf 888 (901) Mill. DM leicht zurückgegangenen Zinsüberschuß und einem um 1,3 Prozent auf 297 (301) Mill. DM gleichfalls etwas geringer ausgefallenen Provisionsüberschuß schlugen die Kostenerhöhungen recht kräftig durch.

So stiegen die Aufwendungen für Löhne und Gehälter der 19 280 Mitarbeiter (plus zwei Prozent) um 4,3 Prozent auf 545 (522) Mill. DM, die Sachaufwendungen – im Gefolge der weiter vordringenden Banktechnik – um knapp zehn Prozent auf 246 (224) Mill. DM. Erstmals in die Teilergebnisrechnung einbezogen sind die Aufwendungen für Altersversorgung (minus 15 Prozent auf 64 Mill. DM) und die Abschreibungen auf Sachanlagen (plus fünf Prozent auf 36 Mill. DM).

Unter dem Strich blieb – vergleichbar gerechnet – ein Teilbetriebsergebnis von 294 (345) Mill. DM, das um fast 15 Prozent unter dem halben Vorjahreswert lag. Nach der alten Berechnungsmethode hätte der Rückgang gut 13 Prozent ausgemacht. Da auch die Gewinne aus dem Eigenhandel zurückgingen, fiel das Gesamtergebnis ebenfalls geringer aus.

Das seit Jahresbeginn um 3,5 Prozent auf 71,4 Mrd. DM gestiegene Geschäftsvolumen deutet nur teilweise auf belebte Aktivitäten hin – hier war auch ein „wechselkursbedingter Volumenzwachs im internationalen Geschäft" beteiligt. Die Kundenkredite dagegen nahmen nur um 1,6 Prozent auf 37,6 (37) Mrd. DM zu. Die Kredite an andere Banken wuchsen um 18 Prozent auf 18,2 (15,4) Mrd. DM.

Das Privatkundengeschäft wurde im ersten Halbjahr vor allem von einer „lebhaften Umsatztätigkeit" bei Ratenkrediten und von einer anhaltend regen Nachfrage nach Baufinanzierungen getragen, die Neuzusagen in Höhe von 1,6 Mrd. DM brachte. Die Konsumentendarlehen stiegen um sechs Prozent, das gesamte Privatkreditvolumen erreichte 11,9 Mrd. DM.

Die Refinanzierung erfolgte in erster Linie über längerfristige Schuldverschreibungen. Der Spareinlagenbestand wurde auf dem Jahresanfangsniveau von 10,4 Mrd. DM gehalten.

SCHENKER / Geschlossene Logistik-Konzepte

Weiter auf Expansionskurs

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Nach Einschätzung der Speditionsgesellschaft Schenker & Co. GmbH, Frankfurt, hat die deutsche Verkehrswirtschaft ihre Durststrecke jetzt überwunden. Das Transportaufkommen nehme wieder zu, stellt Geschäftsführungsvorsitzender Karl Übelacker fest. Doch: „Natürlich werden die Bäume nicht in den Himmel wachsen", – der Entwicklungsspielraum sei durch die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate von 2,5 Prozent vorgegeben. Der harte Wettbewerbsdruck werde deshalb nicht nachlassen.

Für die Bundesbahntochter hat das Jahr aber erst einmal gut angefangen. Die Verkehrserträge (Roherträge) der ersten vier Monate lagen um knapp 5 Prozent über dem Vorjahrsniveau. Die Auswirkungen der Tarifauseinandersetzungen seien aber noch nicht ganz zu übersehen. Vieles werde voraussichtlich durch Verkürzungen der Werksferien aufgefangen.

Längerfristig jedenfalls stehen die Signale für Schenker auf Wachstum. Für die Jahre 1984 und 1987 plant allein die GmbH ein Investitionsprogramm von 143 Mill. DM. Darin sind jedoch noch nicht die Investitionen bei Töchtern und Beteiligungen (zum Beispiel Railship und die Privat-Waggon-Gruppe) enthalten und auch nicht jene Projekte, die über Leasing finanziert werden.

Alles zusammen macht allein im Jahr 1984 runde 100 Mill. DM aus, von denen aber nur 37 Mill. DM in die GmbH-Bilanz einrücken. Im vergangenen Jahr waren es 31 (26) Mill. DM Sachanlagen.

Gute Chancen für die Zukunft (und auch für den Ausgleich des sinkenden Lagerschäfts) sieht Übelacker im Angebot geschlossener Logistik-Konzepte. Damit will Schenker verstärkt auf den Trend der Unternehmen eingehen, die Lagerhaltung durch kontinuierlichen Warenfluß abzubauen.

Im vergangenen Jahr bekam die Spedition noch die Ausläufer der rezessiven Vorjahresentwicklung zu spüren. Der Verkehrsumsatz der GmbH ging um 2,7 Prozent auf 2,1 (2,16) Mrd. DM zurück, der Verkehrsertrag um 2 Prozent auf 291 (297) Mill. DM. Dank gleichzeitig reduzierter Aufwendungen wurde aber das Ergebnis vor Steuern bei 9 Mill. DM gehalten.

Deutlich besser als die Muttergesellschaft entwickelte sich der weltweite Konzern. Seine Umsätze wuchsen um knapp 7 Prozent auf 5,9 (5,5) Mrd. DM. Dazu trug die Auslandsorganisation mit einem Zuwachs um gut 11 Prozent auf 3,4 Mrd. DM bei. Die Verkehrserträge der 10 900-Mitarbeiter-Gruppe nahmen um 7 Prozent auf 793 (743) Mill. DM zu.

Während die Inlandsverkehre ebenso wie die internationalen Land- und Seeverkehre sich einigermaßen schwer taten, zog das Luftfracht-Geschäft besonders im zweiten Halbjahr kräftig an. Die Tonnage stieg hier um gut 15 Prozent auf 51 000 Tonnen. Die dabei nur um 3,5 Prozent gesteigerten Verkehrserträge zeigen aber auch hier den starken Wettbewerbsdruck.

FAG KUGELFISCHER / Für 1984 wird ein gutes Ergebnis erwartet – Sehr hohe Kapazitätsauslastung

Frühestens im nächsten Jahr an die Börse

DANKWARD SEITZ, München

Wann geht die FAG Kugelfischer Georg Schäfer KGaA, Schweinfurt, an die Börse? Das Interesse, das dem zu den weltweit führenden Wälzlagerherstellern zählenden Unternehmen von potentiellen Anlegern entgegengebracht wird, scheint groß zu sein. Denn nach eigenem Bekunden wird Fritz Schäfer, persönlich haftender Gesellschafter und Sprecher der Geschäftsführung, mehrmals pro Monat von den „verschiedensten Leuten" diesbezüglich angerufen, seit dieser Schritt Mitte 1983 angekündigt wurde. Doch mehr, als daß die Börseneinführung „frühestens im Laufe des Jahres 1985" erfolgen soll, konnte er auch jetzt anläßlich der Vorlage des Geschäftsberichts 1983 nicht sagen.

Allen Verantwortlichen scheint die Zeit für diesen Schritt offensichtlich noch nicht reif genug zu sein. Die Vorbereitungen indes sind soweit abgeschlossen, nachdem das Familienunternehmen Mitte vergangenen Jahres rückwirkend zum 1. Januar 1983 von einer KG in eine KGaA umgewandelt worden ist. Dies betrifft insbesondere die Ende 1983 vollzogene Kapitalerhöhung um 60 Mill. auf 165 Mill. DM durch Ausgabe neuer stimmrechtsloser Vorzugsaktien zu pari. Sie wurden ebenso wie weitere 22 Mill. DM Vorzugsaktien aus dem Besitz der Altgesellschafter von den vier Hausbanken (unter anderem die Bayerische Vereinsbank) und zwei weiteren Kreditinstituten übernommen. Vor Börseneinführung werden sie in Stammaktien umgewandelt.

Für diesen Schritt wartet man zum einen sicherlich auf eine wieder günstigere Aktienmarkt-Entwicklung. Das Agio für die 50-DM-Aktie ist zwar noch nicht festgelegt, dürfte aber beachtlich sein. Erwartet werden kann ein Kurs von 300 Prozent und mehr. Denn wie Finanzchef Wolfgang Masuch andeutete, sollen dem Unternehmen aus den 60 Mill. DM – der Erlös aus den restlichen 22 Mill. DM geht an die Familie – mindestens 120 Mill. DM („nach oben sind wir flexibel") zufließen. Auf jeden Fall soll das Eigenkapital von derzeit 188,6 Mill. DM auf „deutlich über 300 Mill. DM" steigen. Einen Rückzug aus dem Unternehmen, so betonte Schäfer ausdrücklich, bedeute dies nicht. Man werde unverändert an der Mehrheit des Aktienkapitals festhalten.

Das Warten hat sicherlich noch den Grund, daß man den neuen Aktionären einen guten Jahresabschluß präsentieren möchte. Schon 1984 scheinen die Voraussetzungen dafür günstig. In den ersten sechs Monaten verzeichnete die FAG-Gruppe noch ein Umsatzwachstum von 7,8 Prozent, obwohl der Metallerstreik nach Angaben von Schäfer einen Umsatzausfall von rund 30 Mill. DM brachte. Bei einer Kapazitätsauslastung von derzeit etwa 90 Prozent im Wälzlagerbereich – der Break-even-point wird auf rund 70 Prozent beziffert – dürfte sich auch die Ertragslage wieder verbessern. So erwartet Masuch für 1984 ein Ergebnis je 50-DM-Aktie von über 20 DM nach etwas mehr als 16 DM 1983 (mit Kapitalerhöhung).

In dieser Beziehung bezeichnete Schäfer das schwere Jahr 1983 wiederum als unbefriedigend. Immerhin konnte das Unternehmen trotz einer zeitweise nur 66prozentigen Kapazitätsauslastung bei Wälzlagern (Umsatzanteil: 70 Prozent) noch in den schwarzen Zahlen bleiben. Erheblich entlastet wurde die Ertragsrechnung auch durch den weiteren Personalabbau und eine Änderung der betrieblichen Altersversorgung, wodurch keine Pensionsrückstellungen erforderlich wurden. Zudem konnte die Zinsbelastung durch Rückführung der Bankschulden auf 633 (694) Mill. DM um 35 Mill. DM vermindert werden.

Kugelfischer	1983	±%
Firmengruppe Welt		
Umsatz (Mrd. DM)	2,40	– 0,6
dav. Ausland	1,39	– 1,2
Beschäftigte [1]	27 600	– 4,8
Firmengruppe Inland		
(Mrd. DM)	2081	+ 1,9
Umsatz	1,93	– 3,1
dav. Export	0,92	– 6,3
Beschäftigte [1]	22 542	– 5,2
Auftragsbest. (Monate)	4,8	(5,3)
Kugelfischer KGaA		
Umsatz	1,73	– 3,8
dav. Export	0,84	– 5,4
Firmengruppe Inland Wertschöpfung (Mill. DM)	1072,0	– 5,5
Sachinvestitionen	71,0	– 27,6
Abschreibungen	110,0	– 6,0
Cash-flow	143,2	+ 2,9
Jahresüberschuß [2]	18,1	(16,2)
dto. bei der KGaA [2]	14,1	(21,9)

[1] im Jahresdurchschnitt; [2] wegen der Umwandlung in eine KGaA 1983 mit 1982 nicht unmittelbar vergleichbar.

Stagnation des Neugeschäfts

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die Leonberger Bausparkasse AG, Leonberg, viertgrößtes der privaten Bausparinstitute, hat die Arbeitskämpfe der letzten Wochen und ihre Auswirkungen zu spüren bekommen. Die Kasse registriert in den betroffenen Gebieten seit Mitte Mai eine Stagnation des Neugeschäfts. Im Hinblick auf die zur Zeit schwierige Situation am Immobilienmarkt rechnet die Leonberger deshalb für das Geschäftsjahr 1984 nur mit einem geringfügigen Zuwachs. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres verbuchte die Bausparkasse ein Wachstum des eingelösten Neugeschäfts um 4 Prozent auf 1,23 Mrd. DM.

Der Geldeingang stieg in den ersten sechs Monaten um ein Prozent auf 868 Mill. DM, wovon 470 Mill. DM auf Sparbeiträge entfielen. Damit entspannten sich – wie es heißt – die Zuteilungsaussichten. Durch Umschichtung von Festgeldanlagen in eigene Zwischenkredite habe sich der Ertrag der Leonberger im ersten Halbjahr weiter positiv entwickelt. Zur Unterstützung der Beteiligungsgesellschaft GSG (Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft, Stuttgart) beim Verkauf ihrer Immobilien hat die Leonberger mit der Leonberger Immobilien GmbH eine eigene Immobiliengesellschaft gegründet.

Für 1983 weist die Kasse einen Jahresüberschuß von 7,4 (49,7) Mill. DM aus, wobei die Vorjahreszahl von einer für eine Kapitalerhöhung im Wege des „Schütt aus – hol zurück" eingeplanten Sonderausschüttung beeinflußt war. Kräftig aufgestockt wurde die Position Abschreibungen und Wertberichtigungen auf 28,4 (3,0) Mill. DM. Ausgeschüttet wurde eine Dividende von 8 Prozent (Vorjahr: 16 Prozent plus 200 Prozent Sonderausschüttung). Das Grundkapital von 43,75 Mill. DM ist um 14,58 Mill. DM auf 58,33 Mill. DM zum Kurs von 175 Prozent aufgestockt worden, wobei die jungen Aktien ab 1. 7. 1984 dividendenberechtigt sind.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Höhere Dividende

Hannover (VWD) – Die Vereinigte Schmirgel- und Maschinen-Fabriken AG, Hannover, will aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1983 von 0,44 (0,33) Mill. DM eine auf 16 (12) Prozent erhöhte Dividende auf 2,67 Mill. DM Stammaktien zahlen. 82 500 DM Vorzugsaktien sollen wieder 6 Prozent erhalten (Hauptversammlaung am 29. August).

Schwaches Neugeschäft

Düsseldorf (J. G.) – Auf einem seit April vom Zins-Wiederanstieg geprägten Kapitalmarkt erlebte auch die Rheinisch-Westfälische Boden-Credit-Bank AG, Köln, im ersten Halbjahr 1984 ein schwaches Neugeschäft. Die Zusagen an Hypothekendarlehen fielen mit 224 Mill. DM um 33 Prozent niedriger als vor Jahresfrist aus und betrafen nur noch zu 46 (59) Prozent Neubauten. Bei Kommunaldarlehen gingen die Zusagen um 16 Prozent auf 166 Mill. DM zurück. Der Zinsüberschuß besserte sich auf 21,6 (18,9) Mill. DM und läßt den Vorstand, der im Neugeschäft für das 2. Halbjahr nicht mit der Zuwachsrate des Vorjahres rechnet, einen wiederbefriedigenden Abschluß erwarten.

KKB Bank im Wachstum

Düsseldorf (J. G.) – *Um 5 Prozent* auf 5,1 Mrd. DM hat die KKB Bank KGaA, Düsseldorf, ihr Kreditvolumen im ersten Halbjahr 1984 gesteigert. Besonders gefragt war weiterhin der vor drei Jahren als neue (flexible) Form des Ratenkredits eingeführte Scheckkredit, dessen Volumen sich um 37 Prozent auf 1,05 Mrd. DM erhöhte. Der Zins- und Provisionsüberschuß ermäßigte sich auf 253 (260) Mill. DM.

Nicht betroffen

Zürich (DW.) – Das Schweizer Lederwarengeschäft Maedler AG, Zürich, sei vom Konkursantrag der deutschen Gruppe Moritz Maedler GmbH & Co. KG, Offenbach, und Moritz Maedler Verkaufs-GmbH, Frankfurt, nicht betroffen, teilte das Unternehmen mit. Die Maedler AG sei eine rechtlich und wirtschaftlich unabhängige schweizerische Aktiengesellschaft.

STRABAG / Gedämpfte Prognose für das neue Jahr – Dividende gekürzt

Druck auf die Baupreise hält an

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Zwar werde die Kapazitätsauslastung 1984 bei höherer Bauleistung als 1983 in den meisten Bereichen „ausreichend" sein. Der starke Wettbewerb mit anhaltendem Druck auf die Baupreise werde sich jedoch im Ergebnis niederschlagen. Der Ergebnisbeitrag des Auslandsgeschäfts bleibe von der offenen Frage abhängig, „inwieweit ein reibungsloser Ablauf der laufenden Baustellen möglich ist".

Mit dieser gedämpften Prognose kündigt die Kölner Strabag Bau-AG ihren Eigentümern von 55,13 Mill. DM Aktienkapital (maßgeblich bei der Neusser Werhahn-Familiengruppe) für 1984 praktisch nichts Besseres an als den bei diesem erfolggewohnten Unternehmen enttäuschenden Abschluß für 1983.

Für 1983 wird zur Hauptversammlung am 22. August ein Abschluß vorgelegt, in dem die Führungsgesellschaft aus 2,66 (2,94) Mrd. DM Bauleistung der Strabag-Gruppe eine weitere Minderung des Jahresüberschusses um 30 (46) Prozent auf 7,7 Mill. DM ausweist. Dieser Gewinn wird komplett mit Dividendenrückzug auf 7 (10) DM ausgeschüttet. Als Gründe der Gewinnschmälerung auf ein immerhin noch recht passables Dividendenniveau nennt der Vorstand den schon 1983 massiven Preisdruck, Verluste bei einigen Tochtergesellschaften und weitere Risikovorsorge zumal für Auslandsbaustellen.

Die Bauleistung der Gruppe wurde 1983 zu 33 (37) Prozent im Ausland erzielt, wo noch 8305 (8653) Leute der auf 18 042 (19 390) reduzierten Konzern-Beschäftigten arbeiteten. Finanzierungsprobleme mit den beiden (vom Golfkrieg nicht direkt betroffenen) Großbaustellen in Irak, die 1983 den Baufortschritt störten, konnten inzwischen mit einer durch Hermes gedeckten AKA-Finanzierung behoben werden.

Im Inland litt die Gruppe vor allem in der Sparte Hoch- und Ingenieurbau unter flauer Auftragslage. Insgesamt jedoch buchte sie 1983 auf 2.76 (2,46) Mrd. DM erhöhte Aufträge und begann 1984 mit einem auf 2,8 (2,7) Mrd. DM verbesserten Konzern-Auftragsbestand, der mit 1,7 (1,5) Mrd. DM aus dem Ausland stammte.

Gegenläufig zur Ertragsschmälerung hat der Konzern seine Sachinvestitionen 1983 auf 138 (83) Mill. DM gesteigert. Maßnahmen zur Rationalisierung und „Diversifizierung", Geräteanschaffung für neue Auslandsbaustellen und Immobilienkäufe werden da als Schwerpunkte genannt. Die Sachanlageabschreibungen von 87 (83) Mill. DM blieben weit hinter diesem Investitionsstoß zurück.

Immerhin überdecken die 251 (252) Mill. DM Eigenmittel, die noch 20,7 (21,6) Prozent der Konzernbilanzsumme ausmachen, zusammen mit 69 (60) Mill. DM Pensionsrückstellungen weiterhin das Anlagevermögen von 305 (279) Mill. DM. Auf stattlicher Höhe blieben die flüssigen Mittel von 274 (315) Mill. DM.

BREMER JUTE

„Reißfester Ertragsfaden"

W. WESSENDORF, Delmenhorst

Die Entwicklung bei der Jute-Spinnerei und Weberei Bremen AG, Delmenhorst, war im ersten Halbjahr 1984 nicht mehr so rasant wie zuvor, doch erreichte der Umsatz noch ein Plus von 0,7 Prozent. „Es ist aber unser Ziel, die Dividende weiter zu erhöhen", erklärte der Vorsitzende des Aufsichtsrats Bernd Günther zum Geschäftsbericht 1983. Schon 1985 werde der 100-Millionen-Umsatz angepeilt. Günther stellte für 1985 eine Kapitalerhöhung in Aussicht.

Der Aufsichtsratsvorsitzende betonte, daß die künftige Expansion der Handelskette stärker im westdeutschen Raum erfolgen wird. Es lägen mehrere Übernahmeangebote für bestehende Märkte vor. Dabei gelte der Grundsatz: „Expansion nur nach Augenmaß".

Der Aufwärtstrend der Jute-Spinnerei setzte sich im Jahr 1983 unvermindert fort. Bei einem Gesamtumsatz von 93,4 (84,3) Mill. DM konnte auch der Gewinn gegenüber dem Vorjahr verbessert werden, er betrug vor Steuern 1,39 (1,12) Mill. DM. Die Aktionäre erhalten für 1983 trotz des erhöhten Stammkapitals von 6 (4) Mill. DM eine höhere Dividende von 8 (6) Prozent. Vorstand Franz Weber: „An diesem Ergebnis sind Produktions- und Einzelhandelsbereich gleichermaßen beteiligt." Das gute Ergebnis führt Weber vor allem auf Konsolidierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen zurück. „Unser Ertragsfaden ist reißfester geworden", erklärte Günther. Die Zahl der Mitarbeiter erhöhte sich von 473 auf 494.

Condor baut den Marktanteil aus

Wb. Frankfurt

Der Trend zur kurzfristigen Buchung der Urlaubsreise setzt sich auch in diesem Jahr fort, so die Lufthansa-Chartertochter Condor GmbH, Frankfurt. Die Buchungen bei den Reiseveranstaltern erlaubten zwar noch keine sicheren Aussagen über die Entwicklung des Sommergeschäfts, doch rechne man mit einem „zumindest gleich großen" Volumen wie im Vorjahr.

Im vergangenen Jahr hat Condor 2,26 (1,99) Mill. Passagiere befördert, 13,4 Prozent mehr als 1982. Die Verkehrsumsätze stiegen dabei um 8,5 Prozent auf 655 (604) Mill. DM. Dazu trugen der Tourismus 82 Prozent, der US-Verkehr 13 Prozent, der Gastarbeiter-Verkehr 4 Prozent und das Ad-hoc-Geschäft 1 Prozent bei. Der Anteil der Fluggesellschaft am stagnierenden Gesamtmarkt wuchs von 19,5 auf fast 22 Prozent.

Trotz der stabilisierten Treibstoffpreise schlugen eine Reihe von Kostensteigerungen (Wartung, Charter, Landegebühren) auf den Ertrag durch: Das Netto-Ergebnis sank auf 5 (9,3) Mill. DM.

Aktien weiter abgeschwächt

Die Abgabebereitschaft im In- und Ausland nimmt zu

DW.– Auf dem Aktienmarkt hat sich die Stimmung weiter verschlechtert. Die Kurse erreichten einen neuen Jahrestiefstand, die Nervosität der Anleger wächst. Gleichzeitig nimmt die Bereitschaft zum Aktienkauf ab. Nicht einmal auf der inzwischen stark ermäßigten Basis meldeten sich Käufer. Deshalb hielt die schwache Tendenz bis zum Börsenschluß an. Als Grund für den „Käuferstreik" wird die Sorge vor einem von den USA ausgehenden weltweiten Zinsanstieg und in der Folge ein weiterer Rückgang der US-Aktien genannt.

Unter ausgeprägtem Druck hatten die Bankaktien zu leiden. Der Ertragsrückgang bei der Commerzbank macht deutlich, daß die deutschen Kreditinstitute ihren Gewinngipfel offensichtlich überschritten haben. Siemens-Aktien litten unter Abgaben aus dem Ausland und wurden ebenfalls deutlich zurückgenommen. Bei AEG gab es Gewinnmitnahmen; vom Spitzenstand dieses Jahres bis heute haben diese Papiere mehr als 20 Prozent eingebüßt. Als relativ widerstandsfähig erwiesen sich wieder die Papiere der Großchemie, deren Kurse von der Rendite her abgestützt werden. Das trifft bis zu einem gewissen Grade auch für RWE-Aktien zu.

Düsseldorf: Aseag erhöhten um 16 DM auf 349 DM und Audi NSU und Dyckerhoff um 5 DM. Gerresheimer Glas verminderten um 4 DM, Hein. Lehmann um 4,60 DM und Ravensberger um 5 DM. Bei den Versicherungen verloren Allianz Leben 100 DM und Allianz Vers. 7 DM. Nordstern gaben um 10 DM auf 710 DM nach.

Frankfurt: AEG Telefunken verminderten um 3,50 DM und BHF um 6,50 DM. Binding erhöhten um 7 DM auf 209 DM. Nachgeben mußten Brau AG um 5 DM, Chem. Verwaltung um 9 DM und Eichbaum um 5 DM. Holzmann verminderten um 9 DM auf 426 DM und Lahmeyer um 21 DM auf 310 DM. Mönus verloren 3 DM und Pfalz. Hypo 19 DM.

Hamburg: NWK-Vz. schwächten sich um 4 DM auf 160 DM ab, dagegen waren HEW bei 82,20 DM geringfügig leichter veranlagt. Beiersdorf verloren 6 DM und Reichelt 5,50 DM. Kühltransit setzten ihren Kursanstieg fort und mußten bei 1340 DM (plus 70 DM) zugeteilt werden. Vereins- und Westbank gingen unverändert zu 287 DM um.

München: Etienne Aigner verminderten um 4 DM auf 262 DM und Agrob St. um 0,50 DM auf 202 DM. Augsburger Spinne stockten um 1,80 DM auf. Dywidag verbesserten sich um 3 DM und Energie Oberbayern um 5 DM. Wanderer AG erhöhten um 5 DM auf 320 DM.

Berlin: Tempelhofer Feld wurden um 10 DM höher und Engelhardt um 5 DM niedriger taxiert. Herlitz St. gaben um 3,50 DM, Kempinsky um 3 DM, Herlitz Vz. um 2,50 DM und Berliner Bank um 1,50 DM nach. Bekula bröckelten um 0,80 DM und Berliner Kindl um 0,50 DM nach.

Nachbörse: schwach

WELT-Aktienindex: 134,7 (136,2)
WELT-Umsatzindex: 1410 (1515)

Wien

Creditanstalt-Bkv.Vz.	208	707
Gösser-Brauerei	–	325
Länderbank Vz.	206	206
Österr. Brau AG	302	306
Perlmooser	340	340
Reininghaus	400	400
Schwechater Br.	154	155
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	141	147
Universale Hoch Tief	–	–
Veitscher Magnesit	215	215
Index	53,51	53,52

Kopenhagen

Den Danske Bank	259	259
Jyske Bank	475	475
Kopenh. Handelsbk.	245	245
Novo Industri	2230	2245
Privatbanken	215	214
Ostasiat. Komp.	199	198
Dan. Sukkerfabr.	640	645
For. Bryggerier St.	975	930
Kgl. Porc. Fabr.	370	370

Brüssel

Arbed	Geschlossen	1412
Brux. Lambert		2175
Cockerill Ougrée		230
Ebes		7415
Gevaert		5105
Kreditbank		6900
Petrofina		6640
Soc. Gen. d. Belg.		1610
Sofina		6100
Solvay		3645
UCB		4420
Index		141,94

Hongkong

China Light + P.	10,2	10,70
Hongkong Land	2	2,30
Hongk. + Sh. Bk.	5,20	5,50
Hongk. Teleph.	39,50	40,75
Hutch. Whampoa	8,55	9,30
Jard. Matheson	5,65	6,40
Swire Pac. – A –	12,90	13,80
Wheelock – A –	2,75	2,87

Singapur

Cycle + Car.	3,42	3,38
Cold Storage	3,18	3,16
Dev. Bk. of Sing.	7,80	7,85
Fraser + Neave	–	5,00
Kl. Kepong	2,46	2,58
Mal. Banking	8,20	8,15
Nat. Iron	4,84	4,84
OCBC	9,25	9,25
Sime Darby	1,97	2,00
Singapur Land	3,44	3,48
Un. Overs. Bank	4,40	4,40

Sydney

ACI	1,85	1,84
Ampol Explor.	2,55	2,55
Westpacific Banking	–	3,68
Bridge Oil	2,30	2,35
Brok. Hill Prop.	9,44	9,60
Coles	3,80	3,87
CRA	4,46	4,55
CSR (Thales)	3,15	3,16
Metals Expl.	0,42	0,47
MIM-Holdings	2,70	2,74
Myer Emporium	1,84	1,90
North Broken Hill	2,12	2,10
Oakbridge	0,88	0,90
Peko Wallsend	4,10	4,20
Poseidon	3,85	3,10
Thomas Nat. Tr.	1,82	1,85
Waltons Bond	0,57	0,57
Western Mining	2,90	2,95
Woodside Petr.	–	1,17
Index	675,10	680,70

Optionshandel

Frankfurt: 23. 7. 84: 803 Optionen = 42 500 (42 800) Aktien, davon 147 Verkaufsoptionen: = 8000 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-90/3,5, 10-95/2, 1-95/3, 7, 1-100/3, 4-90/11, 4-95/7, BASF 10-150/5,1, 1-150/10,4, 4-170/4,6, Bayer 10-150/5, 10-160/4, 1-150/13, 1-160/8,2, 1-170/4, 4-180/3,95, Commerzbank 10-140/8, 10-150/4,5, 10-160/2,5, 1-150/6,4, 1-160/4,5, 1-170/2, 4-170/4,1, Conti 10-110/6, 10-120/2,5, 1-110/10,4, 1-120/4,4, 1-130/2,35, 4-110/13, 4-120/6-5,9, 4-130/4, Daimler 10-560/5, 1-550/14,5, 1-580/7, 4-520/30, Deutsche Bank 10-330/7, 1-350/10, 1-360/6, 5, 1-370/5, 4-330/24,9, 4-370/9,4, Dresdner Bank 1-150/6,4, 1-160/4, 1-170/2,9, 4-150/12, GHH ST 1-140/5, Hoechst 10-160/6, 10-170/2, 1-160/11, 1-170/4,7, 4160/14,2, 4-170/8,7, 4-180/4, 4, Hoesch 10-100/3,4, 10-110/1,7, 1-100/6, 1-120/2, 4-95/12,5, 4-100/9, 4-110/5, Kaufhof 1-220/6, 4-220/8,4, Klöckner 10-50/7, 10-55/3, 10-60/2, 1-50/9, 1-55/5, 1-60/2, 7, 4-50/10, 4-55/7,6, Lufthansa ST 1-140/9,4, 1-150/5,2, Mannesmann 10-140/2, 1-140/5,4, 1-150/3, 4-130/17, 4-150/4,7, RWE ST 10-160/4, 9, RWE VZ 1-160/5,4, Kali + Salz 1-220/10, Siemens 10-400/1,4, 1-380/15, 1-400/5,4, Thyssen 10-70/4, 10-75/2, 10-80/1, 1-75/4,5, 1-80/2,5, 4-85/2,2, Veba 1-160/10,8, 1-180/2, 3, 4-170/6,5, VEW 10-120/1,1, 4-120/7, VW 10-10/5, 10-180/3, 1-160/16,4, 1-170/11, 1-180/6, 1-190/5, 1-200/3,4, 4-190/7, Chrysler 10-70/8, 10-75/5, 10-80/3,5, 1-70/9,6, 1-75/7, 4-80/6,8, IBM 1-320/13, Litton 10-200/10,8, Philips 10-40/2,3, -40/2,9, 4-45/2, **Verkaufsoptionen:** AEG 10-85/4, BASF 10-150/3, 1-150/5,4, Bayer 1-150/3, 4-150/6, BMW 1-370/27, 4-360/19, Commerzbank 1-140/4,8, 4-140/6,8, Conti 4-110/6,9, Daimler 1-510/10, 1-530/18, Deutsche Bank 10-310/6,6, 1-310/8,1, Degussa 1-340/6, Dresdner Bank 10-140/3, 10-150/13,5, 4-140/4,2, Harpener 1-280/10,5, Hoechst 10-170/12, 1-150/2,9, Hoesch 10-95/3,6, 1-95/4,1, Klöckner 10-550/3,55, Lufthansa ST 10-140/5, 5, 4-1304,2, Mannesmann 10-130/3, 1-130/3,8, 4-130/5, Schering 10-339, 5/25,2, 1-310/10,1, Kali + Salz 10-200/4, 10-210/10, Siemens 10-360/3,5, 10-362/4,5, 1-360/7, 1-370/12, Thyssen 4-70/7,4, Varta 1-170/8, VW 10-160/4, 10-170/9, 10-180/18, 1-160/5,5, 4-160/8, 4-170/14, Chrysler 1-70/3,9, 1-75/5,4, 1-80/7, 2, 4-80/9,4, General Motors 10-200/13, Litton 1-200/10, 1-210/14,6, 4-210/17,6, Philips 1-40/3, Royal Dutch 4-130/6,5, Xerox 10-100/4.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 23. 7.: Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	11½–11¾	5⅜–5⅝	4⅞–4⅞
3 Monate	12 –12⅛	5⅝–5⅞	4¾–5
6 Monate	12½–12⅝	6⅛–6¼	4⅞–5⅛
12 Monate	13⅛–13⅜	6⅜–6⅝	4⅞–5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 23. Juli folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1305,00	1863,90
10 US-Dollar (Indian)**)	1255,00	1514,05
5 US-Dollar (Liberty)	480,00	661,20
1 £ Sovereign alt	223,00	277,02
1 £ Sovereign Elizabeth II	217,00	270,18
20 belgische Franken	171,00	222,30
10 Rubel Tscherwonez	234,00	294,12
2 südafrikanische Rand	218,00	270,18
Krüger Rand, neu	978,00	1154,82
Maple Leaf	978,00	1154,82
Platin Noble Man	976,00	1152,54

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	240,00	300,96
20 schweiz Franken „Vreneli"	175,00	223,44
20 franz. Franken „Napoleon"	175,00	221,18
100 österr. Kronen (Neuprägung)	900,00	1089,84
20 österr. Kronen (Neuprägung)	179,00	226,86
10 österr. Kronen (Neuprägung)	95,00	125,90
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	417,00	525,54
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	90,00	135,66

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

23. 7. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs¹)	Ankauf	Verkauf
New York²)	2,8665	2,8745	2,8256	2,82	2,91
London¹)	3,781	3,795	3,730	3,71	3,87
Dublin¹)	3,066	3,080	3,019	2,98	3,13
Montreal²)	2,1563	2,1643	2,1221	2,10	2,20
Amsterd.	88,480	88,700	88,436	87,75	89,75
Zürich	117,810	118,010	117,91	116,75	119,50
Brüssel	4,931	4,951	4,87	4,81	5,01
Paris	32,505	32,665	32,05	31,75	33,50
Kopenh.	27,315	27,435	27,015	26,26	28,00
Oslo	34,570	34,690	33,06	33,75	35,50
Stockh.**)	34,350	34,510	33,80	33,25	35,00
Mailand²) **)	1,624	1,634	1,587	1,58	1,69
Wien	14,231	14,271	14,211	14,15	14,37
Madrid**)	1,762	1,772	1,728	1,74	1,86
Lissabon**)	1,880	1,900	1,805	1,45	2,35
Tokio	1,1635	1,1865	–	1,13	1,19
Helsinki	47,310	47,510	46,21	46,25	48,25
Buen. Air.	–	–	–	–	0,50
Rio	–	–	–	0,08	0,30
Athen*) **)	2,5070	2,5610	–	2,10	3,00
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,3530	2,3720	–	2,28	2,40
Johannesbg.*)	1,8615	1,8805	–	1,70	1,85

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar. 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Nachdem die Bekanntgabe des US-Bruttosozialprodukts für das 2. Quartal mit einem Anstieg von 7,5 Prozent die Erwartungen übertraf, konnte sich der US-Dollar gegen die D-Mark im Verlauf bis auf 2,8810 verbessern. Nur zur amtlichen Notiz von 2,8705 gab die Deutsche Bundesbank 51,9 Mill. Dollar zum Kursausgleich ab. Die anderen amtlichen Währungen notierten sehr uneinheitlich gegenüber der D-Mark. Während das englische Pfund um 0,28 Prozent auf 3,789, der canadische Dollar um 0,54 Prozent auf 2,1603 und die schwedische Krone um 0,16 Prozent auf 34,43 deutlich gewannen, erreichte der Schweizer Franken mit 117,91 einen neuen Tiefstkurs und der japanische Yen verlor 0,21 Prozent auf 1,1650. US-Dollar in: Amsterdam 3,2390; Brüssel –; Paris 8,8040; Mailand 1762,20; Wien 20,1440; Zürich 2,4345; Ir. Pfund/DM 3,073; Pfund/Dollar 1,3196; Pfund/DM 3,788.

Ostmarkkurs am 23. 7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Zu Wochenbeginn am 23. Juli notierten die Terminabschläge für US-Dollar und Pfund leicht erweitert.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,88/1,55	4,53/4,43	8,95/8,75
Pfund/Dollar	0,07/0,04	0,02/0,06	0,30/0,55
Pfund/DM	3,00/1,80	6,50/5,10	10,8/9,40
FF/DM	23/11	61/45	117/101

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 23. 7.: Tagesgeld 5,50-5,80 Prozent; Monatsgeld 5,80-5,90 Prozent; Dreimonatsgeld 6,00-6,15 Prozent.

Privatdiskontsätze am 23. 7.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 23. 7.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50)–7,50 (6,47)–8,00 (6,94)–8,25 (7,24)–8,50 (7,45)–9,00 (7,68). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31)– 8,50 (7,54)–9,00 (7,78)–9,00 (7,96) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 6,90. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,40, Rendite 7,90.

Renten weiter unter Druck

Die Furcht vor einem weiteren Zinsanstieg in den USA sowie der feste Dollar haben die Abgabebereitschaft auf dem Rentenmarkt weiter wachsen lassen. Öffentliche Anleihen wurden bei zunehmendem Angebot bis zu 0,30 Prozentpunkte zurückgenommen. Auch bei den Pfandbriefen zeigen sich Ansätze für rückläufige Notierungen, das gilt auch für das Großgeschäft. Weiterhin schwach tendierten DM-Auslandanleihen. Obwohl keineswegs feststeht, daß die Couponsteuer auf DM-Auslandsanleihen schon demnächst fällt, richten sich die Ausländer auf einen solchen Schritt ein.

	23. 7.	20. 7.
M 5½ Bayer.Hypo Pf 14	97,75G	97,75G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6¾ dgl. Pf. 2	95,5T	95,5T
7 dgl. Pf 3	95,25G	95,25G
6½ dgl. KS 14	97,25G	97,25G
7½ dgl. KS 27	89,250G	89,250G
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	122G	122G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G
6 dgl. Pf 34	74G	74G
8 dgl. KO Pf 50	100G	100G
6½ dgl. Pf 10	80,75G	80,75G
8 dgl. KS 1	99,35G	99,35G

	23. 7.	20. 7.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	90,3G	90,3G
6 dgl. 47	79	79
F 5 Helaba Pf 8	–	–
6 dgl. Pf 80	94,85G	94,85G
8 dgl. Pf 73	100,8G	100,8G
4 dgl. KO 5	102G	102G
H 6 Hyp.i.Hbg. Pf 96	81,75	81,75
6½ dgl. Pf 80	90,5	90,5
8 dgl. Pf. 248	100,25	100,25
9 dgl. KO 125	–	–

	23. 7.	20. 7.
M 5 Vereinsb. Hbg. Pf 55	117G	117G
6 dgl. Pf 95	76G	76bG
7 dgl. Pf 100	99,95G	99,95G
D 8 WestLB Pf 350	100,75G	100,75G
8¾ dgl. Pf 408	97,55G	97,55G
9½ dgl. Pf 1007	105,65G	105,65G
8 dgl. Pf 1015	99,05G	99,05G
7 dgl. KO 556	99,9G	99,9G
8¼ dgl. KS 420	98,2G	98,2G
9¼ dgl. KO 1301	104,5G	104,5G
8½ dgl. KS 1278	101,1G	101,1G
8 dgl. IS 1512	100,35G	100,35G

[illegible]

8 dgl. 83 S.42	9/88	100,15	100,25
8 dgl. 83 S.43	12/88	100,2	100,25
8¼ dgl. 83 S.44	12/88	101,15	101,25
8 dgl. 84 S.45	3/89	99,95	100,05bG
7½ dgl. 84 S 46	4/89	99,15	99,35
7¾ dgl 84 S.47	7/89	99,15	99,2

Bundesbahn

F 8 Bdbahn 72	9/84	100,15G	100,15G
8¼ dgl. 76	9/84	100,2	100,26
8 dgl. 78 III	11/84	99,95	99,95

Bankschuldverschreib.

F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82,5G	82,5G
6½ dgl. Pf 5	90,5G	90,5G
7 dgl. Pf 2	100,25G	100,25G
F 7½ Balola Pf 104	100,45G	100,45G
9 dgl. Pf 106	103,05G	103,05G
10 dgl. Pf 108	107,55G	107,55G
7 dgl. KS 132	95,7B	95,7G
8 dgl. KS 155	99,4G	99,4G
9 dgl. KS 169	102,15G	102,15G

5½ dgl Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	99,6G	99,55G
6¾ dgl. Pf 60	96,25G	96,25G
6½ dgl. Pf 74	99,2G	99,2G
6¾ dgl. Pf 76	97,3G	97,3G
Br 6½ dgl. Pf 77	94,75G	94,75G
6 dgl. Pf 42	99,95G	99,95G
8½ dgl. Pf 47	101,5G	101,5G
F 5 Fft. Hypobk. Pf 66	70G	70G
5½ dgl. Pf 53	76G	76G
6 dgl. Pf 79	76,5G	76,5G
8 dgl. Pf 130	92,5	92,5
6½ dgl. Pf 133	86,5G	86,5G

M 6 Südboden Pf 41	90G	90G
5½ dgl. Pf 57	76,5G	76,5G
6½ dgl. Pf 143	94,5G	94,5G
7 dgl. Pf 87	95G	95G
7½ dgl. Pf 104	96,25G	96,25G
7 dgl. KS 49	93G	93G
7½ dgl. KS 81	100,25bG	100,25bG
8 dgl KS 133	99TG	99TG
8½ dgl. KS 132	100,75G	100,75G
9 dgl. KS 185	103G	103G
9½ dgl. KS 171	104G	104G

Industrieanleihen

5¾ HEW 62	97,5G	97,5G
7½ dgl. 71	99,75G	99,75G
4½ Harpen 59	1960G	1960G
6 Hoesch 64	99,75T	99,75T
7½ dgl. 71	99,8G	99,8G
7¼ Karstadt 71	99,85	99,85G
7½ Kaufhof 71	99,75	99,85T
7¾ dgl. 71	99,8G	99,8G
7½ dgl. 76	99,4	99,5
7½ Klöckner W. 71	99,25T	99,25T
8 dgl. 72	99,7	99,8T

Anmerkungen:
- Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien in DM

F Elf Aquitaine	66	67
F Emhart	81G	81G
D Ericsson	108T	108T
D Esmark	170T	169T
D Exxon	116,5	116
F Farmitalia Carlo Erba	–	–
D Fiat St	6,3G	6,3
D dgl. Vz.	5,3G	5,3G
F Finsider	–	–
D Fisons	6,75T	7T
M Fluor	49	48,9
D Ford	108	108
F Fujitsu	13	13,5

F Nisshin Steel	1,85	2T
F Nissho - Iwai	2,7	2,7
D Nl. Industries	34	34T
F Norsk Hydro	199,5	200bG
F Hynex	184	183
H Occ. Petroleum	73	75
F Oce v. d. Grint	200G	200G
F Olivetti St	8,4	8,5
F Olivetti Vz.	6,55	6,56
F Olympus Optical	9,9	10G
H v. Ommeren	22,5	23T
F Omron Tateisi	22,5	22,5G
F Pacific Telesis	166	165

F US West	166,4	167,2
M Vaal Reefs Expl	270,5	280
D Viml-Stork	103	103
D Volvo A	87G	87G
D dgl. Nom B	87G	87G
F Warner Commun.	52,9	52,7bB
F Warner Lambert	82,5G	92,5
F Wells Fargo	95	95G
M Western Deep L	114,7	120
M Western Mining	6,5	7,05bG
M Westinghouse El	59,4	59,6
F Westl.-Utrecht H	67	67
D Xerox Corp	100	102

Warenpreise – Termine

Wiederum schwächer schlossen am Freitag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Höher bzw. überwiegend höher wurden Kakao und Kaffee bewertet.

Getreide und Getreideprodukte

	20. 7.	19. 7.
Weizen Chicago (c/bush)		
Juli	338,00	338,50
Sept.	345,50	346,50
Dez.	361,00	361,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	20. 7.	19. 7.
St. Lawrence 1 CW	245,89	244,58
Amber Durum	241,35	246,14
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	133,40	133,40
Okt.	139,50	136,00
Dez.	144,00	144,00
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	125,80	126,50
Okt.	122,50	123,50
Dez.	121,00	122,80
Hafer Chicago (c/bush)	20. 7.	19. 7.
Juli	178,00	184,50
Sept.	173,75	177,00
Dez.	175,75	178,50
Mais Chicago (c/bush)		
Juli	348,00	352,75
Sept.	307,25	311,50
Dez.	286,50	290,50
Gerste Winnipeg (can. $/t)	20. 7.	19. 7.
Juli	132,00	132,00
Okt.	131,00	132,00
Dez.	132,80	133,80

Genußmittel

	20. 7.	19. 7.
Kaffee		
New York (c/lb)	20. 7.	19. 7.
Terminkontr. Juli	142,50	144,25
Sept.	142,00	140,70
Dez.	138,30	137,70
Kakao		
New York ($/t)	20. 7.	19. 7.
Terminkontr. Juli	2180	2145
Sept.	2150	2105
Dez.	2151	2103
Umsatz	3054	2071
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	4,60	4,42
Okt.	4,84	4,64
Jan.	5,35	5,12
März	5,95	5,75
Mai	6,24	6,03
Umsatz	7955	6450
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	20. 7. / 4,32	19. 7. / 4,32
Kaffee		
London (£/t) Robusta-	20. 7.	19. 7.
Kontrakt Juli	2188–2192	2195–2197
Sept.	2201–2201	2206–2210
Nov.	2218–2219	2217–2220
Umsatz	1754	2022
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1783–1765	1761–1770
Sept.	1782–1783	1755–1760
Dez.	1700–1701	1691–1691
Umsatz	3389	2840
Zucker		
London ($/t), Nr. 6		
Aug.	123,60–124,40	125,40–125,60
Okt.	129,80–130,00	131,40–131,60
Dez.	137,80–138,60	139,80
Umsatz	2068	2402
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	20. 7.	19. 7.
schw. Sarawak spez.	352,50	352,50
weißer Sarawak	595,00	605,00
weißer Muntok	602,50	612,50
Orangensaft		
New York (c/lb)	20. 7.	19. 7.
Juli	170,90	168,90
Sept.	168,00	166,75
Nov.	167,25	166,40
Jan.	166,50	166,80
März	167,65	167,40
Umsatz	2500	500

Öle, Fette, Tierprodukte

	20. 7.	19. 7.
Erdnußöl		
New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	56,00	56,00
Maisöl		
New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	27,75	28,25
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Juli	31,00	31,90
Aug.	28,63	29,70
Sept.	27,20	28,20
Okt.	25,37	26,35
Dez.	23,55	24,40
Jan.	23,60	24,25
März	23,70	34,35
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal	35,00	35,00
Schmalz		
Chicago (c/lb) loco lose	26,50	26,25
Choise white hog 4% fr. F.	19,75	19,75
Talg		
New York (c/lb) top white	21,25	21,25
fancy	21,00	21,00
blechfähig	19,25	19,25
yellow max. 10% fr. F.	16,50	16,50
Schweine		
Chicago (c/lb) Juli	54,00	55,35
Aug.	54,00	54,00
Okt.	50,50	51,00
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb) Juli	57,85	55,85
Aug.	55,75	54,50
Febr.	68,40	69,50
Rinder		
Chicago (c/lb) Ochsen einh. schwere River Northern	67,00	67,00
Kühe einh. schwere River Northern	58,00	58,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush) Juli	674,50	700,00
Aug.	668,00	690,00
Sept.	642,00	659,00
Nov.	627,00	641,00
Jan.	639,00	650,00
März	654,00	664,00
Mai	663,50	674,50
Sojaschrot		
Chicago ($/sht) Juli	165,70	168,50
Aug.	165,50	169,00
Sept.	167,50	170,50
Okt.	167,50	169,00
Dez.	171,00	172,20
Jan.	173,00	174,70
März	175,00	177,00
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	20. 7.	19. 7.
Juli	353,00	353,50
Okt.	362,00	362,50
Dez.	367,00	367,00
Kokosöl		
New York (c/lb)	20. 7.	19. 7.
Westküste fob Werk	66,50	65,50
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t)	20. 7.	20. 7.
jegl. Herk. cif	1025,00	1040,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	555,00	570,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	570,00	570,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	240,00	248,00
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1510,00	1535,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	295,00	290,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	20. 7.	19. 7.
Baumwolle		
New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
Okt.	67,90	68,65
Dez.	68,10	68,70
März	70,15	70,80
Mai	71,15	71,75
Juli	72,25	72,80
Okt.	71,80	72,20
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS –1:	46,50	46,75
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	20. 7.	19. 7.
Aug.	477–484	475–478
Okt.	491–493	490–492
Dez.	496–500	492–495
Umsatz	300	204
Wolle		
Roubaix (F/kg) Kammzüge:	20. 7.	19. 7.
Okt.	51,60	51,60
Dez.	51,40	51,40
März	53,00	53,00
Mai	53,20	53,20
Umsatz	0	1
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	20. 7.	19. 7.
Juli	546,0–554,0	555,0–557,0
Okt.	569,5–571,0	574,0–575,0
Dez.	573,0–575,0	585,5–586,0
Umsatz	43	31
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	20. 7.	19. 7.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	20. 7.	19. 7.
Juli	13 415	13 415
Aug.	13 416	13 410
Kautschuk		
London (p/kg)	20. 7.	19. 7.
Nr. 1 RSS loco	72,25–73,25	70,00–72,00
Aug.	68,00–71,00	70,50–72,00
Sept.	68,00–71,00	70,50–72,00
Okt.	68,50	70,50–72,00
Tendenz: ruhig		
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)	20. 7.	19. 7.
Aug.	207,25–208,00	208,00–209,00
Sept.	212,50–213,50	214,00–215,00
Nr. 2 RSS Aug.	201,00–202,00	202,00–203,00
Nr. 3 RSS Aug.	197,50–198,50	198,50–199,50
Nr. 4 RSS Aug	190,50–191,50	191,50–192,50
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	20. 7.	19. 7.
BWC	590,00	590,00
BWD	515,00	515,00
BTC	590,00	590,00
BTD	515,00	515,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (-); BTC – (-); BTD – (-).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	23. 7.	20. 7.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	141,55–141,74	143,07–143,45
drittfolg. Monat	139,85–140,03	140,42–140,80
Zink: Basis London		
laufend. Monat	253,70–253,89	253,97–254,35
drittfolg. Monat	252,37–252,56	251,32–251,51
Produz.-Preis	284,58	283,05
Reinzinn 99,9%	3892–3931	3909–3948

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	23. 7.	20. 7.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	395,62–397,52	392,69–394,58
Blei in Kabeln	149,25–150,25	151,00–153,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	23. 7.	20. 7.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	385–388	383–386
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	430–433	428–431
MS 63	417–421	415–420

Zinn-Preis Penang

	23. 7.	20. 7.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	23. 7.	20. 7.
Leg. 225	413–430	413–430
Leg. 226	415–432	415–432
Leg. 231	445–452	445–452
Leg. 233	455–472	455–472

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	23. 7.	20. 7.
Platin (DM je g)	33,30	34,253
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	31 400	32 750
Rücknahmepr.	30 650	32 000
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	31 510	32 450
Rücknahmepr.	30 810	31 640
verarbeitet	33 160	34 040
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	31 060	31 930
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	681,70	696,30
Rücknahmepr.	661,50	675,70
verarbeitet	711,60	726,90

Internationale Edelmetalle

	23. 7.	20. 7.
Gold (US-$/Feinunze)		
London 10.30	335,25	346,50
15.00	335,00	342,00
Zürich mittags	335,25–335,00	344,50–345,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	96 350	97 900
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	554,35	558,15
3 Monate	560,65	574,00
6 Monate	576,35	591,15
12 Monate	608,00	622,15
Platin (£-Feinunze)		
London	20. 7.	19. 7.
fr. Markt	254,55	260,00
Palladium (£-Feinunze)		
London f. Händlerpr.	103,10	106,20

New Yorker Preise	20. 7.	19. 7.
Gold H & H Ankauf	342,00	350,30
Silber H & H Ankauf	728,00	762,50
Platin fr. Händlerpr	340,00–344,00	342,00–345,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	137,50–138,50	140,50–141,50
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Juli	734,50	744,70
Aug.	734,80	747,50
Sept.	740,00	753,00
Dez.	762,00	772,00
Jan.	772,50	786,70
März	792,00	804,00
Mai	805,30	820,70
Umsatz	31 000	30 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	20. 7.	19. 7.
Juli	59,15	59,80
Aug.	59,70	60,35
Sept.	61,60	62,10
Dez.	62,15	62,75
Jan.	63,25	63,50
März	64,55	65,20
Mai	65,80	66,50
Umsatz	7000	6500

Londoner Metallbörse

	23. 7.	20. 7.
Aluminium (£/t) Kasse	875,00–875,50	882,50–883,50
3 Monate	899,50–900,50	906,00–907,00
Blei (£/t) Kasse	373,00–373,50	375,00–381,00
3 Monate	368,50–369,00	372,50–373,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1030,0–1030,5	1025,0–1025,5
3 Monate	1045,0–1045,5	1041,5–1042,5
abends Kasse	-	1031,0–1031,5
3 Monate	-	1045,0–1045,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1035,0–1036,0	1035,0–1040,0
3 Monate	1047,0–1049,0	1050,0–1052,0
Zink (£/t) Kasse	668,50–669,00	664,00–665,00
3 Monate	665,00–665,50	661,00–662,00
Zinn (£/t) Kasse	9370–9380	9360–9385
3 Monate	9325–9327	9320–9325
Quecksilber $/Fl	-	295–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	-	77–79

Sei getreu bis an den Tod

Unser geliebter Vater, Schwiegervater, Großvater und Urgroßvater, der Senior der Familie ist aus einem erfüllten Leben abgerufen worden.

Wolfgang Pickert

3. Februar 1897 bis 19. Juli 1984

General der Flakartillerie a. D.
Inhaber des Ritterkreuzes des Eisernen Kreuzes mit Eichenlaub und anderer hoher Kriegsauszeichnungen

Sein Herz schlug für seine große Familie und für Deutschland.

Werner und Hannelore Pickert
mit Heike und Elke
und den Urenkeln Gesa und Mela
Helmut und Heidewig Pickert
mit Sabine, Renate, Wolfgang, Dieter, Martin und Johannes
Günther und Barbara Schweigkofler
mit Jörg, Uwe und Karsten

Weinheim, im Juli 1984
Rote Turmstraße 14

Die Trauerfeier findet am Dienstag, dem 24. Juli 1984, um 14 Uhr in der Friedhofskapelle in Weinheim-Lützelsachsen statt.



Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43-44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

HSV behält Werbepartner

Hamburg (dpa) – Der Fußball-Bundesligaklub Hamburger SV hat den Vertrag mit seinem Werbepartner, dem Mineralölkonzern BP, um drei Jahre bis 1987 verlängert. Der HSV erhält für die Werbung in dieser Zeit rund 2,2 Millionen Mark.

Foul von Beckenbauer

New York (sid) – Der fünfmalige amerikanische Fußball-Meister Cosmos New York unterlag in East Rutherford *vor 37 500 Zuschauern gegen* eine Weltauswahl mit 1:3. Das Tor für die New Yorker erzielte Johann Neskens durch Foulelfmeter, den der frühere Cosmos-Spieler Franz Beckenbauer verschuldet hatte.

Allofs schoß sieben Tore

Wirbelau (sid) – In einem Freundschaftsspiel siegte Fußball-Bundesligaklub 1. FC Köln beim hessischen Amateurverein TuS Wirbelau mit 15:2. Klaus Allofs, der neue Kapitän, schoß sieben Tore.

Titel für Koch und Stamm

Gütersloh (GAB) – Neue Nationale Deutsche Meister der Amateur-Golfspieler wurden in Gütersloh Martina Koch (Hannover) und Andreas Stamm (Braunschweig). Sie gewannen die Endspiele mit 5+4 gegen Elizabeth Peter (Regensburg) beziehungsweise mit 3+2 gegen Ralf Thielemann (Hubbelrath).

ZAHLEN

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: SC Freiburg – Mühlhausen 3:2, Schmallenberg/Fredeburg – Schalke 2:4, Aarau – Dortmund 2:5. – **Intertoto-Runde**, vierter Spieltag: Gruppe 1: Mönchengladbach – Bohemians Prag in Haßfurt 0:2 (0:1).

GOLF

113. Offene Meisterschaft von Großbritannien in St. Andrews: 1. Ballesteros (Spanien) 276 Schläge (69+68+70+69), 2. Langer (Deutschland) 278 (71+68+68+71) und Watson 278 (71+68+66+73), 4. Couples 281 (70+69+74+68) und Wadkins (alle USA) 281 (70+69+63+69).

TENNIS

Federationcup, Damen, Finale in Sao Paulo: CSSR – Australien 2:1 (Sukova – Minter 5:7, 5:7, Mandlikova – Sayers 6:1, 6:0, Sukova/Mandlikova – Sayers/Turnbull 6:2, 6:2.

MOTOR

Großer Preis der Formel 1 von England in Brands Hatch: 1. Lauda (Österreich) McLaren-Porsche 1:29,28 Std., 2. Warwick (England) Renault 42,123 Sek. zur., 3. Senna (Brasilien) Toleman-Hart 1:03,328 Min., 4. de Angelis Lotus-Renault, 5. Alboreto (beide Italien) Ferrari, 6. Arnoux (Frankreich) Ferrari, 7. Piquet (Brasilien) Brabham-BMW alle eine Rd. zur., 8. Tambay (Frankreich) Renault, 9. Ghinzani (Italien) Osella-Alfa zwei Rd. zur., 10. de Cesaris (Frankreich) Ligier-Renault, 11. Bellof (Deutschland) Tyrrell-Ford drei Rd. zur. – Gesamtstand nach zehn von 16 Läufen: 1. Prost (Frankreich) McLaren-Porsche 34,5 Punkte, 2. Lauda 33, 3. de Angelis 26,5, 4. Arnoux 23,5, 5. Rosberg (Finnland) Williams-Honda 20.

GALOPP

Rennen in Düsseldorf. Großer Preis von Berlin (Europa-Gruppe I, 150 000 Mark, 88 000 Mark dem Sieger, 2400 m), 1. Gestüt Fahrhofs Abary (G. Bocskai), 2. Al Talaq (16), 3. Alex (156), 4. Junior-Lombard (124), 5. Cynthia (144), 6. As Sakab (212), 7. Tombos (120). – Richterspruch: Sicher kurzer Kopf – Weile – 3 1/2 – Weile. – Zeit: 2:28,76 Min. – Toto: Sieg 28, Pl. 11, 12, 16, ZW: 40, DW: 244.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 2, 2, 0, 1, 0, 2, 1, 0, 2, 0, 1. – **Auswahlwette „6 aus 45"**: 8, 10, 19, 21, 22, 34, Zusatzspiel: 5. (Ohne Gewähr).

Schläger gestohlen, dennoch wurde Langer Zweiter

Bernhard Langers Ehrgeiz bleibt weiter ungestillt: Der Golf-Profi aus Anhausen bei Augsburg, der 1976 im Alter von knapp 19 Jahren auszog, um die Golf-Welt zu erobern und so nahe daran war, muß auch nach der 113. Offenen Meisterschaft von Großbritannien weiter auf seinen ersten „Major"-Titel warten. Trotz des hervorragenden zweiten Platzes (278 Schläge) von St. Andrews zeigte sich Bernhard Langer mit dem Erreichten doch nicht ganz zufrieden: „Natürlich ist es schön, Zweiter geworden zu sein. Doch ist es etwas anderes, wenn man so ein Major-Turnier gewinnt. Da zahlt sich nur der Titel und nicht der zweite oder dritte Platz aus."

Dabei haderte Langer vor allem mit sich selbst: „Ich hatte durchaus die Chancen, zwei oder drei Schläge besser zu sein und hätte das Turnier gewinnen können, wenn alles optimal gelaufen wäre. Bei den Bogeys am dritten und fünften Loch hatte ich das Pech, daß ich im Bunker bzw. im tiefen Gras lag und deshalb einen Schlag einbüßte." Nach der Schlußrunde übte er Selbstkritik: „Teilweise habe ich auch die Grüns beim Putten falsch gelesen und die Geschwindigkeit des Balles falsch eingeschätzt." Ballesteros habe allerdings den Sieg verdient.

„Zunächst behinderte mich meine Krankheit und dann hatte man mir auch noch mein Eisen 2 gestohlen." Dieser Schläger für weite, gerade Schläge zählte zu den wichtigsten

STAND ● PUNKT

Werkzeugen des Bayern. Die Nasenhöhlen-Entzündung aber merkte er dank einer Tablettenkur während des Turniers ebenso wenig wie seine bei den Nationalen Titelkämpfen in Hamburg erlittene Rückenzerrung.

Der Lohn für Streß und Druck: mit umgerechnet rund 270 000 Mark Gewinnsumme ist Langer wieder Spitzenreiter der europäischen Geld-Rangliste. „Mein Ziel bleibt es, wie 1981 die Nummer eins zu werden. Das wäre schon großartig, weil ich dann auch zu allen wichtigen Turnieren eingeladen werde." Vielleicht schafft Berhard Langer den für seine Moral so wichtigen Sieg in einem Major-Turnier, wenn er seine im Frühjahr erworbene US-Spielerkarte ausnutzen und mindestens die dadurch verlangten 15 Turniere in den Staaten bestreiten kann.

Vorläufig aber führt die Reise nach Holland, Irland und York in England, ehe mit den Internationalen *Meisterschaften* von Deutschland (22. bis 26. August) in Frankfurt der nächste Höhepunkt folgt.

Vorläufig wird es aber noch so bleiben, wie es schon seit Jahren ist: Wer in Deutschland Golf sagt, meint Bernhard Langer. Der Beckenbauer des Golfsports wurde er einmal genannt. Der Ansporn für andere, es ihm gleich zu tun, ist bestimmt vorhanden. Es ist aber weit und breit niemand zu sehen, der an seine Klasse heranreicht.

PETER SUNDT



Ein Kuß für den Golfball: Bernhard Langer. FOTO: AP

Ashfords Fehler: „Ich bin schwarz und kein Mann"

MARTIN HÄGELE, **Los Angeles**

Evelyn Ashford, die schnellste Frau (10,79 Sek. über 100 m) der Welt, sagt: „Ich habe zwei Fehler, erstens bin ich schwarz und zweitens kein Mann."

Die Nachrufe für Evelyn liegen schon in der Schublade. „Sie war oft die schnellste Frau auf der Erde", so werden die Würdigungen beginnen, „aber die ganz großen Siege blieben ihr versagt."

Ihre Nachrufe werden kurz gehalten sein. Weder herzlich, noch menschlich oder persönlich. Denn die Weltklasse-Sprinterin Evelyn Ashford (27) hat nie ein besonderes Verhältnis zur Öffentlichkeit und zu den Medien besessen.

„Widerspenstig" wurde sie genannt. Das war am Anfang. Dann änderte sich ihr Image. Aus der Rebellin wurde eine kleine Emanze. Man lächelte eher, als daß man sich über Evelyns Gerechtigkeitsgefühl aufregte. Ob der Streit und der damit verbundene Imageverlust aus prinzipiellen Gesichtspunkten vom Zaun gebrochen wurde oder ob es einfach nur um Geld ging, das läßt sich heute nicht mehr feststellen.

Sozial einordnen läßt sich die Sprinterin anhand einiger ständig wiederkehrender Zitate: „Ich habe zwei Fehler, erstens bin ich schwarz und zweitens eine Frau." So offen redet außer ihr kein Athlet über Rassendiskriminierung im amerikanischen Sport. „Mary Decker bekommt das doppelte Startgeld wie ich, Carl Lewis das dreifache." So offen



Noch fünf Tage bis zur Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele. Heute stellt die WELT Evelyn Ashford vor, die schnellste Frau der Welt.

spricht kaum ein Sportler über Zahlen. Frau Ashford erhält in der Regel 2500 Dollar pro Start.

Al Franken sei ein Rassist, sagt Evelyn Ashford. Franken, ein Weißer, organisiert die großen Leichtathletik-Meetings in den Staaten, macht sein Geld mit den Stars und läßt die Stars dabei auch ihr Geld machen. Franken meint zu Ashfords Vorwurf: „Quatsch, die Preise regeln sich nach der Nachfrage. Sie kriegt, was der Markt hergibt. Fragen Sie Evelyn Ashford doch einmal, wieviel Werbeverträge sie besitzt." Die Antwort darauf ist einfach: einen. Nur der deutsche Sportartikelhersteller Puma hat sie an sich gebunden.

Die mangelnde Nachfrage mag den Frust der schnellen Lady eher noch gesteigert haben. Daß es soweit kam, schiebt der Mann, der die Preise macht, eher Ashfords Trainerin Pat Conolly in die Schuhe. Promotor Al Franken: „Pat, diese dumme Nuß."

Sicher spielen gekränkte Eitelkeiten ebenso wie ein Haufen gesammelter Schimpfwörter bei diesem total verfahrenen Karren eine große Rolle. Ganz falsch kann Evelyn Ashford mit ihrer Meinung freilich nicht liegen. Auch der Chef-Trainer der amerikanischen Damen-Leichtathletikmannschaft, Brooks Johnson, hat öffentlich festgestellt, „daß weiße Leichtathleten mehr Geld machen als schwarze, und Männer mehr verdienen als Frauen." Evelyn Ashford fährt eben dritter Klasse. Um aus diesem Dilemma herauszukommen, muß Krach geschlagen werden, häufig sogar, meint Pat Conolly.

Die „Los Angeles Times", die von der berühmtesten Sportlerin der Stadt seit Monaten kein Interview mehr erhielt, „weil Evelyn offenbar 25 Stunden am Tag braucht, um sich auf ihre sportlichen Aufgaben zu konzentrieren", hat Conollys Funktion in sieben Jobs unterteilt: Trainerin, Masseur, Werbedirektor, Freund, Mutter, Schwester, Ratgeber. „Evelyn ist von ihrer Trainerin so abhängig, daß sie auf die Aufforderung Conollys, steck dir vorm Laufen eine Pizza in die Schuhe, nur fragen würde: „Mit Paprika drauf oder mit Schinken?" Vielleicht liegen hinter jenem garstigen Spott einige Körnchen Wahrheit, weshalb die Weltrekordlerin in der Allgemeinheit nicht den Rang einnimmt, der ihr nach ihren Leistungen eigentlich gebührt.

„Nur wenn Evelyn die 100 Meter gewinnt, mit der Staffel eine zweite Goldmedaille holt, dann kann sie aufsteigen in die Kategorie von Lewis, Decker und Edwin Moses – dann ist auch sie ein Held." So umschreibt Pat Conolly Evelyns olympische Aufgaben.

Kein leichtes Geschäft. Denn Evelyn Ashford soll für die Frauen rennen und für die Farbigen und für sich. Aber wenn sie ins Ziel kommt, muß sie sich geistig abgenabelt haben von ihrer Einsagerin Conolly. Erst dann wird Evelyn Ashford als Mensch und Star für voll genommen werden.

Groß: Allergie ist abgeklungen

Die Hitze-Allergie von Weltmeister Michael Groß ist im Abklingen. Nachdem der Offenbacher mehrere Tage mit einem kühlenden Kopfverband herumgelaufen war, hat er wieder das Training aufgenommen.

Großes Interesse haben die Amerikaner an der Übungsarbeit der deutschen Mannschaft. Nicht weniger als 3000 Zuschauer verfolgten am Sonntag das zweistündige Training der Schwimmer. Der Stadionsprecher übte sich derweil in korrekter Aussprache der deutschen Namen.

Im olympischen Dorf haben die Schwimmer die Zimmer der Ruderer *bezogen, weil sie der Lärm aus der* Zentralküche belästigte.

Nur noch ein Pflaster am Kopf: Michael Groß. FOTO: AP

Südkorea gab Garantien

Das Organisationskomitee der Olympischen Sommerspiele 1988 in Seoul hat in seinem ersten offiziellen Bericht vor dem Exekutiv-Komitee des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) weitgehende Garantien für die ungestörte Abhaltung der Spiele in vier Jahren gegeben. Dies gab Monique Berlioux, Direktorin des IOC, in Los Angeles bekannt.

In ihrem Bericht hatten die Südkoreaner versichert, sie wollten die olympischen Regeln strikt einhalten. Außerdem garantierte das Organisationskomitee von Seoul allen Nationalen Olympischen Komitees (NOK), die vom IOC anerkannt werden, eine ungestörte Teilnahme.

Hintergrund für die Erklärungen vor dem Exekutiv-Komitee sind Befürchtungen, die Sowjetunion werde nach dem Boykott der Spiele in Los Angeles auch 1988 dem Treffen der Sportler in der südkoreanischen Hauptstadt fernbleiben. Nach sicheren Informationen haben die Sowjets ihrem kommunistischem Verbündeten Nordkorea versprochen, dessen Haltung zu den Spielen im Süden des geteilten Landes zu unterstützen. Zu Südkorea unterhält die UdSSR keine diplomatischen Beziehungen.

Ob die Garantien der Südkoreaner allerdings die Haltung der Sowjets beeinflussen können, ist zweifelhaft. Auch das Oranisationskomitee von Los Angeles hatte die Einhaltung der olympischen Regeln garantiert.

NIKI LAUDA

„Ich weiß von keiner Stallorder"

dpa/DW., **Brands Hatch**

Fast sieben Jahre ist es her, daß die österreichischen Motorsport-Fans Weltmeister Niki Lauda zum Held erhoben. Seit dem Sieg des 35 Jahre alten Grand-Prix-Piloten beim 10. Lauf *zur Formel-1-Weltmeisterschaft* im englischen Brands Hatch hegt nun Lauda Hoffnungen, zum dritten Mal nach 1975 und 1977 Weltmeister zu werden.

„Jetzt bin ich Prost auf den Fersen", freute sich Lauda, der nach seinem dritten Saisonsieg mit 33 Punkten bis auf 1,5 Punkte an seinen McLaren-Stallgefährten Alain Prost aus Frankreich herangekommen ist. Sechs Läufe stehen noch aus, das nächste Rennen ist am 5. August der Große Preis von Deutschland auf dem Hockenheimring.

In der Punktewertung der Formel 1 hat Lauda, der in Brands Hatch schon den dritten Sieg (1976/1982) feierte, in der ewigen Bestenliste den führenden Schotten Jackie Stewart überholt. Trotz souveräner und fehlerloser Fahrweise und dem klaren Vorsprung von über 40 Sekunden vor dem Engländer Derek Warwick (Renault) blieb Lauda nach der Siegerehrung vor 162 000 Zuschauern gelassen und fair: „Prost hätte ich wohl kaum geschlagen. Er hatte schon einen Riesenvorsprung, weil ich zu lange gebraucht habe, um an Piquet vorbeizukommen. Sieht man von den letzten sechs Runden ab, war es das schwerste Rennen des Jahres."

Nur noch 1,5 Punkte liegt Lauda hinter seinem französischen Teamkollegen Alain Prost in der Weltmeisterschaftswertung zurück. Der Österreicher hatte zu Beginn der Saison befürchtet, das eine solche Konstellation möglicherweise dem McLaren-Porsche-Team den Titel kosten könne, weil man sich dann uneinig würde. Die Folge wäre, daß ein Dritter gewinnen wird. Im jetzigen Falle wäre das der brasilianische Weltmeister Nelson Piquet (Brabham-BMW). Lauda: „Ich bin kein Statistiker, aber jetzt ist die WM wieder offen. Ich weiß nichts von einer Stallorder für die nächsten Rennen. Hoffentlich bekommen Prost und ich wie bisher das gleiche Material. Hoffentlich wird nicht einer bevorzugt. Soviel ich weiß, können wir im Rennen tun, was wir wollen. Das heißt, ich muß mich nicht hinter Prost zurückhalten und Prost nicht hinter mir. Freilich liegt die letzte Entscheidung bei Ron Dennis, unserem Teammanager."

Alain Prost gab sich nach seinem Ausfall in Brands Hatch ziemlich verbittert. „Alle die Rennen, die eigentlich ich hätte gewinnen müssen, gewinnt Lauda: Südafrika, Dijon und nun auch Brands Hatch. Das ist schon eigenartig. Hinzu kommt, das Rennen stets abgebrochen werden, wenn ich mal in Führung liege und dabei Piquet bereits sicher im Griff habe. Auch das erscheint mir mitunter etwas merkwürdig."

Lauda, der den Porsche-Turbo auf allen Strecken, die noch zu fahren sind, bereits getestet hat, sagt dazu: „Jetzt geht es nur noch ums fahrerische Können und darum, wieviel Herz du hast."

LAURENT FIGNON

„Frauen gucke ich nicht an"

DW. **Paris**

Der 23jährige Franzose Laurent Fignon gewann zum zweiten Mal die Tour de France, das schwerste Radrennen der Welt. Die WELT sprach nach diesem Sieg mit Fignon.

WELT: Warum fahren Sie Radrennen?

Fignon: Um so viel Geld zu verdienen, daß ich nie mehr arbeiten muß. Wo einmal Geld ist, kommt Geld hinzu.

WELT: Ihre Landsleute Platini, der Fußballspieler, und Noah, der Tennis-Star, verdienen zehnmal soviel wie Sie. Haben Sie nicht die falsche Sportart gewählt?

Fignon: Ich muß eben mehr verdienen, als es bisher üblich ist. Dennoch habe ich mir einen Ferrari bestellen können.

WELT: Das setzt viel Arbeit voraus ...

Fignon: Deshalb werde ich mir auch keinerlei Extratouren leisten. Ich werde zum Beispiel eine Frau noch nicht einmal ansehen, geschweige denn auch nur ein kurzzeitiges Verhältnis mit einer Frau eingehen oder als Rennfahrer, so wie Hinault, gar heiraten. Radsport ist Spitze, alles andere ist Quatsch. Man kann nicht zwei Herren dienen.

WELT: Haben Sie nicht doch einen Blick riskiert, denn es gab zum ersten Mal eine Tour für Frauen.

Fignon: Also Radsport für Frauen, das ist ja nun wirklich nichts. Das taugt nichts. Es gibt doch für die Frauen weiß Gott andere Dinge, mit denen sie sich beschäftigen können. Ich meine da nicht nur die Küche.

WELT: Sie haben die Tour vor Ihrem ehemaligen Kapitän Bernard Hinault gewonnen ...

Fignon: Was gut war, denn Hinault ist ein großer Kämpfer, und so hat mein zweiter Tour-Sieg einen ganz anderen Stellenwert. Wenn ich Hinaults Kapitän gewesen wäre, wäre er besser damit gefahren. Dann hätte er keine zehn Minuten gegen mich verloren.

WELT: Seit wann kennen Sie eigentlich Hinault?

Fignon: Seit 1981. Da wollte ich mich als kleiner Amateur der französischen Nationalmannschaft bei der offenen Korsika-Rundfahrt gern mit ihm zusammen fotografieren lassen. Hinault hat das empört abgelehnt, und ich war danach ziemlich verstört.

WELT: Später sind Sie aber sogar in seinem Team gefahren.

Fignon: Das war unangenehm, denn Hinault mißtraut jedem. Wir durften beim Abendessen keinen Witz machen, nicht einmal lächeln. Dann hat er gleich gedacht, wir machen uns über ihn lustig, und das untergrabe seine Autorität.

WELT: Aber das war Ihrer Karriere nicht hinderlich?

Fignon: Sie sehen ja, daß ich keinen Hinault-Komplex davongetragen habe. Aber Hinault und ich werden nie Freunde werden, dafür sind wir vom Charakter her zu unterschiedlich. Er kann eben nichts, aber auch rein gar nichts relativieren.

WELT: Und Eddy Merckx kritisiert, Sie seien kein Champion.

Fignon: Ach Gott, Merckx. Ich *bin* Fignon, und ich bleibe Fignon.

Konfinierte Datenbank

sgw. – Auf eine öffentliche Anfrage hat das Finanzministerium in Österreich mit diesen klaren, für jedermann verständlichen Sätzen geantwortet: „Aufgrund der Sachlage sind erläßmäßige Organisationseinrichtungen der Finanzverwaltung hinsichtlich der Erfassung der Prostituierten nicht zu erwarten, da eine aktionsweise generelle Erfassung dieses Personenkreises ohne Zurverfügungstellung der Daten faktisch nicht durchführbar ist."

Genau genommen hat das Finanzministerium damit das Oberste Gericht desavouiert, welches vor Jahresfrist entdeckt hatte, daß Straßenmädchen eine nicht unerhebliche Steuerquelle darstellen könnten, wobei ihm der römische Grundsatz „Non olet" hilfreich zur Seite gestanden sein dürfte.

Gewiß hat das Finanzministerium jetzt nicht aus moralischer Entrüstung seine Ohnmacht erklärt, sondern aus einem gesetzlichen Grunde, dem Datenschutz, der auch ausdrücklich diesem freien Gewerbe zugute kommt. Natürlich hatte seinerzeit der Entscheid des Obersten Gerichtes bei dem betroffenen Personenkreis enormes Aufsehen erregt und war in den Medien eifrig diskutiert worden. Allerorten sah man brave Zuhälter mit langen Gesichtern die einschlägigen Cafés bevölkern, und es ist ein wahrer Trost, daß sie nun also weiterhin ungeschoren ihre Luxusschlitten fahren können.

Wie es aber mit den Insassinnen der Lupanarien steht, die doch leicht erfaßbar und für eine Lustlohnsteuer ergiebig wären, ist damit nicht geklärt. Anzunehmen ist wohl, daß sich die Finanzbehörde auch aus diesem delikaten Bereich zurückziehen und dafür eine ähnlich wohlformulierte Begründung finden wird, was man den konfinierten Damen, die gewiß kein leichtes Amt haben, angesichts der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz nur wünschen muß.

Autoren und ihr Lieblingsbrunnen (I): Gabriele Wohmann über Tschechows fiktiven Gartenbrunnen

Regen auf den dunklen Wasserspiegel

Immer haben die Brunnen die Phantasie der Dichter bewegt. Einige der schönsten Gedichte der Weltliteratur sind dem Thema Brunnen gewidmet. Das geheimnisvolle Spiel der Wasser, ihr Springen und Überfließen, die herrliche Kühle der Brunnennähe an heißen Sommertagen – all das faszinierte sowohl Michelangelo wie Shakespeare, sowohl Eichendorff wie Conrad Ferdinand Meyer und viele andere. In einer kleinen sommerlichen Serie der WELT werden in loser Folge Autoren von heute ihren Lieblingsbrunnen vorstellen. Den Anfang macht Gabriele Wohmann mit einem literarischen Gartenbrunnen, der auch im Regen seine volle Poesie entfaltet.

Mein Lieblingsbrunnen haust im todsicheren Versteck. Mein Lieblingsbrunnen ist ein Springbrunnen, und er plätschert in dem Garten, den Anton Pawlowitsch Tschechow für eine seiner Erzählungen erfunden hat. Daß dort aber jetzt, mit Eimer, Gartenschlauch und einer Harke, in Gummistiefeln wichtig und beschäftigt, mein eigener jüngster Bruder, so wie er gegen Ende seiner Kindheit war, aufgetaucht ist, im Laubausschnitt meiner Besichtigung, inmitten des Tschechow-Szenariums, das wundert mich ganz und gar nicht. Beim Tschechow-Lesen rückt mich



ZEICHNUNG: KERNEKAMP

jeder Satz, der eine Geschichte mit alten, verschwenderisch bewachsenen Gärten bebildert, in eine vom Phantasieren kaum zu unterscheidende Erinnerung an heimatliche Stätten.

Zum Brunnen gelangt man, wenn man vom Kiesweg, der ein Wiesenstück in zwei ungleichmäßige Hälften aufteilt, nach rechts – in die Richtung Westen, Abend mit Sonnenuntergängen – abkommt: Hier könnten jetzt Fliederbüsche verwelken. Wir sind im mittleren Gartenteil. Es regnet auf den dunklen Wasserspiegel: Regenwetter ist noch interessanter, wenn es sich im Genrebild mit Brunnen ereignet. Der Brunnen macht den Regen anschaulich. Sonniges Wetter gewinnt ebenfalls, denn mit Brunnen sieht jeder *Beleuchtungseinfall* besser aus als ohne. Schatten vom Laub des Magnolienbaums streuen schwarze Muster auf die von unten her verdunkelte Wasseroberfläche. Flugwespen zucken hin und her, dicht über dem Wasser schwebend, halten sie unvermutet eine kurze, aufgeregte Rast. Auf die Brunnenumrandung sind Unkräuter gewachsen. An diesem insektenreichen Ufer wird der Brunnen von Vögeln benutzt.

Dieser Springbrunnen gehört meinem Bruder. Sein – der damaligen Absicht nach – zukünftiger Schwager hat ihn ihm zuliebe an vielen Nachmittagen gebaut – und auch, weil dieser junge Mann, der ein Schwager werden will, Techniker und Physikstudent ist und seine Begabung beweisen möchte. Beide jungen Männerfiguren entstammen meinem Gedächtnis *und gleichzeitig* einer Tschechow-Geschichte mit Garten, Pflanzen, Pavillon und Brunnen, der eine Darsteller, der Brunnenerbauer, ehrgeizig und wie von bevorstehendem Scheitern fast zornig, der andere ein wenig melancholisch und vom üblichen Spielen irgendwelcher Altersgenossen abgesondert – zum Beispiel weil es diesen Garten gibt und diesen Brunnen, Schatten, Sonnenlichtungen, Vogelgezwitscher, Gewässergeräusche.

Es entsteht in meinem Erinnerungs- und Lektürebewußtsein keinerlei Gerangel. Die Bilder decken sich. Nach ein paar Wochen funktioniert die Wasserspringvorrichtung im Zentrum des Brunnens nicht mehr. Von einem Zimmerfenster im ersten *Stock des Hauses schaue ich in dieses* Dekor. Was ist das denn für ein Haus… Von der Gutshofterrasse führt eine Treppe in den Mittelteil des *Gartens, dorthin, wo der Garten ein* Ziergarten ist, noch ist: denn er beginnt zu verwildern. Einen Kiesweg, der ein Wiesenstück durchschneidet, betreten zwei meiner Tanten…

Veritable Tschechow-Garten-Besitzer haben den ehemaligen Rasen aufgegeben, und nun verblühen Klee und Löwenzahn im Gras beim Brunnen. Mein Bruder wird nicht zum Schwager des Brunnenerbauers, und gerade auch das Auseinanderlaufen ihrer Lebensgeschichten macht sie als Mitspieler in einem Tschechow-Sujet geeignet, worin mein Lieblingsbrunnen eines kommenden, für den gesamten Garten verhängnisvollen Tages von einem ökonomisch denkenden, das Anwesen von Grund auf neu bewirtschaftenden Nachfolger niedergewalzt werden wird.

Aber der Brunnen überlebt: im todsicheren Versteck – und in diesem Augenblick wird er mit dem Gartenschlauch meines Bruders frisch bewässert. Mein Bruder läßt den Wasserspiegel über die Einfassung schwappen. Ich nehme an, daß er dabei ans Meer denkt und SEEGANG spielt. Zum Obstgarten hin wird die Landschaftspartie mit dem Brunnen von alten, hochgewachsenen Bäumen begrenzt. Von der Seite her wachsen die Schattenflecken der Äste einer Weymuthskiefer über meinen Bruder, den Brunnen, die Erfrischungspause einer Amsel.

Mein Bruder will nun Laub abschöpfen, das auf die Wasseroberfläche geweht wurde – es hat in den Morgenstunden, ehe dieser Gedächtnistag anfing, ein richtiges Tschechow-Unwetter gegeben; alle beteiligten Personen, die Bewohner des großen alten Hauses und ihre Gäste, haben tagelang auf diese nächtlichen Blitz- und Donnerspektakel und besonders auf die Regenschauer gewartet, und viel haben sie vorher, an Gartentischen und müßiggängerisch auf dem Wiesenstück beim Brunnen, über Gewitter und Erlösung von der *Hitze gesprochen, immer so*, als würden sie noch etwas anderes meinen.

Mein Bruder will jetzt nach den Überlebenden *unter seinen Fischen* forschen. Als guter Tschechow-Held macht ihn der Umgang mit dem Tod von Tieren nicht übermäßig gefühlvoll, aber er beschäftigt ihn gründlich. Mir wird er etwas Sarkastisches über tote Fische erzählen, falls ich zu ihm hinunter käme und sentimental und erschrocken wäre. Ich bleibe lieber noch in einer Distanz. Ich muß zuerst zu Eis geworden sein, damit ich, nach der Tschechow-Methode, zum Beispiel auch über das Gärtnerpech meines Bruders mit den Seerosen reden kann.



Sein Gartenbrunnen steht für viele: Der russische Dichter Anton Tschechow FOTO: DW

Ist das ein Robinienrausch, von dem mein Kopf glüht? So wie in diesem Sommer, so stark, haben die Robinien lang nicht mehr geblüht; sie stehen wie mit angeschmutztem, schwefelgelblichem Schnee beschüttet als obere Begrenzung zum Norden, *zum Gutshaus hin, auf der Kies*terrasse, in der Gesellschaft von Birken, russischen Birken, und sie dekken mein Elternhaus, ein Pfarrhaus, das der Nachfolger abreißen ließ, mit ihren braunen Stämmen und laubüberwucherten Ästen ab – verlorenes Terrain, aber im todsicheren Versteck, in dem mein Lieblingsbrunnen plätschert, sofern ich es will und meinen Bruder auftauchen lasse, und wenn mein Bruder mit dem Gartenschlauch Bewegung in dieses Bild aus einer Tschechow-Geschichte bringt, und wenn es wieder anfängt zu regnen, nach langer Erwartung und nun, nachdem ich wieder in einen bestimmten Garten aus dem Fundus des Anton Pawlowitsch Tschechow eingetreten bin.

GABRIELE WOHMANN

JOURNAL

FDA fordert freien Buchverkehr mit „DDR"

KUO, **Berlin**

Der Freie Deutsche Autorenverband (FDA) hat auf seinem Berliner Kongreß die Bundesregierung aufgefordert, als Gegenleistung für die Milliardenkredite einen Zeitungs-, Bücher- und Autorenaustausch auch in Richtung „DDR" zu ermöglichen. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution forderten die 100 Teilnehmer aus Ost und West, entsprechend den KSZE-Beschlüssen zu erreichen, daß künftig westliche Bücher und Presseerzeugnisse in Päckchen nach drüben erlaubt werden sollen. Ferner sollen diese Druckwerke aus der Bundesrepublik in „DDR"-Bibliotheken für jedermann zugänglich gemacht werden. Eine weitere Forderung des FDA: Westdeutsche Autoren sollen die Möglichkeit erhalten, wie dies im umgekehrten Fall bereits existiert, in Mitteldeutschland „aufzutreten, zu lesen und zu diskutieren". In einem Schreiben an die UNO haben die aus der „DDR" stammenden Autoren auf die dortigen Behinderungen aufmerksam gemacht.

Stendhal-Gesellschaft in Mainz gegründet

dpa, **Mainz**

Die Werke des französischen Romanciers Stendhal, dessen eigentlicher Name Marie Henri Beyle ist, wird die in Mainz gegründete „Deutsche Stendhal-Gesellschaft" wissenschaftlich erforschen und pflegen. Die Gesellschaft will auch auf internationaler Ebene mit anderen Organisationen zusammenarbeiten. Sie versteht sich aber nicht nur als eine wissenschaftliche Vereinigung, sondern setzt sich das Ziel, das Werk des Romanciers möglichst vielen Lesern nahezubringen.

EGH entscheidet über Preisbindung für Bücher

DW, **Bonn**

Der Europäische Gerichtshof (EGH) wird in Kürze zu entscheiden haben, ob die in Frankreich praktizierte Preisbindung für Bücher mit den Vorschriften des EWG-Vertrages über den freien Warenverkehr vereinbar ist. Ausgelöst wurde das Verfahren durch die Bemühungen einer französischen Kaufhauskette, die vom Gesetzgeber vorgeschriebene Preisbindung zu unterlaufen. Einer Entscheidung des Gerichtshofes sieht der deutsche Buchhandel gelassen entgegen. Das System der Preisbindung ermöglicht es derzeit den deutschen Verlagen, auch unbekannte Autoren zu verlegen, und gibt den Buchhändlern die Möglichkeit, ein literarisch breitgefächertes Sortiment zu führen. In dieser Titelvielfalt und dem individuellen Beratungs-, Lager- und Bestellservice des Buchhandels liegen die stärksten Argumente für die Beibehaltung der Preisbindung.

Ausstellung erinnert an Walter Meckauer

dpa, **Münster**

Leben und Werk des schlesischen Exilschriftstellers Walter Meckauer (1889–1966) werden jetzt in einer Ausstellung bis zum 31. August in der Universitätsbibliothek Münster dokumentiert. Anschließend soll die Erinnerungsschau an diesen jüdischen Dichter, Dramatiker und Übersetzer noch u. a. in Frankfurt und Stuttgart gezeigt werden. Bekannte Werke aus seiner Feder sind der Chinaroman „Die Sterne fallen herab", der schlesische Roman „Viel Wasser floß den Strom hinab" und sein autobiographischer Roman „Gassen in fremden Städten".

Antikes Gräberfeld mit rund 5000 Toten

dpa, **Krefeld**

Das größte bislang entdeckte Gräberfeld der Antike (1.–7. Jahrhundert) nördlich der Alpen in Krefeld-Gellep feiert sein 50jähriges Grabungsjubiläum. Daß die Römer und Germanen ihre Toten ohne „Friedhofsordnung" auf Gräberfeldern in der Nachbarschaft beisetzten, erschwert die systematische Freilegung und die genaue Abschätzung der Zahlen. Bisher wurden 4708 Tote entdeckt. Die Funde geben Aufschluß über die damalige Sozialstruktur. Mit ihrer Hilfe lassen sich die römischen Chroniken auf ihren Wahrheitsgehalt prüfen. Auf den Friedhof stieß man 1934 beim Ausheben eines Spargelfeldes.

„Herzstück" für Naturkundemuseum

dpa, **Münster**

Mit einer neu eingerichteten Schausammlung zum Thema Abstammungslehre hat der 1982 eröffnete Neubau des Westfälischen Museums für Naturkunde in Münster jetzt sein „Herzstück" erhalten. Die frühere Lehrschau aus dem alten Museum wurde durch einen historischen Teil erweitert, in dem die Theorien über die „Ursuppe" (Amino*säure) für alles Leben* erläutert werden und die Entwicklung von Menschenrassen und Tierarten geschildert werden.

Die elsässische Sammlung Kaufmann-Schlageter im Pariser Louvre

Noblesse, Lyrik und hohes Pathos

Auch der Louvre ist trotz *staatlicher* Ankäufe auf private Schenkungen angewiesen, um Lücken in seinen Beständen auszufüllen. Als neue Bereicherung ist jetzt die elsässische Sammlung Kaufmann-Schlageter im Pavillon de Flore zu besichtigen. Rund 50 Bilder von hoher Qualität an italienischer und französischer Kunst des 17. und 18. Jahrhunderts haben die in Deutschland geborenen Sammler seit 1945 zusammengetragen, mit vorwiegend religiösen, historischen und mythologischen Themen. Othon Kaufmann und François Schlageter, 1904 und 1905 geboren, flohen vor Hitler und ließen sich vor dem Krieg in Straßburg nieder. Seit 1945 haben sie mit Passion, Geduld und Sachkenntnis, weniger aber mit Geldeinsatz, dieses glückliche Ergebnis zustandegebracht.

Ölskizzen sind besonders zahlreich, wie Deckenentwürfe von Tiepolo, Pellegrini, Lauri oder dem Turiner Beaumont. Von Conca, Pittoni und Anton van Dyck gibt es reine Staffeleimalerei. An Themen wie „Loth und seine Töchter" (Greuze, Cavallino), „Flucht nach Ägypten" (Bourdon, Hallé) oder „Ruhe auf der Flucht" (Fragonard, Giaquinto) lassen sich motivische Vorlieben der Sammler ablesen. Monumental-barockhafte Entfaltung malerischer und *koloristischer Mittel ist der Grund dafür.*

Das Schwergewicht der Stiftung liegt mit 30 Bildern eindeutig auf der italienischen Barock- und Rokokomalerei, gegenüber 18 französischen Werken. Die venezianische Schule fand wegen ihrer Eleganz mit 12 Exponaten besondere Berücksichtigung. Sie ist durch führende Künstler wie Canaletto, Guardi und vor allem G. B. Tiepolo (1696–1770) vertreten, von dem die Sammlung gleich drei Exponate aufweist, darunter eine Ölstudie aus der ehemaligen Sammlung von Hermann Voss.

Der Name dieses großen Gelehrten, Autor des noch heute gültigen Textes über italienische Barockmalerei (1924), erscheint oft im Katalog dieser Stiftung. Voss war mit den Sammlern befreundet. Sie besaßen die Klugheit, sich von ihm beraten zu lassen. Beispielsweise für zwei Allegorien des originellen Venezianers Giulio Carponi (1613–1679), die nun einen Mangel in den Louvre-Beständen ausgleichen. Voss starb Mitte der sechziger Jahre. Dann machte sich Pierre Rosenberg um die Sammlung verdient. Er ist Chefkonservator der Abteilung Malerei des Louvre und konnte aus unmittelbarer Kenntnis der Louvre-Bestände den Sammlern in Straßburg die empfindlichsten Lücken signalisieren. Beispielsweise im Bereich der Bologneser Schule, die mit fünf wichtigen Werken in der Stiftung vertreten ist. Der Louvre verfügte bisher über kein Bild von Donato Creti (1671–1749). Dank dieser Schenkung ist er nun hervorragend durch zwei koloristisch reizvolle Ovale vertreten. Ähnliches gilt für die beiden Gandolfi und G. A. Burrini.

Im französischen Teil überwiegt mit 15 Bildern das achtzehnte Jahrhundert, das siebzehnte mit drei. Paradoxerweise liegt die religiöse Thematik vor der weltlichen: keine Boudouir-Kunst, keine Rokoko-Frivolitäten von Luxus-Niveau. Auch bei den Franzosen herrscht der große Stil vor, „Le grand Genre": Noblesse, Lyrik, Pathos im lautersten Sinn. Boucher, Fragonard, Lemoine, Le Sueur und Vouet sind mit biblischen oder historischen Szenen vertreten, die als Unica zu bezeichnen sind. Die intime, irrealistische „Flucht nach Ägypten" von Sebastien Bourdon (1616–1671) kam bereits 1962 als zentraler Beitrag in die Kollektion. Die innige und entrückte Bildpoesie dieses Werkes hat Stil und Richtung des wachsenden Ensembles mitbestimmt. Zu Recht ist es nun als Titelbild auf dem Katalogband wiedergegeben, der die Sammlung hervorragend kommentiert (bis 15. Aug.).

WOLFGANG SAURE

Bregenzer Festspiele im Übergang: Eine „Tosca" und Jodeln auf dem See

Eine Stimme füllt den Folterpalast

Die seit dem Vorjahr unter einer neuen Doppeldirektion segelnden Bregenzer Festspiele haben sich viel vorgenommen. Ab nächstem Jahr soll die heiß herbeigesehnte Opernpremieren-Kooperation endlich funktionieren: Bellinis „Puritaner" mit dem Opernhaus Zürich und, als Spiel auf dem See, „Die Zauberflöte" mit Jerôme Savary und seinem „großen, magischen", mittlerweile allerdings etwas abgetakelten „Zirkus".

Dieses Jahr gibt es nur ein sogenanntes Übergangsprogramm. Aus Sparsamkeitsgründen mußte auf die schon etliche Jahre alte Kölner „Tosca"-Produktion zurückgegriffen werden, die – gottlob mit einigen neuen musikalischen Sternen versehen – sich durchaus sehen lassen kann.

Ezio Frigerios wuchtige, kantige Bühnenbilder sind geblieben und versuchen, Macht und Ausweglosigkeit eines tödlichen Dreiecksdramas zu suggerieren. Wegen Erkrankung konnte Intendant Michael Hampe seine Bregenzer Regie-Erbschaft nicht antreten, schickte seinen Kölner Assi*stenten Willy Decker, der sich offen*bar wacker schlägt. Das Resultat ist solides Gebrauchstheater.

Nachdem „Tosca" eineinhalb Akte lang musikalisch buchstabengetreu und theatralisch eher uninteressant abgelaufen ist, wird es *dann unheimlich* spannend. Mara Zampieri setzt zu Toscas Gebet an, absolviert nicht nur mit Bravour eine schöne und große Arie, sondern stellt das Spiel ganz und gar unter das Gesetz ihres ungestümen und doch so disziplinierten Bühnentemperaments, gibt dem Theater, was des Theaters ist, Leidenschaft, Inbrunst, Kraft und Wirkung.

Ihren sonst so wilden Sopran weiß sie mit höchstem Einsatz zu bändigen, bringt ihn auf den genau richtigen Klang, gewinnt ihm die raffiniertesten Pianotöne ab. Da mag ihr Gegenüber, Ingva Wixell als Scarpia, äußerlich noch so unscheinbar, bieder und ungefährlich wirken (trotz großer Lautstärken), die Zampieri beherrscht die Szene raumfüllend, in diesem Fall also: den Folterpalast des Polizeichefs füllend.

Freilich: Sosehr sie auch mit Instinkt und Nachdruck in die Rolle hineinwächst, ihre Trefferquote an korrekten Tönen ist doch unterschiedlich. Vieles gelingt, etliches dann wieder nicht. Wird die Stimme abrupt in die Höhe gerissen, kann sie scharf werden, oder es verschleifen Phrasen und rutschen ab. Verismo ist eben nicht Schöngesang.

Ungemein belebt wird die Szene durch den Cavaradossi von Giacomo Argall. Dieser Künstler, hier ganz Republikaner und Patriot, ist von Stolz und ein wenig von Phlegma erfüllt. Sein geradliniger, technisch umstandslos geführter Tenor bleibt auf nobler Distanz.

Das eindrucksvollste Bregenzer Debüt gibt jedoch der spanische Dirigent Garcia Navarro. Er kann die Wiener Symphoniker dazu animieren, sich endlich einmal wie ein erstes Opernorchester zu benehmen, muß also gewissenhafteste Vorbereitungsarbeit geleistet haben. Navarro läßt Puccini nicht bombastisch dröhnen und knallen, sondern er zieht die Musik an ihren Nervenpunkten dramatisch zusammen. Während er dafür sorgt, daß im Orchester richtig „gearbeitet" wird, kann er deshalb auch noch die Sänger ordentlich führen.

Tags darauf trotz herrlichen Wetters die kalte Dusche: Carl Zellers urtirolerische Operette „Der Vogelhändler" als Spiel auf dem See. Das Spektakel, im Grunde genommen für gütige Touristenaugen her- und eingerichtet, entzieht sich eigentlich jeder Kritik, es ist eine Wald-und-Wiesenaufführung unterhalb des vertretbaren Niveaus. Nur Wald und Wiesen sind daran echt – so echt wie grünes Gras, so echt wie grüne Tannen. Das ist echter Bodensee-Naturalismus, so wertvoll wie der Vierfarbdruck einer *niedlichen Bodensee-Idylle.*

WALTER GÜRTELSCHMIED

Die Berliner Akademie der Künste zeigt „Max Taut – Zeichnungen, Bauten"

Talent unter spitzen Ziegeldächern

Wer die Ausstellung „Max Taut – Zeichnungen, Bauten" in der Akademie der Künste in Berlin durchwandert, wird Zeuge eines der großen geistigen Umbrüche in diesem Jahrhundert. Max, der vier Jahre jüngere Bruder des berühmten Bruno, war einer der Praktiker dieses Umbruchs, und an den begleitenden Kommentaren Adolf Behnes (die Ausstellung dokumentiert sie in großen Schrifttafeln) wird deutlich, wie gewollt, wie willkürlich dieser Umbruch mit allen seinen Begleitumständen war. „Unsere neue ästhetische Einstellung ist auch eine neue sittliche Einstellung", dröhnte Behne 1927 gegen die architektonische Konkurrenz an, „jetzt wird die Sache… aus ihren eigensten inneren Bedingungen heraus durchgearbeitet, ohne daß der Schaffende an irgendwelche Nebenwerte, wie die 'Wirkung', auch nur entfernt dächte." Das war, wenn auch nicht so gewollt, die ideologische Wegbereitung jener Totschlagarchitektur, mit der in der Nachkriegszeit ganze Städte in Deutschland zum zweiten Mal zertrümmert wurden.

Angefangen hatte alles mit den so*genannten „kunstgewerblichen Strö*mungen" der Jahrhundertwende, von denen Max Tauts ostpreußische Arbeiterhäuser Zeugnis geben. Schon früh regte sich unter den noch spitzen Ziegeldächern dann das konstruktivistische Talent des jungen Architekten (Volksschule und *Kinderheim* Finsterwalde) – in der Nachkriegszeit des ersten Weltkrieges gewann es sehr schnell magische Gewalt über alle seine anderen Fähigkeiten.

Gewiß, man muß ihn gegen die Schatten seiner zahllosen untalentierten Epigonen in Schutz nehmen: Viele von den Arbeiten des jüngeren Taut sind „schön" in der Gliederung, instinktsicher in den Proportionen, eigenwillig in der Wahl der Materialien, originell in der Formgebung, vor allem aber immer praktisch. Dennoch ist unverkennbar, daß hier der Grund *für die Uniformierung des Bauens*, ohne Rücksicht gerade auf die Funktionen, gelegt wurde.

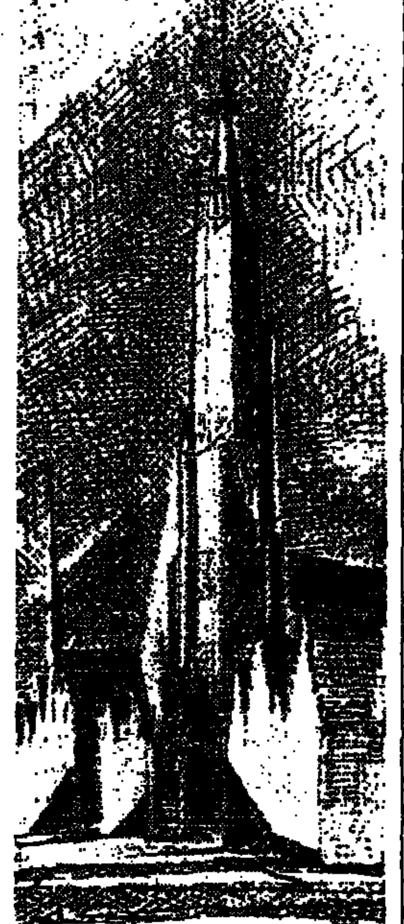
Schon Tauts „Halle des Werdandibundes" von 1913 nähert sich einem Getreidesilo an, sein schönes Verbandshaus der Deutschen Buchdrucker, Berlin, sieht wie ein Wohnhaus aus, Schulen und Kinos werden zu Fabriken. Von Anfang an wurden die neuen glatten, kargen Fassaden auch mit ziemlicher Brutalität der feinen Maßstäblichkeit älterer Bauten konfrontiert (Warenhaus der Konsumgenossenschaft Berlin 1929–32).

Die Ausstellung wird damit zu einer Dokumentation dafür, daß es weder ein Versehen noch die Folge eines gewaltigen Bedarfsdrucks war, daß unsere Städte nach dem Kriege zu Betonwüsten verkamen. Sondern es war kalte, intellektuelle, ideologisierende, „weltverbessernde" Planung, die dahinterstand. Kommentar einer jungen Frau zu ihrem Freund vor Tauts *großformatigen* Phantasiezeichnungen für einen neuen Kurfürstendamm (1946/47): „Schrecklich! So ist es ja auch geworden."

Im Grunde handelt es sich um totalitäre Entwürfe. Die Phantasiegebilde als Gegenwelt – niemals ist auch nur der Bezug zu bestehenden Bauten gezeigt – reine abstrakte Welt der Ideen ohne Menschen und ohne wirkliches Leben. Diese Welt zeichnet Taut in Landschaftsausschnitten, die gefrorren wirken und in denen es – ganz anders als etwa bei Schinkel – keine Bauwerke gibt.

Beide Welten stehen beziehungslos nebeneinander. Das erklärt auch Tauts Begeisterung für Science-fiction-Bauten. Als letztes zeichnete er wieder Burgberge („Fränkische Kleinstadt") und Dome („Der Turm"). Daneben hängen die düsteren Bilder, die eine von Beton überwucherte, zerquetschte Landschaft zeigen. Die Kraft, aus der Welt auszubrechen, die er geschaffen hatte, die Kraft zum Widerruf, er hatte sie nicht mehr. (Bis 5. August, Katalog 18 Mark.)

DANKWART GURATZSCH



Als man des neuen Bauens überdrüssig wurde: Tauts Entwurf eines Turms für Landshut von 1963 FOTO: BINDER/THIELE

Im Beckmann-Gedenkjahr: Bildbände zuhauf

Hier perlt kein Sekt

Max Beckmanns zahlreiche Selbstbildnisse einmal in einer Ausstellung vereint sehen zu können, ist ein Traum, den viele träumen. Aber der Wirklichkeit mag ihn kein Museumsmann abzutrotzen. Denn das halbe Hundert Tafeln ist auf zu viele Eigentümer zwischen Halle und St. Louis verteilt. Deshalb muß man sich mit dem imaginären Museum be*gnügen, das Hildegard Zenser im* Münchner Schirmer/Mosel Verlag mit dem Band „Max Beckmann Selbstbildnisse" (152 S., 67 Abb., *49,80 Mark*) zusammengestellt hat. Die Qual der Wahl wird sich erst einstellen, wenn auch das zweite Buch zum selben Thema, das Fritz Erpel gerade für den Ost-Berliner Henschel-Verlag verfaßt, vorliegt. Ohne Qualen ist allerdings die Münchner Edition auch nicht zu betrachten.

„Interessant ist der Farbklang, denn Beckmann gibt sich in dem von 'Die Nacht' her vertrauten kalten Grau-Grün, während er den umgebenden Raum in Gelb-Rot, Hölle assoziierend, flackern läßt," schreibt Cornelia Stabenow im Katalog der München/Berliner Beckmann-Ausstellung zu dem „Selbstbildnis mit Sektglas" von 1919. In dem Schirmer/Mosel-Band ist jedoch von dem Flackern des Raumes nichts zu sehen, geschweige denn etwas vom perlenden Sekt im Glase. Nur wenn man großzügig ist, kann man gewisse Ähnlichkeiten zwischen den Farben des Originals und der Wiedergabe nicht bestreiten.

Wer in der Kölner Beckmann-Ausstellung ein paar Schritte zur Seite und vor das „Selbstbildnis *im Hotel*" (1932) trat, mochte allerdings an seinem Farbsinn zu zweifeln beginnen. Im Buch sieht er einen Mann mit verschattetem Gesicht in einem Hell-Lila-Raum mit einem lilagetönten Mantel die Treppe heraufkommen. Im Original sind Treppenhaus und Mantel grau, das Gesicht, trotz Rükkenlichts, voll Kontrast. Wer sich auf das Risiko einläßt, dieses Buch mit den Katalogen der verschiedenen Beckmann-Ausstellungen (Bielefeld, München/Berlin, Frankfurt, Köln) zu vergleichen, wird ein wahres Farbwunder erleben, denn keine Reproduktion gleicht der anderen. Wer sich aber mit schwerem Katalog- und Buchgepäck vor die Originale wagt, dem bleibt die Erkenntnis nicht erspart, daß man die Gemälde bunt auf weiß keineswegs getrost nach Hause tragen kann. *Er wird sich eher wie bei* den Brüdern Grimm fühlen, wie „Einer, der auszog, das Gruseln zu lernen". Reproduktionen können das Original nicht ersetzen. Aber müssen die Reproduktionen so schlecht wie in dem Band „Selbstbildnisse" sein?

PETER DITTMAR

Bei Neumond wächst die Schwarze Magie

KLAUS RÜHLE, **Rom**

Die Fiat-Kapitale Turin, das italienische Detroit, scheint zugleich eine Zentrale teuflischer Umtriebe zu sein. Jedenfalls ergibt sich das aus der bitteren Anklage des Turiner Erzbischofs. Kardinal Anastasio Ballestrero wetterte vor kurzem von der Kanzel gegen die gotteslästerlichen Praktiken vieler Bürger seiner Stadt, die damit das Altarssakrament profanierten. Daß sich gerade in der Industriestadt Turin so unchristliche, blasphemische Tendenzen breitmachen, erklärt der Kardinal mit folgenden Worten: „In einer Gesellschaft, die die moralischen und geistlichen Werte zugunsten der materiellen einschränkt, unterliegt der Mensch der Gefahr, sich von Gott zu entfernen."

Die Zahl der Turiner, die sich dem Spiritismus der esoterischen Lehre und den verschiedenen Formen der Magie verschrieben haben, wird auf 40 000 geschätzt. Rund 2000 Handleser und Kartenleger beiderlei Geschlechts machen gute Geschäfte. Was den Erzbischof noch weitmehr besorgt ist die rapide Zunahme der Anhänger der schwarzen und weißen Magie, wobei man unter schwarze Magie, die Verhexung von mißliebigen Mitmenschen und unter weißer die Verteidigung gegen den bösen Blick sowie die Erfüllung dringlicher Wünsche privater oder beruflicher Art versteht.

Zauberei ist teuer

Für beide Kategorien der magischen Kunst gibt es Spezialisten, die sich ihre Zauberei teuer bezahlen lassen. Am schlimmsten steht es mit den sogenannten „schwarzen Messen", auf die sich die Mahnworte des Kardinals in erster Linie beziehen. Die in Turin sehr populäre „weiße Magierin" Daleh, mit bürgerlichem Namen Maria Pia Sottili, versichert, daß der Teufelskult in der letzten Woche vor dem Neumond ständig wächst. Die „schwarzen Messen" mit ihrem schamlosen gotteslästerlichen und oft verbrecherischen Ritus würden in einer Vielzahl von Privathäusern zelebriert.

Im Mittelpunkt dieser Messen steht die Opferzeremonie, für die junge Mädchen, möglichst Jungfrauen, und geweihte Hostien gebraucht werden. Eine ganze Reihe von Prostituierten sind in letzter Zeit spurlos verschwunden. Möglicherweise wurden sie für die „schwarzen Messen" verwendet, auch wenn es sich nicht gerade um Jungfrauen handelte. Auch der ungeklärte Tod des 18jährigen Fotomodells Emanuela Origa vor fünf Jahren wird mit diesen Orgien in Zusammenhang gebracht.

Gotteslästerliche Riten

Was die benötigten Hostien betrifft, beschuldigt der langjährige Exorzist Pater Ugo Rocco eine Anzahl von Gläubigen, diese während der Heiligen Kommunion eingesteckt zu haben, um das geweihte Altarsbrot dann für die gotteslästerlichen Riten der schwarzen Messen zu verwenden. Zu diesem Zweck würden ferner Monstranzen, Weihrauchbehälter, Kandelaber und Priestergewänder entwendet.

Im Zusammenhang mit der schwarzen Magie stehen vermutlich manche Grabschändungen auf Turiner Friedhöfen, wo Knochenreste und Erdpartikel gestohlen werden, wohl zu dem Zweck, sie für Hexereien und blasphemische Riten zu verwenden. Als „schwarzer Bischof" von Turin gilt der Maler Lorenzo Alessandrini, (57), der in einem mittelalterlichen Kastell haust. Er ist umgeben von seinen surrealistischen satanischen Bildern und Plastiken. Natürlich leugnet er alle Verdächtigungen ab, doch gilt er im Volksmund als Magier mit übernatürlichen Kräften, der mit dem Herrn der Unterwelt im Bunde ist.

„Bubi" Scholz, das Berliner Boxidol, verhaftet / Er soll gestern früh seine Frau Helga erschossen haben / Beide galten als „ideales Ehepaar"

Spielte Alkohol die tödliche Rolle?

AP, **Berlin**

„Bubi" Scholz, einer der erfolgreichsten und populärsten deutschen Boxer, steht unter dem dringenden Tatverdacht, seine Ehefrau Helga getötet zu haben. Der 54jährige wurde gestern vormittag festgenommen. Seine Ehefrau sei – so die Polizei – mit einer tödlichen Schußverletzung am Kopf gegen 07.00 Uhr früh aufgefunden worden. Die Leiche lag im verschlossenen Badezimmer der gemeinsamen Wohnung des Ehepaares im Bezirk Charlottenburg. Eine Mitmieterin des Hauses hatte die Feuerwehr alarmiert. In der Wohnung wurde ein Schußwaffe gefunden. Es ist jedoch noch nicht sicher, ob es sich dabei auch die Tatwaffe handelt.

„Bubi" und Helga Scholz, die seit 1955 verheiratet waren, galten in der Öffentlichkeit als „ideales Ehepaar". Scholz, der sich auch als Geschäftsmann einen Namen gemacht hat und in Deutschland zu den Sportleridolen schlechthin gehörte, konnte bisher nicht vernommen werden. Nach Angaben eines Polizeisprechers stand er gestern noch allzu sehr unter Alkoholeinfluß.

Ende seines Wegs „aus dem Nichts"?

F. DIEDERICHS, **Berlin**

„Eine Romanze mit Happy-End", jubelte am 11. November 1955 eine Berliner Lokalzeitung, als der damals 25jährige Gustav „Bubi" Scholz, Sohn eines Feinmechanikers, die schwarzgelockte 20jährige Jugendliebe Helga zum Standesamt geführt hatte. Das Nachkriegs-Berlin hatte seine Traumhochzeit, eine der größten deutschen Box-Hoffnungen war unter der Haube. Am Würstchenstand des ehemaligen deutschen Meisterboxers Heinz Seidler waren die ersten zarten Bande zwischen dem Sportidol und der Schülerin geknüpft worden, so daß schon kurze Zeit später die Klatschkolumnisten frohlokken durften: „Bubis Herz - ausgeknockt."

Gegen K.O.-Schläge aller Art hatte sich der junge Mann bis zu diesem Zeitpunkt tapfer behaupten können. Nach dem Krieg lernte Bubi Scholz zunächst Koch, bis ihm eines Tages ein Freund zwei alte Boxhandschuhe schenkte. Der 16jährige malträtierte zwei Jahre lang nach Feierabend Sandsack und Punching-Ball, bis er sich im Sommer 1948 so stark fühlte, ohne jemals einen Amateurkampf bestritten zu haben, im Profi-Boxgeschäft zu starten. Nach vier Runden lag dann am 8. Oktober 1948 der Berliner Lokalmatador Eichler atemlos und schwer getroffen im Ringstaub – der Rechtsausleger Scholz hatte seine große Schlagkraft zum ersten Mal ausgespielt.

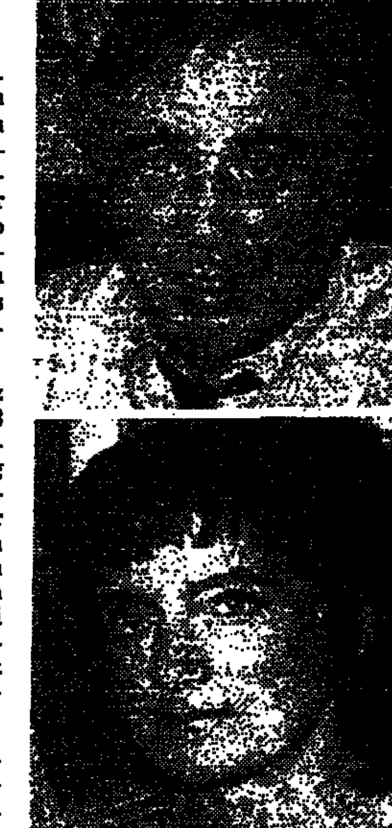
Während Frau Helga an Berlins erster Adresse, dem Kurfürstendamm, ein Kosmetikgeschäft betreute, schlug sich der Leichtgewichtler, systematisch aufgebaut von Manager und Mäzen Fritz Gretzschel und Trainer Ladislaw Taubeneck, weiter nach oben – ein Aufstieg, den er, von schriftstellerischen Ambitionen getrieben, 1980 im selbstverfaßten Werk „Der Weg aus dem Nichts" nachvollzog.

Nach der Hochzeit mußte er zunächst zwei Jahre pausieren, da ihn eine schwere Lugentuberkulose außer Gefecht gesetzt hatte. Im Sommer 1957 kehrte „Bubi" dann ausgeheilt in den Ring zurück. Seine erste Tat: Er schlug den Kölner Peter Müller in der dritten Runde zu Boden und führte fortan den Titel eines „Deutschen Meisters im Mittelgewicht". 1958 gewann er im Berliner Olympiastadion die Europameisterschaft gegen den Franzosen Charles Humes, der ihm zuvor die einzige Punktniederlage in 92 Profikämpfen beigebracht hatte.

Nach dem erfolgreichen Max Schmeling und dem unglücklichen Adolf Heuser erhielt er dann am 23. Juli 1962 im Berliner Olympiastadion als dritter Deutscher die Chance zu einem Weltmeisterschaftskampf. Obwohl Scholz den farbigen Amerikaner Harold Johnson bereits in der ersten Runde in den Ringstaub schickte, war dieser ihm nach 15 harten Runden doch überlegen. „Kein Mut zum Angriff", mäkelte damals die enttäuschte deutsche Sportpresse.

Zwei Jahre später trat Bubi Scholz vom Wettkampfsport zurück – mit 88 von 96 gewonnen Kämpfen. Die Cleverness, die dem Berliner im Boxring nachhalte, bewies er auch im Geschäftsleben: Erfolgreicher Manager einer Werbefirma mit Villa im noblen Grunewald und Filmschauspieler in Streifen wie „Mariana" und „Gehn Sie nicht allein nach Haus". Im Mai dieses Jahres erwog er sogar, als Veranstalter wieder ins Box-Geschäft einzusteigen, um junge Berliner Boxer „nach oben zu bringen".

Diese Pläne sind jäh gestoppt worden. Das Box-Idol des Nachkriegs-Berlin, gern gesehner Gast auf vielen Partys der Berliner Prominenz, sitzt seit gestern früh in der Untersuchungshaft. Ende des „Wegs aus dem Nichts?"



Sie waren 29 Jahre verheiratet: „Bubi" Scholz und Frau Helga. FOTOS: DPA

Peu à peu setzt Pierre Cardin seine Träume durch

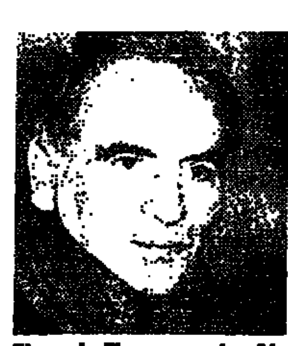
Von CONSTANCE KNITTER

Er ist ein Mann, der fast jede Minute eine neue Idee im Kopf hat. Was er anfaßt, signiert er mit seinem Namen. Kaum hat er die letzten Entwürfe seiner neuen Haute-Couture-Kollektion fertig, reist er nach Japan, China oder New York. Zwischen einem Blick auf die Madison Avenue, wo eine originalgetreue Kopie des Pariser Luxusrestaurants „Maxim's" im Entstehen ist, der Verhandlung über die Eröffnung eines „Maxim's"-Hotels mit 250 Suiten in Palm Springs (USA) oder dem Kauf neuer Boutiquen denkt er schon wieder an die Lancierung eines neuen Champagners mit der Bezeichnung „Champagne Maxim's".

Die Rede ist von Pierre Cardin, Pariser Modezar. Cardin. „Maxim's". Das sind zwei Namen, die für Qualität und Luxus bürgen. Unter dem ersten werden ständig neue Ideen auf den Markt gebracht. Der zweite steht für Tradition und französische Eß- und Trinkkultur. Jetzt will der rastlose Businessman Cardin, der die Haute Couture erfolgreich mit der Haute Cuisine verkuppelte, den Deutschen seinen „Champagne Maxim's" schmackhaft machen. Ab Mitte September wird der deutsche Champagner-Liebhaber die neue Marke mit dem berühmten „Maxim's"-Label für etwa 35 Mark die Flasche in allen besseren Regalen finden.

Fünf Millionen Flaschen Champagner leerten die Deutschen im vergangenen Jahr. Im ersten Quartal dieses Jahres stieg der Konsum des prickelnden französischen Getränks um 25 Prozent. Man rechnet, daß der Champagner-Umsatz in den nächsten zehn Jahren jährlich um 10 Prozent wachsen wird. „Wir wollen mit dem ‚Maxim's'-Champagner die junge Generation ansprechen", sagte Claus Becker, Geschäftsführer der „Intervinum GmbH" aus München und Repräsentant für „Champagne Maxim's", zur WELT. „Die Welle billiger Getränke ist passé. Heute will auch die Jugend, selbst in Jeans, genießen. Ein Champagner muß nicht teuer, dennoch aber hervorragend sein. Dafür bürgen Monsieur Pierre Cardin und 'Maxim's'. Diese Namen sind Synonyme für ein Leben mit Stil, aber ohne Protz."

Von Protz kann im Leben des Couturiers und Gastronoms Cardin wirklich nicht die Rede sein. Der 62jährige Selfmademan trinkt nicht und raucht nicht. Wenn sich der Herr über ein Imperium von mittlerweile weltweit 160 000 Personen in Paris aufhält, fährt er am liebsten mit der Metro oder geht zu Fuß. Dann geschieht es zuweilen, daß er sich in der Avenue Gabriel zwischen dem Elysée-Palast und dem „L'Espace Pierre Cardin", seinem Theater, auf eine Bank setzt und träumt. Der ehemalige Schneiderlehrling und Sohn italienischer Weinbauern, die der Hunger 1924 ins Exil nach Grenoble trieb, ist ein Träumer. Einer, der seine Träume freilich



Eher ein Einsamer, der Alleingänge liebt: Pierre Cardin

nach und nach in die Wirklichkeit umsetzte.

Eigentlich wäre Pietro Cardini, so sein ursprünglicher Name, gerne Tänzer oder Schauspieler geworden. Doch die wirtschaftlichen Verhältnisse zwangen ihn, bei einem Herrenschneider in St. Etienne eine Lehre zu beginnen. Später wurde er Zuschneider in einem Couture-Haus in Vichy. Nach dem Krieg hatte der junge Cardin nur eine Idee im Kopf: nach Paris gehen und Theaterkostüme nähen. Schließlich hatte ihm eine alte Hellseherin in einem Café in Vichy eine große Zukunft vorausgesagt: „Sie werden unglaublich reich. Ihr Name wird auf allen fünf Kontinenten ein Begriff sein."

Tatsächlich ging es in Paris mit der Karriere steil bergauf. Nach Zwischenstationen bei Schiaparelli und Dior, Kostümentwürfen für Filme von Jean Cocteau, gründete der „Träumer" mit 30 Jahren und sämtlichen Ersparnissen sein eigenes Modehaus und präsentierte 1952 seine erste Haute-Couture-Kollektion. Die Modewelt schwärmte von seiner raffinierten Schnittkunst. Seit 1959 macht Cardin auch Mode für Männer. Schließlich überflügelte er alle Pariser Couturiers, als er Anfang der sechziger Jahre seine Prêt-à-porter-Mode (Mode von der Stange) lancierte.

Nun galt es nur noch den Namen Pierre Cardin weltweit berühmt zu machen. Das geschah mit Parfums, Krawatten, Schals, Bettwäsche, Frotteehandtüchern, Feuerzeugen, Uhren, Brillen, Bidets, Kugelschreibern, Möbeln, ja, ganzen Badezimmern. Selbst Flugzeuge und Luxuslimousinen entwarf und stattete das Genie der Formen aus. Vor allem aber ist Cardin ein Genie des Marketing. Wie kein anderer versteht er es, seinen Namen zu vermarkten. Rund 600 Lizenzprodukte mit seinem Namenszug werden in 387 Fabriken hergestellt und 93 Ländern verkauft. Über Umsätze schweigt der Meister diskret. „Ich liebe Zahlen nicht."

Fragen und viele Worte mag er auch nicht – der Junggeselle, der lange mit Jeanne Moreau befreundet war. Er ist eher ein Einsamer, einer, der lieber im Alleingang handelt, nach außen verschlossen, zuweilen mürrisch, doch im Grunde ein Romantiker. So kaufte er vor drei Jahren das altehrwürdige Restaurant „Maxim's" in der Pariser Rue Royale, um es vor dem Vergessen zu retten. Inzwischen entstanden „Maxim's"-Boutiquen in der ganzen Welt und Filialen des Pariser Gourmet-Tempels in Peking, Brüssel, London, Rio und demnächst New York. Doch Pierre Cardin ist ein seltener Gast bei „Maxim's". Nach einem Arbeitstag sitzt er oft allein oder in Gesellschaft seiner zehn Jahre älteren Schwester Janine in seiner großen Wohnung in der Rue de l'Elysée neben dem Präsidentenpalais und verzehrt eine Scheibe Schinken, etwas Käse und ein Glas Rotwein. (SAD)

Vicky schloß ihren Sohn wieder in die Arme

Elterliches Tauziehen um den Vierjährigen beendet

dpa, **Athen**

Die griechische Sängerin Vicky Leandros konnte gestern ihren vierjährigen Sohn Leandros, den der Vater des Kindes wochenlang nicht herausgeben wollte, endlich wieder in die Arme schließen. Nach dem zweiten Richterspruch des Athener Landgerichts über das Sorgerecht für den kleinen Leandros zugunsten Vickys vom vergangenen Wochenende gab der von Vicky getrennt lebende Athener Architekt und Unternehmer, Ivan Sisiadis, seinen Widerstand auf und stimmte der vom Gericht angeordneten Übergabe des Kindes an die Mutter zu. In einem kleinen Jachthafen im Athener Vorort Kalamaki überbrachte ein Freund von Sisiadis am Montag mittag das Kind der Mutter.

Ursprünglich war die Übergabe des Kindes im Hause von Sisiadis im Athener Vorort Glyphada vereinbart gewesen. Dann aber machten die Eltern über Freunde einen anderen Ort aus, damit der kleine Leandros nicht durch die zahlreich versammelten Pressefotografen erschreckt würde.

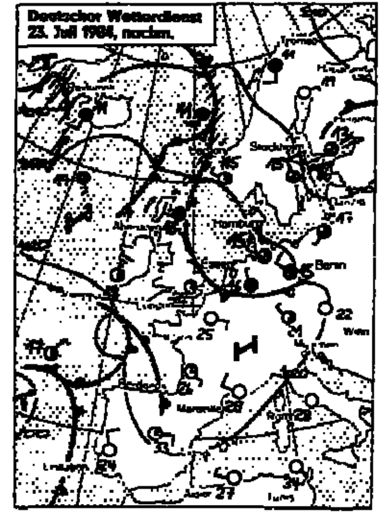
Im Hause einer Athener Freundin erholt sich die fast 34jährige Vicky zusammen mit dem kleinen Leandros von den durchlittenen Sorgen. „Jetzt fühle ich mich wieder fabelhaft", sagte sie, „aber es war wie ein Alptraum. Es war die schlimmste Zeit meines Lebens. Das liegt jetzt hinter mir." Der kleine Leandros, sagte Vicky, sei in gutem Zustand. Er habe von dem Streit der Eltern um ihn etwas gemerkt, „aber was davon geblieben ist, werden wir überwinden".

Vicky will jetzt noch ein paar Tage mit Leandros in Griechenland bleiben, sich sonnen und schwimmen und dann mit dem Kind nach Hamburg zurückkehren, wo sie sich seit der Trennung von ihrem Mann wieder niedergelassen hat. Das zweite Sorgerechtsurteil vom Ende letzter Woche hat ausdrücklich bestätigt, daß Vicky das Kind mit nach Deutschland nehmen kann.

Ob sich der 43jährige Sisiadis wegen seiner ursprünglichen Weigerung, das Kind der Mutter zu übergeben, noch vor einer Strafkammer des Athener Landgerichts wird verantworten müssen, hängt unter anderem davon ab, ob Vicky im Laufe des Vorverfahrens eine für ihn günstige Erklärung abgeben will. Sie hatte am 11. Juli Strafanzeige wegen Kindesraubs gegen ihn gestellt, nachdem Sisiadis trotz des Sorgerechtsurteils zugunsten Vickys vom 6. Juli die Herausgabe des Kindes abgelehnt und den kleinen Leandros verborgen gehalten hatte. Wegen dieses Delikts, für das nach dem griechischen Recht bis zu fünf Jahre Gefängnis verhängt werden können, soll sich Sisiadis am 17. September vor einer Strafkammer des Landgerichts Athen verantworten. Die Anwälte Vickys schlossen aber gestern nicht aus, daß das Verfahren niedergeschlagen wird, sofern Vicky bestätigt, daß Sisiadis das Kind nach einer zweiten Sorgerechtsentscheidung vom Ende letzter Woche ohne Widerstand herausgegeben hat. Beobachter rechnen nach dieser Entwicklung mit einem gütlichen Ende.

WETTER: Überwiegend freundlich

Wetterlage: Ein von den britischen Inseln nach Mitteleuropa gerichteter flacher Hochkeil bestimmt das Wetter im größten Teil Deutschlands.



Stationen ... Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch- T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm)

Vorhersage für Dienstag:

Im Norden und Berlin wechselnde, starke Bewölkung und vereinzelt Schauer. Höchsttemperaturen an der See um 15 Grad, sonst 18 bis 20 Grad, nächtliche Tiefstwerte um 11 Grad. Im übrigen Bundesgebiet heiter. Höchsttemperaturen 22 bis 27 Grad. Nachts Abkühlung auf 13 bis 9 Grad.

Weitere Aussichten:

Im Norden und Westen stark bewölkt und zeitweise leichter Regen. Im Südwesten einzelne Gewitter. Wenig geänderte Temperaturen.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	15°	Kairo	30°
Bonn	18°	Kopenh.	17°
Dresden	15°	Las Palmas	26°
Essen	16°	London	22°
Frankfurt	20°	Madrid	33°
Hamburg	15°	Mailand	28°
List/Sylt	15°	Mallorca	30°
München	21°	Moskau	17°
Stuttgart	18°	Nizza	25°
Algier	27°	Oslo	18°
Amsterdam	16°	Paris	25°
Athen	31°	Prag	15°
Barcelona	27°	Rom	28°
Brüssel	21°	Stockholm	15°
Budapest	27°	Tel Aviv	33°
Bukarest	27°	Tunis	34°
Helsinki	13°	Wien	22°
Istanbul	27°	Zürich	24°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 5.36 Uhr, Untergang: **21.20** Uhr; **Mondaufgang: 2.00** Uhr, Untergang: **19.14** Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Ein Schmuckstück, das dreimal im Jahr zertrampelt wird: der Bonner Hofgarten. FOTO: BUNDESBILDSTELLE

Bonn fürchtet um seine „gute Stube"

Universität will den Hofgarten nicht länger für Demonstrationen zur Verfügung stellen

rtr, **Bonn**

In Bonn herrscht Streit, ob die im Zentrum der Bundeshauptstadt gelegene Hofgartenwiese weiter für Demonstrationen genutzt werden soll. Die Universität ist es als Hausherr leid, sich den Lehrbetrieb stören und den Rasen zertrampeln zu lassen. In einem Brief schlug sie deshalb der Stadt vor, Hofgarten und angrenzende Poppelsdorfer Allee für Demonstrationen zu sperren. Die Universität kann dabei mit der Unterstützung der CDU-Stadtratsfraktion rechnen, während sich die SPD strikt dagegen aussprach. Grüne und Friedensbewegung halten den Hofgarten als Kundgebungsort für unverzichtbar.

Unerwartete Rückendeckung erhielten die Fürsprecher der Demonstrationen durch die Bonner Polizei, die „keine Alternative zum Hofgarten" sieht. Spätestens seit den großen Friedensdemonstrationen ist die große Wiese vor dem ehemaligen kurfürstlichen Schloß den Fernsehzuschauern bundesweit bekannt geworden. Als dann die IG-Metaller am 28. Mai mitten in der Vorlesungszeit durch die Poppelsdorfer Allee marschierten und ihre Kundgebung im Hofgarten veranstalteten und die Rasenfläche verunstalteten, wofür sie 50 000 Mark Schadenersatz zahlen sollten, platzte dem Senat der Universität der Kragen.

Die Universität berief sich auf das Recht auf ungestörte Lehre und Forschung und setzte einen Gutachter ein, um die rechtlichen Voraussetzungen eines Demonstrationsverbots in seiner Umgebung zu klären. Für den Vize-Kanzler der Bonner Universität, Peter Boje, spielt neben dem reibungslosen Funktionieren der Hochschule auch der schlechte Zustand der Wiese eine Rolle. Schließlich sei der Hofgarten nicht nur die „gute Stube der Universität, sondern der Stadt Bonn". Er sei jetzt schon in einem „jammervollen Zustand" und dürfe durch Demonstrationen nicht noch weiter ruiniert werden.

Der Beifall der Einzelhändler ist ihm jetzt schon sicher; sie protestieren schon lange gegen die ihre Geschäfte schädigenden Demonstrationen. Man müsse auch an die Bürger denken, die am Wochenende ungestört einkaufen wollten. Die Stadt hat über den Verbotswunsch noch nicht entschieden, als möglicher Ausweg schwebt ihr die „Auslagerung" von Demonstrationen in die rechts- und linksrheinische Rheinaue vor.

Entschieden gegen diese Lösung ist die SPD-Stadtratsfraktion. Der Vorsitzende Gerd Heidemann wirft der CDU vor, in Bonn eine „Postkartenpolitik" zu betreiben.

Reuige Sünder stellten sich mit Arm unterm Arm der Polizei

AFP, **Kopenhagen**

Mit dem abgesägten Arm der „Kleinen Meerjungfrau" von Kopenhagen unter dem Arm haben sich noch Sonntag abend zwei Halbwüchsige der Polizei gestellt. Sie gaben reumütig an, im Vollrausch das weltberühmte Wahrzeichen der dänischen Hauptstadt verstümmelt zu haben. Als sie wieder nüchtern waren, hätten sie es angesichts der Empörung, die ihr „Attentat" ausgelöst habe, mit der Angst zu tun bekommen und sich freiwillig der Polizei gestellt.

Die Restaurierungsarbeiten an der „Kleinen Meerjungfrau", die der dänische Bildhauer Edward Eriksen 1913 nach der Märchenfigur Hans Christian Andersens schuf, haben bereits eingesetzt. 1964 war sie von einem Unbekannten geköpft worden. Der Originalkopf wurde nie wiedergefunden.

Dieser zweite „Anschlag" hatte wie damals einen solchen Volkszorn ausgelöst, daß abermals die Mordkommission eingeschaltet wurde. Offen bleibt noch, ob die Justiz zu ihrem Wort steht und den Tätern, Jugendlichen von 18 und 19 Jahren, Straffreiheit beschert. Das mit zwei Jahren Haft bedrohte Delikt sollte gegenstandslos werden, sobald die Täter mit dem abgesägten Arm auftauchten.



Magnet für „Attentäter": die „Kleine Meerjungfrau" FOTO: AP

Laternen-Urteil

dpa, **Koblenz**

Bürger müssen nicht in jedem Fall eine Straßenlaterne vor ihrem Haus dulden. Wenn der Schein der Laterne eine unzumutbare Belästigung darstellt, können sie einen anderen Standort für die Straßenlampe verlangen, stellte das Verwaltungsgericht Koblenz in einem gestern bekanntgewordenen Urteil fest (AZ.: 7K 110/83).

Frankfurt unter „069"

AP, **Frankfurt**

Vom 5. August an werden die Städte Frankfurt und Offenbach zu den „Großen Vier" der Bundesrepublik Deutschland gehören, die nur eine dreistellige Telefon-Vorwahl-Nummer haben. Statt „0611" heißt es dann „069". Hauptgrund dafür ist, daß manche Register in ausländischen Vermittlungsanlagen nur eine bestimmte Anzahl von Ziffern speichern können. Rund 350 000 Fernsprechteilnehmer müssen sich in den beiden Städten umstellen, waren allerdings seit 18 Monaten vorgewarnt worden. Dreistellige Nummern haben sonst bisher nur noch Berlin (030), Hamburg (040) und München (089).

Dalida ehrt Supergrunzer

dpa, **Trie-sur-Baise**

Jean Dall Angelo, ein 45jähriger Pfleger in einer südfranzösischen psychiatrischen Anstalt, ist in dem Pyrenäen-Ort Trie-sur-Baise französischer Meister im Schweinegrunzen geworden. Nach Ansicht der Jury, die aus Schweinezüchtern, Tierärzten und Schlachtern bestand, quiekte Angelo von allen 15 Aspiranten aus ganz Frankreich, darunter fünf Frauen, mit Abstand am naturgetreuesten. Der Sieger erhielt aus den Händen der Sängerin Dalida einen Schweinekopf-Pokal.

Tödlicher Fall

AFP, **Melun**

Ein deutscher Fallschirmspringer ist in Frankreich bei einem freien Fall aus rund 1000 Meter Höhe ums Leben gekommen. Es handelt sich um den 27jährigen Manfred Graumann aus Hamburg. Vermutlich wurde sein Hauptfallschirm vom Luftstrom abgerissen. Der Unfall ereignete sich am Wochenende bei Melun südlich von Paris. Graumann sprang in 4000 Meter Höhe ohne Schwierigkeiten aus dem Flugzeug ab. Sein Hauptfallschirm öffnete sich, löste sich aber in etwa 1000 Meter Höhe von dem Sportler, dem es nicht gelang, den Reservefallschirm zu öffnen.

ZU GUTER LETZT

Paris schließt Marktlücke und bietet Lebensversicherung für Hund, Katze und Sittiche an, verbreitet dpa.